

DEBITISMUS

(Macht, Staat, Zins, Wirtschaften, Geld, uvm.)

**Gesammelte Beiträge von Dr. Paul C. Martin
(alias "dottore")**

INHALTSVERZEICHNIS:

Real-Enzyklopädie (1): Notenbankkredit.....	2
Real-Enzyklopädie (3): Geldumlauf 1 / Inflation & Deflation.....	3
Real-Enzyklopädie (4): Geldumlauf 2 / Scheidemünzen und Banknoten.....	6
Real-Enzyklopädie (5): Geldumlauf 3 / Giralgeld.....	9
Real-Enzyklopädie (10): Zinsen und Goldstandard (WICHTIGE TABELLE).....	10
Real-Enzyklopädie (17): Zinsentstehung (II) - die Kriegstheorie von Geld & Zins.....	11
Real-Enzyklopädie (20): Der "Einlagenzins" (1. Teil)	13
Real-Enzyklopädie (21): Inkompatible Bankbilanzen - wo ist der Buba-Kredit?.....	15
Real-Enzyklopädie (25): "Ersparnisse".....	18
Real-Enzyklopädie (26): Kapitalismus, Marktwirtschaft etc. - Klärungsversuch.....	22
Real-Enzyklopädie 28: Macht, Zins, Inflation (I).....	24
Real-Enzyklopädie 28: Macht, Zins, Inflation (II).....	27
Real-Enzyklopädie 28: Macht, Zins, Inflation (III).....	28
Real-Enzyklopädie (29): Max Weber, die Juristen und die Macht.....	31
Real-Enzyklopädie (30): Der 'Zweck' des Geldes.....	33
Real-Enzyklopädie (31): Gemeinschaftsaufgaben.....	35
Real-Enzyklopädie (32): Das Märchen vom 'Zins'.....	37
Es ist k e i n Emmentaler! SEHR WICHTIG!	40
DAS ist unser heutiges Kredit- und Kreditgeldsystem (in 59 Punkten).....	43
SEHR WICHTIGE Erklärung des "Systems": Schulden, Notenbank, Liquidität, Gold.....	45
Re: Ach ja? Die gefälschte ZB-Bilanz. Beweis:.....	48
<i>Als Antwort auf: doch!!!! es gibt so eine position</i>	48
Sehr grundsätzliche Antwort - that's all I can say.....	51
<i>Als Antwort auf: Gold / Euro / Dow / Dax - s'wird immer paralleler - die Frage aller Fragen!</i>	51
Bargeld, Bargeldbestand, Bargeldumlauf - hier spricht die EZB:.....	53
Der "Wert" des gesetzlichen Zahlungsmittels.....	54
Eine Formalie und eine Frage zur "Bankrott-Formel".....	56
Geldmenge" wird per se falsch berechnet.....	57
Bargeld / Buchgeld / Banknoten usw.....	59
Je mehr Geld, desto weniger wird gekauft. Japan hat's eben drauf!.....	60
Bank of England - die Gründerjahre unter der Lupe	61
Tobin-Steuer, Goodfriend, "carry tax", Freigeld usw. - wo kommt's wirklich her?.....	64
Heute besteuertes Steuerzahlungsmittel.....	66
<i>Als Antwort auf: Was ist Geld ?</i>	66
Der Staat schafft sich sein Geld selbst - Wray/Innes.....	67
Zusammenbruch - Um der Wahrheit die Ehre zu geben.....	68
Debitismus, Dereliktion (Eigentumsaufgabe) und Staatsbankrott	70

Die Originale sind hier zu finden : <http://www.dasgelbeforum.net/sammlung/sammlungen.htm>

Real-Enzyklopädie (1): Notenbankkredit

Guten Tag!

Bekanntlich gehen die Mainstreamer davon aus, dass es "Kredite der Notenbanken an Geschäftsbanken" gibt. Es ist ihr zentraler Glaubenssatz, an dem zu rütteln keinem bekommt.

Der Glaubenssatz ist zentral, da es ohne solche "Kredite" keine Möglichkeit gäbe, das Wirtschaftsgeschehen gedeihlich zu beeinflussen. Der Kreditgeber hat den Kreditnehmer in der Hand: Gibt er ihm den Kredit, kann der mit dem Kredit arbeiten; verweigert er den Kredit, kann er nicht damit arbeiten.

Ein Kredit der Notenbank ist unbezweifelbar eine Forderung (Aktivum) der Notenbank, wie umgekehrt ein ihr von der Notenbank gegebener Kredit für die Geschäftsbank eine Schuld darstellt (Passivum).

Wie war es nach der Währungsreform von 1948?

Die Notenbank hat ihre Kredite an inländische Kreditinstitute tatsächlich aktiv verbucht, wie hier zu sehen (die erste Zeile ist das Jahr 1948 usw.; es geht um Mio DM):

Im Jahr 1948 sind insgesamt 1651 Mio DM solcher "Kredite" vergeben worden. Sie setzen sich zusammen aus 1446 Mio DM, die unter dem Rubrum "Inlandswechsel" und 205 Mio DM, die unter dem Rubrum "Lombardforderungen und sonstige Kredite" verbucht sind.

So weit so gut.

Nun sind "Inlandswechsel" keine Bankwechsel in dem Sinne, dass die Kreditinstitute auf sich selbst gezogen und anschließend die Wechsel an die Notenbank weiter gereicht hätten, um im Gegenzug einen "Kredit" der Notenbank zu erhalten. Das wäre auch unnötig gewesen, denn die Notenbank hätte entweder den Kredit blanco vergeben können oder indem sie dingliche Sicherheiten verlangt.

Im ersten Fall hätte die Notenbank zunächst eine Sache, nämlich Banknoten verliehen, der zweite Fall ist nicht eingetreten, die in der NB-Bilanz keine Grundstücke der Banken o.ä. erscheinen.

Im ersten Fall hätte die NB auch immer nur Banknoten dinglich verleihen können und kein Guthaben, über das sie selbst verfügt auf dem Wege über eine Zession desselben.

Im zweiten Fall hätte die Bundesbank keinerlei Bewertungsmöglichkeit für die ihr angetragene Sicherheit Grundbesitz o.ä. gehabt. Denn eine Bewertung von Immobilien kann erst statt finden, nachdem Notenbankgeld in Erscheinung getreten und Grundstücke o.ä. mit Hilfe desselben hätten gekauft werden können.

Das aber hätte erst geschehen können, nachdem Notenbankgeld erschienen wäre. Dies hätte aber wiederum erst erscheinen können, nachdem Grundbesitz o.ä. mit Hilfe von Notenbankgeld umgesetzt worden wäre. Die Katze hätte sich also in den Schwanz gebissen.

Die rätselhaften Kredite der Notenbank an inländische Kreditinstitute waren also überhaupt keine Kredite, sondern nichts anderes als die Verwandlung von bereits vorhandenen Kredititeln (Inlandswechsel, Lombardpapiere) in Banknoten bzw. Buchgeld, über das die Banken ihrerseits verfügen konnten, indem sie nicht abgerufene Banknoten in Form eines Guthabens bei der Notenbank stehen ließen, um es jederzeit an andere Banken oder Nichtbanken weiter buchen zu können.

In diesem Zusammenhang ist auch das Wort "Lombardforderungen" interessant. Aus einem Lombardpapier (z.B. Staatsanleihe) kann immer nur einer Rückzahlung fordern, nämlich der jeweilige Inhaber des Papiers. Der Inhaber des Papiers ist zunächst die Bank. Die Bank tritt diese Forderung aber nicht an die Bundesbank gegen den Erhalt von Banknoten ab, die sie hinfort bis zur Endfälligkeit behalten kann, sondern sie hinterlegt die Forderung als Sicherheit für den Zeitraum, für den sie von der Notenbank Banknoten (oder eine Gutschrift, nicht einen Kredit!) in Höhe der Summe, auf die die Papiere lauten (abzüglich des Lombardsatzes).

Die Notenbank vergibt also keine Kredite an Kreditinstitute, sondern sie verwandelt vorübergehend bereits vorhandene Kredite (Wechsel, Lombardpapiere) in Banknoten.

Das wird völlig klar, wenn wir uns vergegenwärtigen, was geschähe, wenn sich die Kreditinstitute in der Zeit auflösen würden (freiwillig oder durch Konkurs), während der die von ihnen an die Notenbank weiter gereichten Wechsel und Lombardpapiere noch bei der Notenbank liegen.

Die Notenbank könnte die Inlandswechsel nur beim Schuldner bzw. beim Gläubiger des Wechsels einklagen (beim Wechsel haften beide gleichermaßen, auch die Bank, die quergeschrieben hat, aber die Bank betrachten wir der Einfachheit halber als nicht mehr existent). Die aus dem Wechsel verpflichteten Parteien müssten dann ihrerseits der Notenbank das Notenbankgeld zurück geben. Und bei den Lombardpapieren müsste sich die Notenbank gedulden, bis sie Endfälligkeit erreichen, um sich ihr Notenbankgeld zurück zu klagen, bei Staatspapieren wäre es der Staat.

Dem eben geschilderten Tatbestand ist es zu verdanken, dass die Geschäftsbanken ihrerseits nirgends eine Verbindlichkeit gegen die Notenbank verbuchen und auch gar nicht können, da sie diese nicht haben.

Aus den Lombardpapieren sind sie per se nicht verpflichtet, sondern der Staat. Aus dem Wechsel sind sie auch nicht als Gläubiger oder Schuldner verpflichtet (das sind beim Inlandswechsel immer Nichtbanken), sondern sie stehen durch ihr Querschreiben des Inlandswechsels nur in Haftung.

Aus einer Haftung selbst ist jedoch niemand verpflichtet (schuldig), bevor nicht der Haftungsfall selbst eingetreten ist. Sonst müssten z.B. auch Versicherungen sofort nach Abschluss einer Versicherung den vollen Betrag, der beim Eintritt des Versicherungsfalles zur Auszahlung fällig wäre, als Verbindlichkeit (Schuld) verbuchen.

Und so kommt es denn, dass die Kreditinstitute selbst "Guthaben" bei der Notenbank verbuchen und niemals Verbindlichkeiten gegenüber der Notenbank, was sie aber tun müssten, wenn es so etwas wie "Kredite an Kreditinstitute" gäbe.

Wie diese Darstellung aus der Startphase der DM beweist:

Die in dieser Tabelle weiter rechts erscheinenden "Kredite an Kreditinstitute" sind Kredite von Kreditinstituten an Kreditinstitute, denen Einlagen und aufgenommene Kredite von Kreditinstituten gegenüberstehen einschließlich weitergegebener Wechsel (was beides nicht ganz "passt", z.B. werden schon allein die "durchlaufenden Kredite" der Kreditinstitute untereinander aktiv und passiv unterschiedlich hoch verbucht, was per se ein Unding ist und deshalb gesondert untersucht werden sollte).

Die "Guthaben der Kreditinstitute" bei der Bundesbank werden 1948 mit 1 457 Mio DM ausgewiesen, was wundersamerweise fast genau dem Betrag entspricht, den die Bundesbank unter "Inlandswechsel" ihrerseits als "Kredite an inländische Kreditinstitute" in Höhe von 1 446 Mio DM verbucht.

Da nicht beide - Bundesbank und Kreditinstitute - gleichzeitig Kredite bzw. Guthaben gegeneinander buchen können ohne entsprechende Verbindlichkeiten gegeneinander zu buchen, tritt der Schwindel offen zu Tage.

Die Kreditinstitute können jederzeit über ihre Guthaben bei der Notenbank verfügen. Die Notenbank aber kann nicht über ihre "Kredite an Kreditinstitute" verfügen, sondern sie muss, nachdem sie einmal Banknoten gegen Wechsel oder Lombardpapiere ausgegeben hat, immer warten. Entweder bis die Frist verstrichen ist, an der die von ihr an die Banken ausgegeben Banknoten zurückgegeben werden müssen.

Dies ist eine physische Rückgabe (dinglich, Rückgabe einer vertretbaren Sache) und keine Rückzahlung (tilgend).

Oder sie muss (im Fall des zwischenzeitlichen Ausscheidens der Banken) warten, bis die ihr als Besicherung bei der Ausgabe (nicht Kreditierung) ihrer Noten bzw. jederzeit in Noten abrufbaren Gutschriften hingegebenen Schuldtitel nach den auf ihnen vermerkten Fristigkeiten fällig werden.

Dann kann sie die Rückgabe der vertretbaren Sache "Banknoten" einklagen.

Soweit die Sachlage in dem Punkt "Notenbankkredit". Letztlich läuft alles auf eine Verwechslung von Kreditgewährung mit Sicherheitsablegung und auf eine Verwechslung von Sachenrecht mit Schuldrecht hinaus.

Real-Enzyklopädie (3): Geldumlauf 1 / Inflation & Deflation

Guten Tag!

Fast jeder Banknote und jeder Münze ist sofort anzusehen, dass sie benutzt wurden. Daraus wird gern der Begriff "Geldumlauf" abgeleitet. Da auch die Karten eines Karten- oder die Geldscheine eines Monopolspiels benutzt ausschauen, muss der Unterschied geklärt werden.

Er besteht bezogen auf Banknoten und Münzen darin, dass mit ihrer Hilfe etwas bezahlt wird. Das Vorhandensein eines Kaufkontraktes erzwingt die Bezahlung und damit die Tilgung einer Schuld des Käufers. Die Schuld kann eingeklagt werden.

(Beim Spiel wird eine "Schuld" nur mit Hilfe der Regeln simuliert, also ein Zwang zur Weitergabe. Dies kann nicht eingeklagt werden).

Um sich dem Phänomen des "Geldumlaufs" zu nähern, gab es verschiedene Versuche. Sie beginnen mit dem einfachen Voraussetzen einer "Zirkulation", ohne sie näher zu hinterfragen oder zu erklären.

Dann gibt es den Ausdruck "Taler, Taler, du musst wandern". Dabei wird allerdings auch nicht gesagt, was sich hinter dem "muss" versteckt. Der Zwang zur Zirkulation des Talers wird nicht aus der Tatsache abgeleitet, dass er zirkulieren muss, weil es auf Taler lautende Schulden gibt, die vollstreckt würden, falls er nicht zirkuliert.

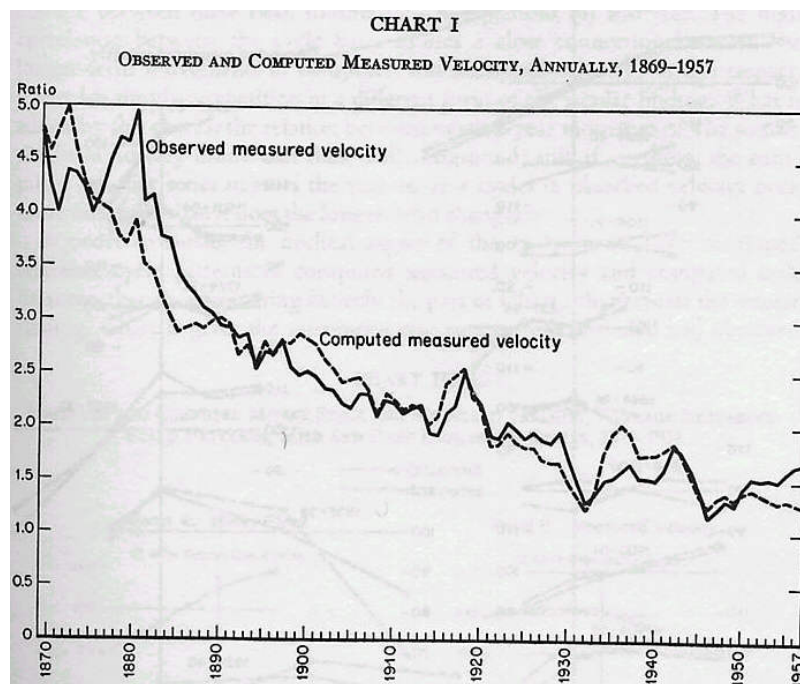
Es gibt Vorstellungen, man könne den Geldumlauf beschleunigen, um so Kaufakte zu erzwingen. Man meint z.B. in einer Inflation würde mehr gekauft, weil das Geld immer wertloser wird und es sich also "lohnt" schneller zu kaufen (sog. Schnellkauf-Mythos - z.B. "Warum mit dem Autokauf warten? Im nächsten Jahr ist das Auto teurer").

Der Inflationismus ist aber ein rasch durchschaubarer Trugschluss. Denn eine Inflation kann nicht mit dem bereits vorhandenen Geld initiiert werden, sondern nur, indem zusätzliches Geld in die Welt kommt (was normalerweise nur durch Verwandlung von neuen - und immer vor der Geldausgabe existierenden - Schuldtiteln in Banknoten bzw. ZB-Guthaben geschieht, siehe dazu auch "Notenbankkredit").

Selbst wenn das neue Geld möglichst "netto", bzw. über zusätzliche, gegen kurzlaufende Staatstitel ausgegebene Banknoten, in Erscheinung tritt, was wir aus den sog. Hyperinflationen bestens kennen, muss sich die Inflation doch immer erst "warm laufen", was der Preismechanismus vorschreibt: Jeder, der als erster seine Preise erhöht (und einer müsste der erste sein) riskiert sein ganzes Geschäft, da alle anderen Geschäfte (noch) billiger als er selbst anbieten.

Die Beschleunigung des Geldumlaufs ist zunächst nur die Tatsache, dass zusätzliches, also "immer mehr" Geld umläuft und nicht etwa, dass das bisherige Geld schneller umläuft.

Die säkulare Abnahme der "Geldumlaufgeschwindigkeit" wie hier zu sehen:



ist damit zunächst erklärt (ex: Friedman, "The Optimum Quantity of Money", S. 127). Auf weiteres zur "Velocity" wird in Geldumlauf 2 noch eingegangen. Der deutliche "Knick" nach 1930 hat nichts mit einer abnehmenden Velocity zu tun, sondern eine abnehmende Velocity ist die Restgröße der Fischer'schen Gleichung (I. Fisher, "The Purchasing Power of Money", 1911)

$$MV = PT,$$

wobei M = Geld (money), V = Velocity, P = Preisniveau und T Handelsvolumen (trade). Weshalb bei sinkendem PT logischerweise MV ebenfalls sinken muss. Und wenn M allein nicht so stark sinkt, sinkt die Restgröße, was ebenfalls nicht verwundern kann, wenn PT gefallen ist. Dass aber PT gefallen ist hat nichts mit V zu tun, sondern mit der Tatsache, dass schlicht weniger gekauft wurde, also weniger Kaufkontrakte eingegangen wurden, vor allem weil Käufe, die vor 1930 mit Hilfe von Krediten getätigt worden waren, nicht mehr getätigt wurden.

Friedman eiert mit seiner Statistik übrigens herum, da er die "computed measured velocity" mit "cash balances" vergleicht und nicht etwa mit "money", was zwei völlig verschiedene Stiefel sind.

Die "velocity of money" selbst definiert Friedman als "the ratio of money income to the stock of money" ("Monetary History", S. 34), womit er Fishers Gleichung komplett verlässt, da "money income" etwas ganz anderes ist als Fishers PT, was "Umsätze" und nicht "Einkommen" ausdrücken soll.

Friedman würde in Fishers Gleichung ausgedrückt so schreiben:

$$\text{Money Stock mal Money Income geteilt durch Money Stock} = PT.$$

Dann hätte man Money Income = Price Niveau mal Trade, was nichts anderes hieße als: Was umgesetzt wurde, wurde umgesetzt.

So kommen wir also nicht weiter. Auf die Käufe ex Girokonten und den diesbezüglichen "Geldumlauf" komme ich in Teil 2.

Zurück zum eigentlichen Text:

Wird nun vom Publikum beobachtet, dass nicht nur immer mehr Geld umläuft, sondern immer schneller immer mehr Geld umläuft, kann in der Tat alles Geld immer schneller umlaufen. Auch das Publikum läuft dann (buchstäblich) immer schneller, um noch etwas mit dem sich jetzt rapide entwertenden Geld zu kaufen (siehe Hyperinflationen).

Dieser schnellere Geldumlauf ist allerdings im wesentlichen auf die direkten Lebensbedürfnisse begrenzt, weshalb in einer Hyperinflation zwar Bäcker und Wurstverkäufer usw. florieren, aber der große Rest der Wirtschaft immer stärker stagniert und zurückgeht. Eine Hyperinflation wird niemals den Sektor "Stahlwerke" erfassen, in dem Sinne dass Stahlwerke auch immer teurer werden. Dies schon deshalb nicht, weil den Stahlwerksanbietern jegliche verlässliche Kalkulationsbasis (was kostet eine Stranggussanlage in zwei Jahren?) fehlt und sie nicht "auf gut Glück" neue Stahlwerke anbieten können, ohne Kopf und Kragen zu riskieren.

Eine Hyperinflation ist daher letztlich immer mit einer allgemeinen Verelendung verbunden.

Das Tempo des Geldumlaufs bleibt allerdings auch in ihrem eng begrenzten Wirkungskreis das immer schnellere Abschließen von Kaufakten, aus denen dann die Schuld, mit Geld bezahlen zu müssen, resultiert. Diese Beschleunigung der Kaufakte (Abschluss von Kaufkontrakten) findet ihre Grenze in sich selbst. Es hat keinen Sinn, alles zu kaufen, nur weil alles teurer wird und man weiß, dass alles teurer wird, weil man dadurch, dass alles teurer wird, nicht mehr Kaufkraft selbst in Händen hat (Kaufkraft definiert als das einem zur Verfügung stehende Geld korrigiert um die laufende Entwertung des Geldes).

Deshalb kann niemand die Inflation mit dem jeweils ihm zur Verfügung stehenden Geld überlisten, sondern nur - sofern es sich um Kaufakte handelt - indem man sich in dem sich - über die steigenden Preise - entwertenden Geld zusätzlich verschuldet. Dann hat man nicht nur die vorhandene Kaufkraft zur Verfügung, sondern auch die mit Hilfe des Kredits zusätzliche Kaufkraft. Dies bietet sich an, wenn man die durch die Kreditierung entstandene Schuld mit "entwertetem" Geld zurückzahlen kann.

Kann man dies am Ende nicht, z.B. weil die Inflation gestoppt wurde oder es gar zu einer Währungsreform bzw. -umstellung kommt, oder (noch schlimmer) anschließend an die Inflation Ausgleichszahlungen fällig werden bzw. Umstellung der Schulden auf frühere Kaufkraft erfolgt, wie es 1923 oder 1948 geschehen ist, ist der vermeintliche "Inflationserfolg" sofort wieder dahin. Man muss dann seine Schulden zu den alten Preisen bzw. mit früherer Kaufkraft abarbeiten.

Jede Spekulation auf die mühelose Entschuldung in einer Inflation ist daher eine höchst gefährliche Sache.

Umgekehrt ist es auch höchst schwierig, in einer Deflation die Zahl der Kaufakte zu erhöhen (vulgo = den Geldumlauf zu beschleunigen), weil dazu erst eine massive Inflationserwartung aufgebaut werden muss (vgl. die Vorschläge von Prof. Paul Krugman in puncto Japan).

Eine Inflation muss aber nicht nur "versprochen" werden, sondern sie muss deutlich sichtbar statt finden. Sie kann ihrerseits aber nur deutlich sichtbar statt finden, wenn durch massierte zusätzliche Käufe die Preise steigen. Diese Käufe könnten aber zunächst nur mit dem bereits vorhandenen Geld getätigt werden, da das zusätzliche Geld noch nicht erschienen ist.

Erscheint das zusätzliche Geld, wird es auch nicht für zusätzliche Käufe verwendet, sondern zunächst einmal, um mit seiner Hilfe bereits bestehende Schulden aus früheren Kaufakten abzuführen. Dies gilt nicht nur für die Konsumenten, sondern für den gesamten Rest der Wirtschaft, bei dem das von den Konsumenten ausgegebene Geld über kurz oder lang ankommen würde. Das Geld kursiert nicht von Konsument zu Konsument, sondern von Konsument zum Geschäft, von dort zum Lieferanten, von dort zum Hersteller, von dort zum Vermieter usw.

Das Geld macht, um ein Bild zu gebrauchen, niemals einen "Kreis", sondern es steigt immer eine Treppenstufe höher.

Bereits vorhandene Schulden (egal auf welcher Stufe der Treppe) sind in einer Deflation das Allerschlimmste, da sie in einer sich ständig erhöhenden Kaufkraft zurück gezahlt werden müssen, also immer mehr Leistung erfordern, bis man sie schließlich hinter sich hat.

Durch die Tilgung von Schulden mit Hilfe von zusätzlichem Geld werden in der Deflation solange keine neuen Kaufakte getätigt, bis - schlimmstenfalls - alle aus der früheren Zeit her rührenden Verbindlichkeiten getilgt sind. Daher frisst sich nach einem Kreditexzess die Deflation immer weiter fort, d.h. es kommt zu keinen neuen Kaufakten (und einem möglicherweise dadurch sich wieder erholenden Preisniveau). Und je länger sich die Deflation fortsetzt, um so drückender werden die Schulden. Und umso mehr Schulden werden unbedienbar.

Im Extremfall kann die Deflation, die ihrerseits immer mehr alte Schulden unbedienbar werden lässt, erst gestoppt werden, nachdem sämtliche (!) Schulden getilgt sind.

Da in früheren (vordeflationären) Zeiten aber nicht nur mit Geld, sondern auch mit Kredit nachgefragt wurde und in einer Deflation die Kreditnahme (selbst bei Nullzins!) rapide nachlässt, entfällt obendrein der Block der Nachfrage, die bisher mit Hilfe von Kredit ausgeübt wurde. Dem deflationären Teufelskreis kann kaum einer entkommen, zumal die laufenden Einkommen ihrerseits (Arbeitslosenproblem) auf breiter Front wegbrechen.

Bis die Deflation ausgelaufen ist, gibt es faktisch kein Mittel, die Zahl der Kaufakte (vulgo = den Geldumlauf) irgendwie zu erhöhen, auch nicht mit dem Kunstgriff das Problem mit Hilfe von "sich selbst (also nicht durch die Preise) entwertendem Geld" zu lösen. Denn auch dieses Geld würde nicht zu neuen Kaufakten stimulieren, sondern es würde zunächst dazu dienen, die bereits existierenden und immens drückenden Schulden abzubauen.

Auch ein Schein, auf dem stünde "Morgen nur noch die Hälfte wert" würde sofort zur Schuldentilgung verwendet werden, dies sogar umso mehr, je höher die Entwertung ist. Denn "Morgen" könnte ich nur noch halb so viele Schulden tilgen wie ich es heute kann. Für neue und zusätzliche Kaufüberlegungen wäre erst dann Platz, nachdem alle ihre Schulden getilgt haben, was umso länger dauert, je höher die bereits existierenden Schulden sind.

Real-Enzyklopädie (4): Geldumlauf 2 / Scheidemünzen und Banknoten

Guten Tag!

Wenn das heutige Geld in unseren Brieftaschen und Geldbeuteln betrachten so sehen wir Banknoten und Scheidemünzen. Letztere heißen so, damit man sich beim Zahlungen einfacher "scheiden" (= von einander trennen) kann.

Scheidemünzen kann es nur geben, wenn und weil es Banknoten gibt. Die erste geprägte D-Mark erschien 1950, die Währungsreform, die den Deutschen neue Banknoten bescherte, war 1948. In der Zwischenzeit behalf man sich mit "Scheidepapierchen" (auf historische Entwicklung wird noch eingegangen).

Scheidemünzen gibt der Staat aus, weshalb sie in Deutschland die Worte "Bundesrepublik Deutschland" tragen. Die Banknoten tragen den Namen der ausgebenden Bank (ab 2001 werden € ausgegeben, die den Aufdruck EZB, ECB, BCE usw. tragen).

Oft begreifen selbst Währungspolitiker nicht, was Sache ist. So erschienen 1949/50 tatsächlich 50-Pfg-Stücke mit der Aufprägung "Bank Deutscher Länder":

Dies war ganz falsch, weshalb ganz schnell die Prägestempel geändert wurden. Die Münzen existieren aber bis heute und werden in bester Erhaltung und geprägt mit Jahreszahl 1950 und Münzzeichen G für über 1000 DM gehandelt. Es lohnt sich also, solche Fehlprägungen zu suchen und aus 50 Pfg, die man als Wechselgeld erhält, 1000 DM zu machen.

Die "Bank Deutscher Länder" war die Vorgängerin der Deutschen Bundesbank. Ihr Chef war Geheimrat Vocke, der schon unter dem Kaiser und dann unter Hitler in der Reichsbank an führender Stelle tätig war und also hätte wissen müssen, dass er einen Unfug veranstaltet. Diese falsch geprägten 50-Pfg-Stücke ließen sich aber nicht mehr herausfischen und so sind sie bis heute geltende Scheidemünzen geblieben und werden auch anstandslos in € umgewechselt.

Scheidemünzen sind klassisches Nettogeld. Ihnen entspricht weder beim Staat (der ohnehin nicht bilanziert) noch bei der Bundesbank ein Passivposten (im Gegensatz zu den dort passiv verbuchten Banknoten; Scheidemünzen, die sie selbst hält, verbucht die Bundesbank aktiv wie jede andere Firma auch, inkl. Geschäftsbanken).

Scheidemünzen kosten in der Herstellung, die von Münzprägeanstalten vorgenommen wird, erheblich weniger als das aufgedruckte Nominal, Kleinstmünzen ausgenommen, deren Prägung subventioniert wird und zwar mit dem sub summa entstehenden Münzgewinn, der sich aus der Differenz zwischen Nominal und Herstellkosten der übrigen Scheidemünzen ergibt.

Die Schweiz hat wegen des Prägeverlustes bei 1-Rappen-Stücken die Prägung derselben vor Jahren schon eingestellt, Finnland prägt grundsätzlich keine €-Münzen, um sich die damit verbundenen Umtriebe zu ersparen.

Der Münzgewinn, der sich für den Staat ergibt, wird an die Staatskasse ausgekehrt und vom Staat wiederum ans Publikum verteilt, so dass der Münzgewinn letztlich wieder dem Publikum zugute kommt. Da die Scheidemünzensumme (nominal) ohnehin nur zu ca. 1 Zehntel (je nach Land verschieden) der Banknotensumme ausmacht und ihre Ausgabe beschränkt bzw. genehmigungspflichtig ist (bei der €-Umstellung gibt es keine Vorab-Genehmigung der EZB, so dass grundsätzlich alle € in Scheidemünzen hätten abgefordert werden können, was zu einer Sanierung der öffentlichen Haushalte hätte führen können, wie ich in einem vor einiger Zeit hier reingestellten Posting vorgeschlagen hatte). Außerdem ist die Annahme von Scheidemünzen im privaten Verkehr (nicht bei öffentlichen Kassen, da sie "gesetzliche" Zahlungsmittel sind) beschränkt.

Wir können also Scheidemünzen aufgrund ihrer geringen Bedeutung für den "Geldumlauf" außer Betracht lassen, zumal sie - wie beschrieben - auf ein Nullsummenspiel des Publikums mit sich selbst hinaus laufen.

Bei den Banknoten wird von einem Denkmodell ausgegangen, das dem bei Scheidemünzen ähnelt. Sie werden einmal gedruckt und laufen ab dann für immer im Publikum um, wofür der Augenschein zu sprechen scheint, da wir frische und abgenutzte Banknoten erleben.

Genau die Tatsache aber, dass wir unterschiedlich abgenutzte Banknoten haben, beweist indes, dass es einen dem Scheidemünzenumlauf entsprechenden Umlauf von Banknoten nicht haben. Würden die Banknoten nach einer Erstausgabe immer außerhalb der Ausgabestelle umlaufen, könnten sie von dieser nicht durch frisch gedruckte Banknoten ersetzt werden.

Die Banken selbst sortieren nur in Ausnahmefällen stark abgenutzte oder beschädigte Banknoten aus um sie sich von der Zentralbank ersetzen zu lassen (in Deutschland Bundesbank mit ihren LZBs = Landeszentralbanken mit Zweigstellen in allen größeren Städten).

Normalerweise legen die Banken an ihren Kassenschaltern alle Banknoten immer in die einzelnen Kassenfächer, was jeder, der schon einen Bankkassierer bei der Arbeit beobachtet hat, bestätigen kann.

Wie kommen dann die abgenutzten Banknoten in die Zentralbank? Dies führt uns in den Kern des Problems "Geldumlauf", da wir wissen, dass Banknoten in der Regel (je nach Land verschieden) zwei Mal pro Jahr ausgetauscht werden, was aber niemand anderes machen kann als die Zentralbank selbst (Geschäftsbanken haben keinen Zugang zu Banknotendruckereien).

Um die Frage zu beantworten, müssen wir den "Umlauf" oder das "Leben" einer Banknote näher betrachten.

Bekanntlich werden Banknoten (siehe auch "Notenbankkredit") ausschließlich von der Zentralbank ausgegeben. Dies geschieht ausschließlich gegen Hinterlegung von "Sicherheiten" (Schuldtiteln). Im modernen Repogeschäft verkaufen die Banken der ZB diese Titel gegen gleichzeitige Rückkaufverpflichtung. Würden die Banken nach Ablauf der Repofrist keine neuen Sicherheit an die ZB geben, würden die Banknoten am letzten Tag der letzten Repofrist in gleicher Summe ein für alle Mal aus dem Verkehr verschwinden.

In Deutschland blieben dann im wesentlichen nur noch Banknoten übrig, die bei der Währungsreform als Kopfgeld ausgegeben wurde, siehe Teil 1, sowie Banknoten, die gegen den - inzwischen eingestellten - Ankauf von Gold hergegeben wurde sowie solche, die gegen Devisen (= Forderungen gegen ausländische Stellen) ausgegeben wurden, also nur ein kleiner Teil.

In anderen Ländern ist das anders, z.B. in der Schweiz, wo Noten vor allem gegen Gold und Devisen ausgegeben wurden oder in den USA, wo Noten vor allem gegen Fed Funds ausgegeben werden, was aber letztlich die Sache nur verschiebt, denn würden im Beispiel USA sämtliche Staatsschulden getilgt, gäbe es auch keine Fed Funds mehr, ein Problem, das - wie bereits ausführlichst gepostet - Alan Greenspan umtreibt, der sich darum bemüht die Fed Funds durch die Entgegennahme von anderen Sicherheit, wie sekurisierte Hypotheken zu ersetzen.

Wir bleiben in Deutschland. Die Banknoten liegen also zunächst als bunt bedrucktes Papier (und wertlos, es gibt keine Aktivverbuchung von gedruckten, aber noch nicht ausgegebenen Banknoten bei der Bundesbank!) in der Bundesbank bzw. ihren LZBs und werde dort von den Banken gegen den Verkauf von Sicherheiten mit Rückkaufverpflichtung abgeholt.

Die Bundesbank bucht jetzt die Sicherheiten aktiv und die Banknoten passiv. Die Geschäftsbanken ersetzen die bei ihnen liegenden und bisher aktiv verbuchten Sicherheiten durch die ebenfalls dann aktiv verbuchten Banknoten (Kasse). Es ist bei den Banken ein Aktivtausch (keine Bilanzverlängerung) - im Gegensatz zur Bundesbank, wo eine Bilanzverlängerung Statt findet. Auf die damit verbundenen Inkompatibilität wurde unter "Notenbankkredit" bereits eingegangen.

Die gesamte Bilanzierungspraxis von Zentralbank und Geschäftsbanken ist, da nicht aufeinander passend, kompletter Unfug.

Sind die Banknoten dann in den Geschäftsbanken, können sie dort vom Publikum abgeholt werden, wiederum gegen Sicherheiten, die vom Immobilienkredit bis zur Kontenüberziehung (besichert durch künftige Einkünfte des Banknotenabholers) reichen.

Damit ist etwas äußerst Wesentliches klar: Die Banknoten sind nie zuerst (!) im Publikum vorhanden (das ja keinen Zugang zur Bundesbank bzw. den LZBs hat und also auch von dort niemals Banknoten direkt beziehen kann) und werden anschließend (!) bei den Banken eingezahlt, die sie dann ihrerseits an andere im Publikum verleihen können.

Die Vorstellung von "irgendwie" bereits im Publikum vorhandenen Banknoten, die dann (!) bei den Banken eingezahlt werden und dann (!) von diesen wiederum verliehen werden können, ist ebenfalls komplett falsch.

Es war übrigens schon bei der allerersten Banknotenausgabe in der Währungsreform falsch, wie bereits beschrieben. Auch die allererste Ausgabe von Banknoten geschah gegen Hinterlegung des Schuldtitels "Ausgleichsforderung" (gegen den Staat), der bis heute in der Buba-Bilanz zu besichtigen ist. Die weitere Ausgabe von Banknoten nach der Währungsreform durch die ZB geschah ebenfalls erst, nachdem (!) Schuldtitel (Wechsel, Lombardpapiere) bei ihr eingereicht wurden (wie oft genug ausführlich beschrieben, siehe auch Real-Enzyklopädie 1).

Wandern nun die Banknoten von den Banken in die Kassen des Publikums, nehmen sie ihren normalen Weg: das Publikum kann mit den Banknoten die gewünschten Käufe tätigen, sprich Kaufkontrakte damit erfüllen. Dabei merkt das Publikum natürlich nicht, dass es eine schnell verderbliche Sache in Händen hat. Denn es weiß nicht, dass die Banknote nur eine begrenzte Lebenszeit hat und nach Ablauf der Repofrist ohne Wenn und Aber wieder in die ZB zurückkehren muss.

So geschieht denn folgendes: Die Banknoten, die das Publikum hält, wandern in die Kassen der Geschäfte (Bargeldumsatz). Die Geschäfte bewahren die Banknoten aber nicht etwa auf und warten, bis sie damit ihrerseits etwas kaufen können, z.B. die verkauften Waren ersetzen (was auch völlig skurril wäre, wenn das Geschäft in Hamburg und der Lieferant der Waren des Geschäftes in Rosenheim sitzt).

Sondern die Banknoten gehen noch am Abend des Tages, spätestens nach einigen Tagen, in die Banken zurück, was jeder bestätigen kann, der schon einmal eine Geldbombe gesehen hat oder - wie ich - täglich beobachten konnte, wie der Bäcker einer kleinen Gemeinde täglich kurz vor 4.00 Uhr nachmittags in der Bank gegenüber erschien und seine "Tageskasse" dort ablieferte, d.h. einzahlte.

Damit sind die Banknoten ratz, fatz aus dem "Umlauf" verschwunden. Die Bank kauft ihrerseits nichts damit und das Publikum selbst hat keine Banknoten mehr, um damit woanders etwas kaufen zu können. Es kann sich nur wieder Banknoten bei der Bank besorgen, sofern es dort Konten führt. Besorgt sich das Publikum keine Banknoten bei der Bank, kann es auch keine Barkäufe mehr tätigen.

Und da sich das Publikum sub summa immer nur Banknoten bei der Bank besorgen kann, indem sie es sich von dort leiht, ist der "Geldumlauf" nichts anderes als ein dauerndes, sich immer wieder erneuerndes Kreditgeschäft. Selbst wenn sich das Publikum in Form von Endverbrauchern nicht selbst Banknoten in der Bank (nie Zentralbank!) leihen kann, muss es jemand anderes tun, z.B. die Firma, die den Endverbraucher beschäftigt, bzw. diesen Firmen vorgelagerte Firmen.

Banknoten erscheinen immer nur gegen Kredit (die eingestellten Goldankäufe ausgenommen) und dies erst nachdem in der Zentralbank die entsprechenden repofähigen Sicherheiten hinterlegt sind.

Da die Banken ihrerseits ebenfalls nur möglichst geringe Kassen in bar halten (Bargeld kostet immer Zins!) schicken sie ihrerseits Banknotenbestände, die über ihre optimale Kassenhaltung hinaus reichen, sofort wieder an die LZB, so dass wir jeden (!) "Banktag" beobachten können, wie in jeder (!) Bankfiliale Geldboten erscheinen, um überflüssige Banknoten abzuholen bzw. neu benötigte Banknoten dorthin zu bringen.

Die abgeholten Banknoten werden nicht in irgendwelchen Zentraltresoren aufbewahrt, sondern sie werden gesammelt und schnellstmöglich in die LZB gebracht, wo sie dann wieder wertloses Papier (!) sind, sobald sie über den Tresen der LZB gereicht wurden. Die LZB entlastet die Bank entsprechend bzw. schreibt ihr die Summe gut. Das Publikum weiß von alledem nichts und denkt die Banknoten würden immer nur von Geschäft zu Geschäft bzw. von Bank zu Bank oder so ähnlich befördert, weil sie doch "umlaufen".

Deshalb überfallen selbst höchstleistungskriminelle Gangster rätselhafterweise fast ausschließlich Bankfilialen, in der Hoffnung dort den großen Raub zu landen. Vom wahren Wesen des banktäglichen Entstehens und Vergehens von Banknoten haben sie keine Ahnung. Sie blitzt nur ab und an auf, wenn von "Überfällen auf Geldtransporter" zu lesen ist. Geldtransporter zu überfallen ist allerdings auch ein in der Regel aussichtsloses Unterfangen.

Aber genau diese Geldtransporter sind es, die unsere Vorstellung von einem "Geldumlauf" endgültig zertrümmern. Denn würde Geld "umlaufen" müsste man es nicht von den Banken zur LZB und zurück transportieren, denn weder die Banken noch die LZBs tätigen mit den Banknoten irgendwelche Käufe oder bieten etwas zum Verkaufen feil.

Den "Geldumlauf" also mit den Transaktionen in der realen Welt zu verbinden, was die berühmte Gleichung

$$MV = PT$$

suggeriert (siehe Teil 1), und irgendwelche "Velocity" (V = Umlaufgeschwindigkeit von M = Money) damit zu verbinden, ist vollständiger Unsinn.

Noch zur Ausgangsfrage zurück: In den LZBs werden die dort laufend eintreffenden Banknoten geprüft und die abgenutzten Noten dann durch neu gedruckte ersetzt. Daher kommt es, dass unsere Banknoten sub summa stets ein passables Aussehen haben.

Ich wiederhole also noch ein Mal mein Bild:

Die Banknoten "kreisen" nicht im Publikum, was der Ausdruck "Geldumlauf" uns weis machen will, sondern sie dienen immer nur dazu, bereits existierende Schulden abzarbeiten (woraufhin sie physisch und komplett wertlos in den LZBs verschwinden) und sie kommen auch immer nur gegen Schulden bzw. die entsprechenden Schuldtitel wieder neu in die Welt (wobei die in der LZB liegenden völlig wertlosen Noten dort jeweils durch andere wertlose Noten ersetzt werden können, sofern die alten abgenutzt sind; ihren "Wert" (Nominal) erhalten die Noten erst wieder, wenn sie über den Tresen der LZB in Richtung Geldtransporter geschoben werden).

Die Banknoten "steigen immer nur Treppenstufen hinauf und herab": Publikum - Geschäft - Bank - LZB - Bank - Firma - Publikum.

Das Geheimnis des "Geldumlaufs" der Banknoten ist damit enttarnt: Es gibt so etwas wie ihren "Umlauf" nicht.

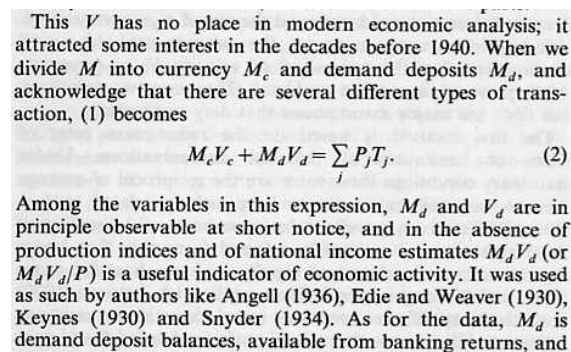
Real-Enzyklopädie (5): Geldumlauf 3 / Giralgeld

Guten Tag!

Diesmal geht's kurz.

So wenig wie es einen Geldumlauf von heutigen Banknoten und eine Geldumlaufgeschwindigkeit ($V = \text{Velocity}$) der selben gibt (siehe Teil 2), existiert ein Geldumlauf oder eine V für Giralgeld.

Dies bescheinigt Prof. J.S. Cramer, der dies ausführlich untersucht hat (u.a. "The volume of transactions and of payments in the United Kingdom 1968-77", Oxford Economic Papers Juli 1981) hier:



"No place in modern economic analysis..." zunächst bezogen auf die alte V aus der Gleichung:

$$MV = PT$$

die wir schon als üblen Unfug kennen gelernt haben.

Auch ein Versuch, eine V in der obigen Gleichung zu entwickeln, die sich nicht nur auf c (Cash), sondern auch auf d (Depositen) bezieht, scheitert kläglich. Ich bitte in diesem Zusammenhang übrigens auf das Summenzeichen zu achten. Demnach wird auf der rechten Seite eine Summe angezeigt, auf der linken Seite aber nach wie vor mit "Menge" und "Geschwindigkeit" gearbeitet, was natürlich Nonsense pur ist.

So gleiten auch die Versuche, eine V für Depositen (Giralgeld) zu "finden" in ihrem Ergebnis ins nachgerade Lächerliche ab.

So gab es "Berechnungen" für die USA (u.a. Garvy/Blin, "The Velocity of Money", 1970, und Fortschreibungen dieses Unfugs sogar noch im "Federal Reserve Bulletin"), die auf eine V des Giralgelds bei unter 30 im Jahre 1919 begannen und schon 1984 bei über 400 (!!!) angekommen waren, was nun wirklich kein vernünftiger Mensch im Kopf aushalten kann.

Prof. Cramer versucht eine Erklärung, die noch lächerlicher ist als die ursprüngliche Annahme selbst, nämlich dass es eine Umlaufgeschwindigkeit gäbe. Er schreibt (New Palgrave, "A Dictionary of Economics", 801):

"The enormous later increase must in large part be due to new techniques like overnight lending and repurchase agreements".

Damit stehen wir also - mehr verärgert als belustigt - vor der Tatsache, dass das T (volume of Trades) und das P (Price level) nach dem Summenzeichen in der Gleichung rechts sich jeweils "über Nacht" verändert hat bzw. nicht verändern konnte, weil nachts bekanntlich alle schlafen, sogar die tüchtigen Amerikaner (Nachtschichtler und Barbesucher selbstverständlich ausgenommen).

Wir können also die Vorstellung von einem "Geldumlauf" oder gar einer "Geldumlaufgeschwindigkeit" beruhigt zu den Akten legen. Ein für alle Mal. Jeder, der mit solchen Hirngespinnsten operiert, sollte schleunigst einen Arzt aufsuchen.

Real-Enzyklopädie (10): Zinsen und Goldstandard (WICHTIGE TABELLE)

Guten Tag!

Über die Entwicklung der Zinssätze wollte ich erst im Anschluss an einen Beitrag in der Real-Enzyklopädie schreiben, der sich mit der Entstehung von Zinsen und der Zinssätze überhaupt beschäftigt.

Alle Zinsüberlegungen sind äußerst zeitraubend und anstrengend. Es wird also noch etwas dauern, bitte.

Da über Zinsen und Renditen aber natürlich hier laufend geschrieben und nachgedacht wird, darf ich die folgende Tabelle schon zum Besten geben:

2.01 Entwicklung ausgewählter Zinsen und Renditen 1876–1944 *)										
% p. a.; Durchschnitt im Jahr										
Jahr	Notenbankzinsen		Geldmarktzinsen			Kapitalmarktzinsen 1)		Sollzinsen		Habenzins
	Diskontsatz	Lombardsatz	Privatdiskontsatz	Tagesgeld	Monatsgeld	Rendite festverzinslicher Wertpapiere 2)	Aktienrendite 3)	Kosten für vereinbarte Kredite in laufender Rechnung 4)	Kosten für Kontoubergangen in laufender Rechnung 5)	
1876	4,16	5,16	3,04			4,2	4,8			
1877	4,42	5,42	3,17			4,2	5,4			
1878	4,34	5,34	3,07			4,3	5,2			
1879	3,70	4,68	2,60			4,2	5,2			
1880	4,24	5,15	3,04			4,1	5,0			
1881	4,42	5,42	3,50			4,0	4,9			
1882	4,54	5,54	3,88			4,0	5,0			
1883	4,05	5,05	3,08			3,9	4,9			
1884	4,00	5,00	2,90			3,9	4,8			
1885	4,12	5,12	2,85			3,8	4,6			
1886	3,29	4,29	2,16			3,7	4,4			
1887	3,41	4,41	2,30			3,7	4,8			
1888	3,32	4,32	2,11			3,6	5,5			
1889	3,68	4,68	2,63			3,6	5,4			
1890	4,52	5,52	3,78			3,7	5,9			
1891	3,78	4,78	3,02			3,7	5,5			
1892	3,20	4,20	1,80			3,7	4,9			
1893	4,07	5,07	3,17			3,7	4,7			
1894	3,12	4,12	1,74			3,6	5,0			
1895	3,14	4,14	2,01			3,4	4,7			
1896	3,66	4,66	3,04			3,3	5,4			
1897	3,81	4,81	3,08	2,95		3,4	5,4			
1898	4,27	5,27	3,55	3,29		3,4	5,5			
1899	5,64	6,64	4,45	3,99		3,5	5,5			
1900	5,33	6,33	4,41	3,79		3,7	5,5			
1901	4,10	5,10	3,06	2,81		3,7	4,7			
1902	3,32	4,32	2,19	2,12		3,5	4,5			
1903	3,84	4,84	3,01	2,94		3,5	4,9			
1904	4,22	5,22	3,14	2,81		3,6	5,0			
1905	3,82	4,82	2,85	2,57		3,6	5,1			
1906	5,15	6,15	4,04	3,86		3,6	5,5			
1907	6,03	7,03	5,12	4,69		3,8	5,7			
1908	4,76	5,76	3,52			3,8	5,9			
1909	3,93	4,93	2,87			3,7	5,0			
1910	4,35	5,35	3,54			3,8	5,0			
1911	4,40	5,40	3,54			3,8	5,2			
1912	4,95	5,95	4,22			3,9	5,5			
1913	5,89	6,89	4,98			4,1	5,4	7,90		2-3
1914	4,89	5,89	3,84	4,12						
1915	5,00	6,00	3,89							
1916	5,00	6,00	4,62							
1917	5,00	6,00	4,63							
1918	5,00	6,00	4,63							
1919	5,00	6,00	3,19							
1920	5,00	6,00	3,59							
1921	5,00	6,00	3,49							
1922	6,31	7,31	5,91							
1923	10)	10)								
1924	10,00	12,00		28,23	25,13			19,91	41,75	6,65
1925	9,15	11,15	7,62	9,18	10,82	9,5		14,11	17,47	5,05
1926	6,74	7,96	4,92	5,43	6,57	8,3	3,4	10,18	12,91	3,28
1927	5,53	7,24	5,49	6,11	7,82	7,9	4,4	8,83	11,33	3,19
1928	7,00	6,00	6,53	6,72	8,22	7,0	5,0	10,00	12,50	4,00
1929	7,11	8,11	8,87	7,88	8,97	7,4	6,6	10,00	15,00	4,00

[Für Details, bitte Ansicht vergrößern]

Während sich die Diskont- und Lombardsätze (Diskont = gegen Einreichen von Wechseln, Lombard = gegen Einreichung von festverzinslichen Papieren) nicht wesentlich von den Sätzen der Bundesbank seit 1950 unterscheiden, sehen wir bei den Renditen festverzinslicher Papiere unter dem Goldstandard doch einen gewaltigen Unterschied zu denen der Nachkriegszeit bis heute. (Die Renditen bereits auf dem Markt befindlicher Papiere sind in etwa gleich hoch wie die Zinsen, die Kapitalsuchende jeweils bieten müssen).

Die Zinsen für das in den Wertpapieren verbrieft Kapital lagen im Schnitt (ca. 3,8 %) um mehr als die Hälfte (!) unter den Zinsen für Kapital in der Geschichte der Bundesrepublik.

Daraus lässt sich nur ein Schluss ableiten: Es muss irgend jemand am Kapitalmarkt aufgetreten sein, der im Kasierreiche nicht aufgetreten ist oder nur zu einem Bruchteil dessen wie er heute auftritt.

Dass dies nur **der "moderne Staat"** gewesen sein kann, der im Fall der BRD bis heute fast 3 Billionen DM Kredite am Kapitalmarkt aufgenommen hat, kann nur ein Narr bestreiten.

Das Kaiserreich war bei allen kreditblaseninduzierten Problemen nach dem Start ("Gründerschwindel", danach die "Depression der Bismarckzeit") keineswegs eine Zeit des wirtschaftlichen Niedergangs. Ganz im Gegenteil! Es war eine Zeit laufend gestiegener Prosperität. Was auch nur ein Narr bestreiten könnte.

(Auch) durch die günstigen Zinssätze für Leih-Kapital ergab sich eine durchgehend höhere **Aktienrendite**, so dass jeder, der Leihkapital in Eigenkapital verwandelte, völlig beruhigt sein konnte.

Er hat sein Geld (Dividenden) mit realer Produktion und deren Absatz verdient und nicht mit irgendwelchen Hochbuchungs- und Zinseszins-Mätzchen.

Unter dem Goldstandard konnte es niemals zu solchen abartigen Exzessen an den Aktienmärkten kommen, wie wir sie erlebt haben und immer noch erleben, von wegen "dynamischen Kurs-Gewinn-Verhältnissen" von 100, 1000 und 10.000 usw. (Kurs-Dividenden-Verhältnisse oder Nominal-EK-Dividenden-Verhältnis wie fürs Kaiserreich hier zu sehen, sind bekanntlich "out").

Der Goldstandard hat auch bei den Zinsen und Renditen allerbestens funktioniert.

Zur Überbrückung von Liquiditätsengpässen gab's den Privatdiskont oder Tagesgeld. Und wer unbedingt Bargeld sehen wollte oder musste, konnte sich bei der Reichsbank bedienen, die in Höhe der Differenz zwischen ihrem Diskontssatz und dem Privatdiskontsatz in Ruhe ihre Monopolprämie eingeschoben hat. Schließlich war sie ja die Reichsbank.

Wer im Goldstandard ein Problem für die gedeihliche Entwicklung einer Wirtschaft sieht, weiß wirklich nicht, wovon er spricht.

Real-Enzyklopädie (17): Zinsentstehung (II) - die Kriegstheorie von Geld & Zins

Guten Tag,

den zweiten Teil kann ich kurz fassen, zumal ich die Ausführungen, die mir zugesandt wurden, nur als Exposé erhalten habe und ich dem Autor in keiner Weise seine Rechte an seinen Gedanken und Ausführungen schmälern möchte.

Ich möchte auch nichts groß hinein- oder herausinterpretieren, sondern die Gedanken kurz so darstellen wie sie sich mir erschlossen haben.

Ausgangspunkt ist die Frage, wozu Metall in der Geschichte überhaupt gedient haben mag.

Dabei sehen wir schnell, dass Metall als täglicher Gebrauchsgegenstand relativ begrenzte Einsatzmöglichkeiten hat (wer kauft sich schon jeden Tag ein neues Küchenmesser? - meine Zusatzinterpretation).

Metall diene vor allem dem Zweck, als **Waffe** eingesetzt zu werden!

Dabei ergibt sich der Wert von Metallen zuletzt daraus, ob und in welcher Form sie dazu dienen können, sich das, was "normalerweise", also in einem friedlichen Mit- und Nebeneinander erzeugt, getauscht oder gekauft wird,

mit Gewalt anzueignen.

Der Wert des Metalls ist letztlich also der Wert der Gegenstände, vor allem natürlich von Subsistenzmitteln, also von Sachen oder Waren zum Erhalt des eigenen Lebens (und des Lebens derer, die mit dem oder dem Metalleigentümer "verbunden" sind), die man sich mit Hilfe des Metalls in Form von Waffen aneignen kann.

Dabei ist zunächst von kampf- bzw. kriegsverwertbarem Metall auszugehen, also von Bronze und vor allem von Eisen.

Zwischen den Metallen haben sich im Laufe der Geschichte ebenso Relationen herausgebildet wie wir sie später bei Gold und Silber beobachten können (von 1 : 10 bis 1 : 15, heute irgendwie "verirrt" bei ca. 1 : 50).

Die wichtigste Relation ist die von Eisen zu Gold, die aus historischen Quellen (genannt wird Pheidon) auf 400 : 1 gestellt wird.

Zentrale Sätze des Autors:

"(Unedle technische Gebrauchsmetalle) benötigen, wie jedes andere Kapitalgut auch, zu ihrer Herstellung zwar Subsistenzmittel, sind aber selber keine, so dass jeder, der sich auf ihre Herstellung einlässt, zwangsläufig in eine relative Risikolage gerät...."

"Folglich wird Metall (und jede andere Form von Kapital!) immer nur gerade in der Menge produziert, für deren Gebrauchswert die Systemmitglieder einen tatsächlichen und unmittelbaren Bedarf haben."

"Metall wird stets auf den Bedarf und auf den tatsächlich nutzbaren Gebrauchswert hin produziert... Einen vom Gebrauchswert abgehobenen Status eines privilegierten Tauschgutes, dessen gehortete (alias umlaufende) Menge sich also von ihrer gesamtwirtschaftlich-technischen Verwendbarkeit unabhängig machen könnte, erlangen die Metalle dadurch keinesfalls."

"Ein solches Tauschgut hätte, da unabhängig von der Welt der Gebrauchswerte, selber keinen Nutzen und könnte daher nicht in einen (Grenz-)Nutzenrelation zu anderen Gütern gebracht werden,, d.h. die Grundvoraussetzung, damit ein Gut überhaupt 'Tausch'relationen zwischen anderen Gütern vermitteln könnte, fehlt völlig."

"Metall ist also nichts, das ständig und überall schlanken Absatz fände... Ökonomisch-technisch sind Metalle daher ein regelrechtes Anti-Geld, also gerade nicht etwas, das mit einem Angebot einzufangen von sich aus sonderlich nahe läge."

Diese Ausführungen halte ich für schlüssig.

Nun aber wird's heikel:

"Nur wer über eine Waffe verfügt und damit über das 'Recht', jederzeit Subsistenz abzurufen, wann immer er sie braucht, ist in dieser Zeit des raschen Verderbs, der der Vorratshaltung enge Grenzen setzt, wirklich reich..."

Und erst jetzt, da sicher gestellt ist, dass Metalle gefahr- und problemlos von jedem genommen werden können, weil er sie jederzeit wieder los wird, lassen sich Schuldverhältnisse in größerem Umfang auf diese Metalle ziehen.

Damit werden diese Metalle monetäre 'Selbstläufer', die deshalb überall gern genommen werden, weil sei von anderen nicht nur ebenfalls gern genommen, sondern sogar dringend gesucht werden."

Halte ich ebenfalls für schlüssig.

Danach wird vom Autor der Feudalherr (alias Staat) eingeführt, der der Einfachheit halber **seine Abgaben gleich in Form von Metall einzieht**, was die "Umlauffähigkeit" der Metalle noch mehr erhöht, wobei die Metalle jederzeit in Naturalien (wie beschrieben) zurück verwandelt werden können.

Entsprechende Standardisierungen finden im Laufe der Zeit statt, wobei die Standardisierungen von verschiedenen Metallen untereinander letztlich darauf hinauslaufen, dass schließlich die bequemer Metalle (bequem, weil nicht so viel Volumen beanspruchend) wie Gold und Silber sich durchsetzen, was übrigens ebenfalls nur staatlicherseits "verfügt" werden muss.

Metalle werden so zu "Konvertibilitätsgaranten" und werden schließlich zum "Medium", auf das man ziehen kann, da es seinerseits universelle Verwendbarkeit hat, die aus der Tatsache resultiert, dass man sich mit Hilfe von Metall alles das "aneignen" kann, wonach einem der Sinn steht.

"Aus dem logischen Zirkel, der nichts anderes besagt, als dass Edelmetall ein Tauschmittel ist, weil es von jedem als Tauschmittel akzeptiert wird, findet sich ein Ausweg, weil immer genügend 'Reiche' verfügbar sind, die sich nicht für den Tauschwert, sondern den Gebrauchswert des Edelmetalls interessieren..."

Das Ganze setzt also eine Teilung in Arm und Reich voraus, wobei "Arm" immer sicher sein kann, sein Metall loszuwerden, "ohne Gefahr zu laufen, die Konvertierbarkeit über eine mühsam zu organisierende Ringtauschkette suchen zu müssen."

In Metall zu leistende Abgaben sind also offenbar der Schlüssel zum Geld- und Zinsproblem.

Durch diese Debalanzierung des (von der ökonomischen Lehre immer als "friedlich" vorgestellten) wirtschaftlichen Prozesses entsteht eine Art "Nachfrage-Sog" in Richtung auf - letztlich dann - Edelmetall.

Dabei bleibt der Sog durch die - auch im normalen Wirtschaftsleben immer vorkommenden - Schuldverhältnisse aufrecht erhalten, die ihrerseits immer wieder Metall als Schuldendeckungsmittel benötigen (was, siehe Teil I, aus den frühen Urkunden deutlich ableitbar ist).

Damit, und dies ist meine Interpretation, **entsteht der Zins letztlich aus der Nachfrage nach Metall selbst.**

Und zwar so, dass die Nachfrage durch Zeitablauf steigt, was letztlich das bekannte "Mehr" an Rückzahlung verursacht (bzw. das babylonische "wächst zu"), das seinerseits ein durch vorhandene gesellschaftliche Strukturen - und das sind immer Machtstrukturen - stets einen Kurs hat, da mit seiner Hilfe die "Mächtigen" sich Waren beschaffen können (oder könnten), ohne ihrerseits Waren dem Markt zur Verfügung zu stellen.

Dies sei hier zunächst in geraffter Form vorgestellt, um eine weitere Zinsentstehungserklärung (konkret: Entstehung der berühmten "Mehrs" bei Rückzahlung) zu haben, die es in dieser Form meines Wissens bisher noch nicht gegeben hat.

Ich werde allfällige Fragen dazu gern an den Autor weiter reichen. Er selbst kann leider (noch) nicht an Web-Diskussionen teilnehmen.

Real-Enzyklopädie (20): Der "Einlagenzins" (1. Teil)

Hi,

seit wann und warum verzinsen sich eigentlich Einlagen?

Die Fragestellung wirkt für uns heute etwas seltsam. Dann wir müssen nur Geld nehmen, zur Bank bringen, dort auf ein Konto einzahlen und warten.

Dann bringt dieses Geld Zinsen.

Dieser Vorgang des Verzichts auf anderweitige Verwendung unseres Geldes, etwa zu Kauf oder Hortung, wird also irgendwie "belohnt", wobei die Begründungen dieser "Belohnung" vielfacher Natur sind. Sie reichen von Argumenten wie "Verzicht muss schließlich positiv vergolten werden" bis hin zu: "Da ein anderer jetzt mit dem Geld 'arbeiten' kann, muss er auch dafür bezahlen."

Vor allem das erste Argument befriedigt nicht, da ein höherer, noch dazu kollektiver Verzicht (vulgo: hohe "Sparquote") mit nicht nur insgesamt höheren Zinseinkünften, sondern auch mit höheren Zinssätzen selbst vergolten werden müsste, da sonst der Anreiz für den einzelnen, zu verzichten, mit der Größe des Verzichts abnähme. Warum also auf eine zweite Einheit Geld verzichten, wenn sie nicht mehr einbringt als die erste?

Das Argument scheitert vollends, wenn eine Angebots- und Nachfragekurve konstruiert wird, nach welcher ein Mehrangebot an Ersparnissen (wie jedes Mehrangebot) zu immer tiefer liegenden (= einen niedrigeren Zinssatz ausdrückenden) Schnittpunkten führt, so dass der Mehrverzicht am Ende nicht belohnt, sondern bestraft wird:

Bieten alle Sparer (in einem einfachen Modell) 1000 Einheiten Geld an, kriegen sie 10 Prozent Zinsen, also insgesamt 100. Bieten sie 2000 Einheiten Geld an, kriegen sie nur 5 Prozent Zinsen, also ebenfalls nur 100. Wozu dann die zusätzlichen 1000 Einheiten überhaupt anlegen, d.h. auf ihre sofortige Verwendung verzichten - die Sparer schießen sich doch dabei selbst ins Bein?

Das zweite Argument ist, wie schnell zu sehen, kein Argument, das die Sparer betrifft, da ein Kredit zu seiner Vergabe keinerlei vorangegangenen Sparvorgang benötigt, da jederzeit Kreditvereinbarungen - wie Kauf (und/oder Tausch) auf Kredit - getroffen werden können, ohne dass zum Zustandekommen der Vereinbarung Geld überhaupt auftaucht oder auftauchen muss.

Über die Bedeutung des **Tributs**, also zwangsweiser Abforderung von Sozialprodukt für die Entstehung des Zinses, der in der früheren deutschen Sprache übrigens gleichbedeutend war mit "**Abgabe**", also Steuer, wird noch an kommender Stelle ausgeführt werden; einstweilen darf ich auf die entsprechenden Passagen im Vortrag von Friedrichroda verweisen.

Einen Einlagenzins gibt es erst in der neueren Geschichte, wie wir gleich sehen werden.

Die Vorstellung, "seit jeher" hätten Einleger einen Zins für ihre Einlagen kassieren können, was auch der aberwitzigen Idee vom "**Josephspfennig**" zugrunde liegt, der hier schon ausführlich diskutiert wurde, ist vollständig **falsch**.

Einlagen sind **Deposita**, wobei in der Regel nicht die Depotanstalt etwas bezahlt hat,

sondern umgekehrt derjenige, der etwas bei der Depotanstalt in Verwahrung gab!

Eines der wichtigsten Bücher zur Bankengeschichte und Bankenpraxis führt dies in aller Breite aus (Otto Huebner, Die Banken, hier Teil II, Leipzig 1854), mit Hinweis u.a. auf die Österreichische Nationalbank (136).

Nur wer besonders gute, meist verwandtschaftliche Beziehungen zur Depotanstalt hatte, konnte sich der Zahlung der Depotgebühr entziehen, wie dieses Dokument beweist:

1505 Ich Anthoni Welser zu Augsp. bekenne mit diesem Brieue das Ich
 parz eingenommen hab. von dem hochgelehrten Herrn Conrat Peutinger Doctor
 auf funffzig guld. rinfstg die mir sein wird begündigt das wir
 ander funffzig guld. rinfstg die schlauff fawt in mein gelagert
 hat dem hochgelehrten Herrn blasen guld. 100 fl. auf fawt
 mein gunstigen Herrn zu vergunt mein handt fawt zu auf
 freitag nach Oheben am 15.

Anton Welser

Mit eigener Hand bestätigt der damalige Chef des größten Handels- und Bankenkonzerms der Welt, **Anton Welser** anno 1505 dem damals 40jährigen bekannten Humanisten **Konrad Peutinger** den Erhalt von 50 Gulden (Kaufkraft heute ca. 10.000 Mark):

"Ich Anthoni Welser zu Augsburg bekenne mit diesem Briefe, dass ich bar eingenommen hab von dem hochgelehrten Herrn Conrat Peutinger, Doctor..."

Dafür musste weder Peutinger eine Depotgebühr bezahlen noch gar der Bankier Welser einen Zinssatz!

Ob Anton Welser mit den bei ihm eingelegten Depot "arbeitete" oder es tatsächlich nur "sicher verwahrte", wissen wir in diesem Falle freilich nicht.

Jedenfalls arbeiteten die frühen Bankiers und ihre Banken (und dies als Privatbanquiers bis weit ins 19. Jh., teilweise sogar bis in die unmittelbare Gegenwart) zunächst vornehmlich mit dem eigenen "Kapital" (von "caput" = Hauptgut - das Kapital war selbstverständlich Edelmetall), wie aus diesem Beispiel aus einem Rechenbuch, Passau 1554 hervorgeht:

Gesellschaften
 Item In drey machten ein Gesellschaft. legte
 der Erst 120 fl. der ander 90 fl. der
 dritte 84 fl. haben gewonnen 98 fl.
 Wieviel gebührt jedlichem zu Gewinn. 100 fl.
 Und dergleichen Exempel mehr. 1554
 die ganzz. Summe der Eingelagten. 100 fl.

"Drei machen eine Gesellschaft, legt der erste 120 Gulden, der andere 90 Gulden, der dritte 84 Gulden, haben gewonnen 98 Gulden, wie viel gebührt jeglichem zu Gewinn..."

Der Übergang vom Kapital (Eigenkapital) zu Depot (Fremdkapital) wurde schon früh fließend, was der Bankrott der Welser im Jahre 1614, als es einen sich aufgrund der politischen Umstände ergebenden **Run** auf die vermeintlich sicheren Depots gab, deutlich macht, wo von 372.000 Gulden auf der Aktivseite ganze 55.600 als valid, bzw. einbringlich noch vorhanden waren. Eine Schuld über 30.000 fl. war z.B. seit 1576 "rückständig".

Und selbstverständlich war der größte Aktivposten, eine Schuld der "Kaiserlichen Majestät" über 181.000 Gulden in keiner Weise einzutreiben (ausführlich J. Müller, Der Zusammenbruch des Welserschen Handelshauses im Jahre 1614, in: VSWG 1903, 196 ff.).

Da die beiden Welserschen Geschäftsinhaber ihre Depots (unverzinsliche Einlagen!!!) nicht zurückgeben konnten, wurden sie in Ketten gelegt. Frühe, beklagenswerte Opfer des Irrglaubens, dass der Staat seinen Verpflichtungen auf Dauer doch nachkommen würde (andere "Aktiva" waren damals Titel des Kurfürsten von Mainz, des Landgrafen von Hessen, des Königs von Polen, des Staats Spanien usw.).

Die Welt-Staatsschulden-Geschichte wiederholt sich dermaßen penetrant, dass ich mir das "Vertrauen" (!) in den Staat als "Schuldner" nur mit einem schier jenseits aller Deutungsmöglichkeiten liegenden MASSENWAHN der EXTRAKLASSE erklären kann.

Psychologen an die Front! Bitte!

Der nächste Teil zum Thema "Einlagenzins" (dauert leider etwas, da stark beschäftigt), wird sich mit dem **Übergang vom unverzinslichen zum verzinslichen Depot** beschäftigen, wobei ich schon jetzt weitere, amüsante Überraschungen garantiere.

Jedenfalls darf die Vorstellung von einem Verzinssystem, das auf vorhandenem und irgendwo "angelegtem" Geld per se beruht, ebenso wie die Josephspennig-Mär, zu den Akten gelegt werden - die Depositenverzinsung ist - das sei schon jetzt verraten - erst seit der Mitte des 17. Jh. für England und ab der Zeit Friedrich II. von Preußen für Deutschland nachweisbar, was wir uns dann genauer anschauen werden.

Es wird interessant, zumal es wieder auf die alte Geschichte von der Staatsgewalt hinausläuft.

Das **Depot**, um auch das völlig klar zu machen, war damals ausschließlich Edelmetall, also nicht das Geld eines Kreditgeldsystems, sondern Tauschobjekt, worauf für die Zeit der Entstehung von Bankensystemen auf breiter Front im 19. Jh. ausführlich schon **H.D. Macleod** hingewiesen hat ("Theory and Practice of Banking", London 1855, I, 45):

"Der Kauf einer Sache mit einem Goldstück... hat die Natur des Tausches an sich."

Allerdings haben wir heute im Kreditgeldstandard eine

völlig andere Lage!

Ein Goldstück konnte und kann als Depot eingelegt und zurück gefordert werden, ein Schuldschein, als den sich Banknoten oder auf ZB-Geld lautende Forderungen darstellen, ist niemals depotfähig, da man eine Forderung im Verhältnis Deponent zu Bank immer nur abtreten, aber nicht "deponieren" kann.

Was die Notenbanken heute machen, ist eine Depot-Simulation, denn sie bezeichnen Forderungen (= schuldrechtliche Vorgänge) als "Pfänder", obwohl jeder noch so kleine Pfandleiher um die Ecke weiß, das Pfänder immer Gegenstände, also sachenrechtliche Objekte sein müssen.

Das ist der Kern des Schwindels, dem wir früher oder später in einer Misere sondern gleichen zum Opfer fallen werden.

Also dann bis zum II. Teil dieses Beitrages.

Real-Enzyklopädie (21): Inkompatible Bankbilanzen - wo ist der Buba-Kredit?

Hi,

der mainstream behauptet immer, dass Notenbanken "Kredite" vergeben würden. Auch heißt es immer wieder, die Notenbanken würden einen "Zinssatz" fordern, den man natürlich nur fordern kann, wenn es sich um einen Kredit handelt.

In den laufenden Bundesbank-Statistiken war seit alters die Rede von

Kredit an Kreditinstitute und Nichtbanken

Das stellt sich in der Bilanz der Buba dann unter Position 5 wie folgt dar:

I. Bilanz der Deutschen Bundesbank zum 31. Dezember 2000			
Aktiva			
	Mio Euro	31. 12. 1999 Mio Euro	
1 Gold und Goldforderungen	32 676	32 287	
2 Forderungen in Fremdwährung an Ansässige außerhalb des Euro-Währungsgebiets			
2.1 Forderungen an den IWF	7 762	(8 332)	
2.2 Guthaben bei Banken, Wertpapieranlagen, Auslandskredite und sonstige Auslandsaktiva	53 377	(52 422)	
	61 139	60 754	
3 Forderungen in Fremdwährung an Ansässige im Euro-Währungsgebiet	—	—	
4 Forderungen in Euro an Ansässige außerhalb des Euro-Währungsgebiets	300	9 149	
5 Forderungen in Euro aus geldpolitischen Operationen an Kreditinstitute im Euro-Währungsgebiet			
5.1 Hauptrefinanzierungsgeschäfte	110 714	(48 397)	
5.2 Längerfristige Refinanzierungsgeschäfte	27 909	(32 745)	
5.3 Feinsteueringoperationen in Form von befristeten Transaktionen	—	(—)	
5.4 Strukturelle Operationen in Form von befristeten Transaktionen	—	(—)	
5.5 Spitzenrefinanzierungsfazilität	606	(9 417)	
	139 230	90 558	

Und in den Monatsberichten der EZB lesen wir unter der Position

Konsolidierter Ausweis des Euro-Systems

etwas über

Forderungen in Euro an den Finanzsektor im Euro-Währungsgebiet

was sich im Monatsbericht der EZB (ebenfalls unter Position 5) dann so darstellt:

Konsolidierter Ausweis des Eurosystems								
(Mio €)								
I. Aktiva								
	Gold und Goldforderungen	Forderungen in Fremdwährung an Ansässige außerhalb des Euro-Währungsgebiets	Forderungen in Fremdwährung an Ansässige im Euro-Währungsgebiet	Forderungen in Euro an Ansässige außerhalb des Euro-Währungsgebiets	Forderungen in Euro an den Finanzsektor im Euro-Währungsgebiet	Hauptfinanzierungsgeschäfte	Längerfristige Refinanzierungsgeschäfte	Feinstfinanzierungsoperationen in Form von befristeten Transaktionen
	1	2	3	4	5	6	7	8
2000 - 4. Febr.	116 248	257 465	15 278	4 505	202 290	131 113	69 996	0
11.	116 071	257 133	15 969	4 602	199 257	128 096	69 996	0

Nun hatte ich vor einiger Zeit der EZB die Frage gestellt, wo denn die entsprechenden Gegenbuchungen dieser "Forderungen" in den Bilanzen der des Finanzsektors (der Kreditinstitute also) zu finden seien.

Die Antwort kam mit einiger Verzögerung, angeblich nach "Rückfrage bei einer großen Geschäftsbank", aber sie kam und lautete:

"Unter 'sonstigen Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten'."

Diese Aussage der EZB ist KOMPLETT FALSCH!

Ich beweise dies anhand der Bilanz der größten deutschen Sparkasse, der HASPA in Hamburg.

Die HASPA verbucht unter Position 1 der Passiva

Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten (täglich fällig oder mit vereinbarter Laufzeit und Kündigungsfrist)

Darunter erscheinen die Verbindlichkeiten gegenüber der Bundesbank nicht. Sie erscheinen auch nicht unter Punkt 5

Sonstige Verbindlichkeiten

worunter Verbindlichkeiten im Rahmen der sozialen Sicherheit, Steuerverbindlichkeiten und sonstige Verbindlichkeiten erscheinen, die nebenbei weniger als ein Promille der Bilanzsumme der HASPA ausmachen (59 Mio zu 69 Mrd €).

Wo verstecken sich also die "Kredite", die die Notenbank an die HASPA vergeben hat?

Antwort:

Sie sind überhaupt nicht in der Bilanz enthalten, in der - betreffend "monetäre Größen" - nur unter Position 1 der Aktivseite dies zu finden ist:

Barreserve, a) Kassenbestand und b) Guthaben bei der Deutschen Bundesbank

mit zusammen 449 Mio €.

Zur "Verbindlichkeit" dieses größten deutschen Sparkasseninstituts ist allerdings etwas außerhalb (!) der Bilanz zu finden, und zwar unter

Sonstige Angaben

Darin erscheint als Angabe zu "sonstigen finanziellen Verpflichtungen" dies im Geschäftsbericht:

Sonstige finanzielle Verpflichtungen

Für die folgenden Geschäftsjahre bestehen Verpflichtungen aus Miet-, Pacht- und Leasingverträgen:

Geschäftsjahr	Haspa TDM	Haspa Konzern TDM
2001	21.189	33.694
2002	21.708	33.228
2003	21.109	31.553
	64.006	98.475

Das Bestellobligo für Investitionsvorhaben hält sich im üblichen Rahmen.

Zum Abschlussstichtag bestanden bei der Hamburger Sparkasse aus Offenmarktgeschäften gegenüber der Deutschen Bundesbank Verpflichtungen in Höhe von 6.258.656 TDM, für die Wertpapiere mit einem Buchwert von 7.339.231 TDM verpfändet wurden. Daneben hat die Hamburger Sparkasse im Zusammenhang mit Geschäften an Terminbörsen Wertpapiere in Höhe von nominal 58.960 TDM verpfändet.

Bei der Hamburger Sparkasse bestehen gegenüber drei Gesellschaften Einzahlungsverpflichtungen von zusammen 63 TDM.

Außerdem bestehen bei der Hamburger Sparkasse Nachschussverpflichtungen in Höhe von 13.938 TDM.

Da die HASPA, wie alle anderen Banken auch, die "Kredite" bzw. "Forderungen" des Eurosystems (EZB, Buba usw.) nicht passiv verbucht, während das Eurosystem diese Position aktiv verbucht, sind die Bilanzen des ZB-Systems und die der ihm "angeschlossenen" Geschäftsbanken (MFIs) **in keiner Weise kompatibel**.

Hier wird also seit eh und je ein Türke aufgebaut, der die Sinne vernebelt. Es gibt keine "Kredite" der Notenbanken an Geschäftsbanken und ergo auch keinen "Zinssatz" der Notenbanken.

Daraus folgt, wie oft genug gepostet:

- Es kann niemals "Geld netto" geben. Jede Banknote ist nichts anderes als der Ausdruck dafür, dass es "dahinter" eine noch nicht erfüllte Schuld gibt, die das betreffende Pfand in sich trägt.

- Die Notenbanken können später fällige Forderungen (die bei ihr liegenden Pfänder wie Staatspapiere usw.) in "gesetzliche Zahlungsmittel" verwandeln, d.h. auf der Zeitachse nach "vorne" holen.

- Die "Satz", den die Notenbanken für diesen "Service" verlangen, ist kein Zinssatz, sondern eine **Monopolprämie**, da sie als einzige diese Zeitverschiebung veranstalten und entsprechend abkassieren dürfen (derzeit im €-Raum die seit letzter Woche geltenden 3,25 %).

- Die Monopolprämie kann niemals mit vorhandenem ZB-Geld bezahlt werden; es müssen vielmehr in Höhe der Monopolprämie zusätzliche Pfänder den ZBs zur Umwandlung in ZB-Geld angedient werden, woraus sich automatisch ein **Zinseszinsseffekt** ergibt, der neben anderen derartigen Effekten (siehe Staatsverschuldung) das ganze Gebäude über kurz oder lang zum Einsturz bringen wird.

Alles, was die ZBs vermögen ist: Durch Festsetzung ihrer **Monopolprämie** (= Steuer auf die Ausgabe von ZB-Geld) die Zinsen der Pfänder, die **immer und in voller Höhe** von der pfandhinterlegenden Kreditinstituten kassiert werden, zu mindern.

Dass dies natürlich "Wirkung" zeigen kann, ist unstreitig. Man stelle sich nur vor, die EZB hätte ihre Monopolprämie von 3,75 nicht um 50 Basispunkte gesenkt, sondern erhöht (also auf 4,25) - dann hätten die Banken, deren Pfandpapiere sich aktuell nur mit knapp über 4 % rentieren (was auch dem Zinssatz für evtl. neu zu kontrahierende Kredite entspricht) natürlich alles in ihrer Kraft stehende veranstaltet, um den sich dann automatisch ergebenden Netto-Verlust zu vermeiden.

Die Notenbank kann also durch Hinaufsetzung ihrer Monopolprämie letztlich die Neukreditvergabe komplett abwürgen (was auch bei "inversen" Zinskurven zu beobachten ist, wenn also die kurzen Sätze über den langen liegen).

Die Notenbank kann aber **niemals** durch das Absenken ihrer Monopolprämie die Kreditaufnahme selbst auf Dauer beeinflussen (oder gar - wie erwünscht - in die **Realwirtschaft** leiten). Sie kann zwar psychologische "Signale" geben, aber mehr als Signale sind das nicht. Ganz abgesehen davon, dass sich die "Signale" - wie jetzt zu beobachten - zuvörderst an den Finanzmärkten austoben und die Realwirtschaft eben unbeeindruckt lassen.

Ob und in welcher Höhe zusätzliche Kredit (Kredite immer ex nihilo!) gegeben und genommen werden, entscheidet ausschließlich das Publikum und dies basierend auf eigener Einschätzung, nämlich ob die Kredite plus Zinsen mit Hilfe zusätzlicher vermarktbarer (= durch wiederum zusätzliche, spätere Verschuldung anderer Teile des Publikums) zur Rückzahlung bzw. Bezahlung realisiert werden können.

Gruß

Real-Enzyklopädie (25): "Ersparnisse"

Hi,

immer wieder wird die Behauptung aufgetischt, dass es in einem Kreditgeld-System so etwas wie "Ersparnisse" geben könne.

Das Modell, das - auf den ersten Blick einleuchtend - dahinter steht, sieht so aus:

Ein Arbeiter erhält 1000 € Lohn oder Gehalt und legt davon 200 € auf die Seite. Dabei hortet er nicht etwa die 200 € (Matratze), sondern zahlt die 200 auf einer Bank ein.

Hat der Arbeiter etwas gespart?

Zunächst scheint es so. **Es ist aber mitnichten der Fall.**

Verfolgen wir nämlich die 1000 € bis zu ihrer Entstehung, kommen wir zu einem ganz anderen Ergebnis. Die 1000 € nehmen wir der Einfachheit halber als Banknoten.

Diese Banknoten existieren nicht als solche, sondern sind immer Resultat eines Geschäftes zwischen einer Bank und der Notenbank, bei der diese Bank als Geschäftspartner zugelassen ist.

Die Bank kann nur an die 1000 € kommen, nachdem sie ein Pfand in gleicher Höhe auf dem Pfandkonto der Notenbank hinterlegt hat.

Dieses Pfand ist - wie oft genug gepostet - heute immer ein Schuldtitel.

In der Bankbilanz sieht das so aus:

Aktiva (zunächst):

10.000 € Schuldtitel (Pfandbriefe, Schuldverschreibungen, Staatspapiere).

Aktiva (nach der Pfandoperation mit anschließender Vergabe von 1000 € Banknoten an die Geschäftsbank):

1000 € Banknoten

9000 € noch nicht verpfändete Titel.

(Die Operation wird realiter über einen Ausgleichstitel auf der Passivseite - Position 1b - abgewickelt, wodurch formell die 10.000 € aktiv erhalten bleiben und 1000 € passiviert werden, was aber für die Sache selbst keine Rolle spielt.)

Dadurch, dass die Bank überhaupt 1000 € bar in ihre Bücher nehmen kann, verändert sich die Aktivseite in keiner Weise - sie besteht nach wie vor auf 10.000 € (saldiert mit dem 1000 € betragenden Passivposten).

Die Bank reicht dann die 1000 € an die Firma weiter, bei welcher der Arbeiter beschäftigt ist und diese an den Arbeiter.

Damit hat jetzt der Arbeiter die 1000 € in Form von Banknoten. Er hat diese Banknoten - durchgerechnet - nicht als eine in sich ruhende Nettoposition, sondern die 1000 € sind nach wie vor nichts anderes als der Ausdruck für die jene 1000 €, die im aller ersten Schritt von der Geschäftsbank gegen Verpfändung von 1000 € Sicherheiten bei der Notenbank abgeholt wurden.

Zahlt der Arbeiter jetzt 200 € bei der Geschäftsbank (dem Bankensystem) ein, kann die Bank diese 200 € genau so wieder an einen anderen Kunden weitergeben wie sie schon die ersten 1000 € an die Firma weitergereicht hat, die den Arbeiter beschäftigte.

Sie kann die 200 € aber auch verwenden, um ein Pfand in gleicher Höhe bei der Notenbank auszulösen.

Was die Bank tun wird, entscheidet ihre Kalkulation.

Sie hat sicher:

Die Zinsen auf das bei der Notenbank hinterlegte Pfand.

Sie muss sicher:

Die Monopolprämie bezahlen ("Notenbanksatz"), der ihr von der Notenbank abgefordert wird und dies für die Zeit, da sie das nur von der Notenbank erstellbare gesetzliche Zahlungsmittel benötigt.

Nehmen wir an, der Monopolsatz entspricht dem Zinssatz des hinterlegten Pfandes, dann muss die Geschäftsbank den Zinssatz berücksichtigen, den sie ihrerseits bezahlen muss, um die Sicherheit (Pfand) zu finanzieren, die sie selbst finanziert hat.

Beispiel A:

Sicherheit (Pfand) verzinst sich mit 5 % p.a. Die Refinanzierung der Sicherheit kostet 4 % p.a. Der Notenbanksatz liegt bei 5 % p.a. Die Marge der Bank liegt also bei 1 % p.a. Für diese 1 % p.a. kann sie die von der Notenbank angebotene Liquidität in Form von gesetzlichem Zahlungsmittel nutzen, was durchaus Sinn macht, zumal, wenn sie für die Weitergabe von Banknoten noch eine zusätzliche Marge einstreichen kann.

Die Marge muss wenigstens die Kosten der Bank decken. Zu berücksichtigen ist allerdings, dass die Refinanzierung auf Dauer nur möglich ist, wenn sie zu den 5 % p.a. durchgeführt wird, die Liquidität letztlich kostet.

Da notenbankfähige Sicherheiten bereits refinanziert sind, dauert die Anpassung entsprechend ihre Zeit.

Beispiel B:

Sicherheit: 5 % p.a. Notenbanksatz 5 %. Refinanzierung neuer Sicherheiten ebenfalls 5 % (die alten Sicherheiten wurden im Zeitablauf sämtlich fällig und können nur zu diesen Konditionen prolongiert bzw. neue zu diesen Konditionen aufgenommen werden).

Sind die Konditionen querbeet erreicht, werden sich die Geschäftsbanken neues Notenbankgeld nur beschaffen wollen, wenn sie sicher sind, dass sie eine Marge am Markt für die Vergabe von gesetzlichem Zahlungsmittel erzielen, die ihre Kosten (inkl. Abschreibungen, Risikovorsorge usw.) decken.

Es kommt also niemals auf die Zinshöhe selbst an, sondern immer ur darauf, ob die Margen weiter gereicht werden können.

Nun zu den Ersparnissen:

Eine Ersparnis kann es in einem Kreditgeldsystem - gesamtwirtschaftlich - niemals geben. Denn alles, was gespart wird, ist nichts als eine potenzielle Reduktion der bereits existenten Verschuldung.

In einem System, das nur auf Verschuldung bzw. deren Verschiebung auf der Zeitachse (aus Pfandbrief mach - gegen Monopolprämie - Bargeld) sind sämtliche Ersparnisse in summa nichts anderes als potenzielle oder aktuelle Verschuldungsminderungen. Potenziell: Sie können von den Banken, in die sie - konkret in Form von Forderungszessionen - zurückkehren noch ein weiteres Mal zum Ersatz abgeschlossener Verschuldungsvorgänge genutzt werden.

Oder aktuell: Die Banknoten, die bei einer Bank eingezahlt werden gehen von dieser sofort an die Notenbank zurück, um die dort von der Bank hinterlegten Pfänder auszulösen.

Was letztlich Folgendes bedeutet:

1. Es kann niemals in Form der Weiter- bzw. Rückgabe von Forderungen gespart werden.
2. "Echte" Ersparnisse sind niemals schuldrechtlich möglich.
3. "Echte" Ersparnisse sind ausschließlich sachenrechtlich ("real") möglich).
4. Ein Kredit- und (!) Kreditgeldsystem kann keine Ersparnisse kennen.
5. Das *Verleihen* von Forderungen ist ein Unding. Das *Beleihen* ist jederzeit möglich ("Kreditpyramide").
6. Wenn jemals eine Rückkehr zum "Sparen" beabsichtigt wird, dann kann es nur über das Sparen in "real things" gehen. Dazu bietet sich vor allem GOLD an.

Die ist zum einen theoretisch ableitbar. Die Ökonomie geht bekanntlich von der einfachen Gleichung aus: $Y = C + I$. (Y = Yield = Sozialprodukt) besteht also aus Konsum- und Investitionsgütern. Investitionsgüter unterscheiden sich von Konsumgütern dadurch, dass sie in der Periode selbst nicht verkonsumiert werden. Ob sie auch als "Investitionen" wirken, d.h. später zur Erstellung (z.B. über ein Werkzeug oder eine Maschine) von BIP in späteren Perioden dienen, ist dabei völlig offen (und interessiert hier nicht weiter).

Letztlich müssten sie ohne hin zur Erzeugung von Konsumgütern dienen, denn die Erstellung von Investitionsgütern, aus denen nichts "kommt", was eben etwas "Verwendbares", also "Verkonsumierbares" wäre, macht keinerlei ökonomischen Sinn. Die Probleme von historische bedeutsamen Investitionen (= Nichtkonsum), die erschienen sind (Kirchen, Pyramiden etc.) muss natürlich gesondert untersucht werden, was auch zu einer Erweiterung des Konsumbegriffs führen könnte (Kirchgang als Konsum, Bestaunen von Pyramiden als Konsum usw.).

Zweifellos handelt es sich aber bei I um etwas tatsächlich Erstelltes. Somit besteht das Y aus erstellten Konsum- und Nichtkonsumgütern.

Nun gibt es eine zweite Gleichung: $Y = C + S$. S ist dabei die "Ersparnis". Und aus beiden Gleichungen wird dann abgeleitet: $I = S$. Diese Ersparnis kann zunächst keine in Form von Forderungen sein, wie es allgemein verstanden wird, also in dem Sinne, dass alle die erstellten Konsumgüter verbrauchen und daneben Forderung auf andere Konsumgüter haben, deren Genuss man aber noch in die Zukunft vortragen will. Auch eine Deutung, dass K direkt verkonsumierte Konsumgüter sind und S Ansprüche auf erzeugte Konsumgüter, die ein Teil der Berechtigten anderen Konsumenten abtritt, kann nicht funktionieren, da sonst nur Konsumgüter erzeugt worden wären: Solche, die ein Teil verkonsumiert und solche, die ein anderer Teil verkonsumiert, denen sie in Form von S "geliehen" worden waren.

Dann wäre $Y = K$, wobei sich die Verteilung der K unterschiedlich darstellt: Die einen verzichten auf K, die anderen konsumieren mehr K als ihnen - durchschnittlich - zustünde, usw. .

Das kann also nicht weiter führen. Wenn das $I = S$ überhaupt einen Sinn machen soll, dann muss es sich bei I um konkrete Gegenstände handeln, die nicht verkonsumierbar sind, woraus folgt, dass nur in etwas gespart werden kann, was nicht verkonsumierbar ist.

Womit wird wieder bei der Realgeschichte des Sparens sind, die jahrhundertlang aus dem Sparen in Edelmetall bestanden hat, was auch erklärt, dass es eine fast unübersehbare Häufung von Münzfunden gibt, die Forschern immer neue Achtung und Bearbeitung abfordern, vgl. neben vielem anderen

Coin Finds and Coin Use in the Roman World (Oxford Symposium, erschienen 1996) oder Patrick M. Brunn: Die spätrömische Münze als Gegenstand der Thesaurierung (1987).

Das Thesaurieren war also nichts als "Sparen" im wahren Sinn des Wortes, das sich bis zum Ende des 15. Jh. auch als äußerst lohnend erwies, da der Preis der Ersparnisse (Silberkaufkraft All-time-High 1477) ständig stieg (verglichen mit der Menge anderer Waren, die man dafür tauschen konnte).

Wie schon an anderer Stelle erwähnt, gab es zu Beginn des 16. Jh. für Einlagen bei Bankiers (für "Ersparnisse" mit Sonderverwahrung also) keine Einlagenzinsen (Beispiel: Einlagen des Humanisten Peutinger bei der Welser-"Bank" in Augsburg). Zumeist musste für die Depositen vom Deponenten sogar eine Gebühr bezahlt werden, woraus der Gewinn der Bank resultierte.

Auch die wenig später entstandenen "Banquen" (Venedig, Nürnberg, Amsterdam, Hamburg) waren keine Banken, die Spareinlagen einnahmen; das bei ihnen deponierte Edelmetall blieb unverzinslich und diente ausschließlich dazu, Giralgeschäfte abzuwickeln (man schrieb auf den Konten zu oder ab).

Der Quantensprung hin zur Entgegennahme von Depositen gegen Zins erfolgte Mitte des 17. Jh. durch Banken in England und die bekannten schottischen Landbanken (vgl. Gilbert: Laws of the Currency, Stat. Journal 1854), wobei es zum Zins auch Varianten gab (kostenlose sonstige Geschäftsbesorgung u.ä.).

In den älteren Handelsgesetzen werden auch Deposita (also, was wie heute als "Ersparnisse" bezeichnen), die vom Depot weiter benutzt werden konnten, erwähnt (Piacenza 1371, Bergamo 1457); andererseits wurden in Spanien Wechsler, die das bei ihnen liegende Geld weiter "verwendeten" ausdrücklich als **Räuber** bezeichnet (vgl. Hübner, Die Banken, 58). Entsprechend gab es den "Bankrott" = die "Banca rotta" - den umgestürzten Tisch des Wechslers, der das Depot nicht herausrücken konnte.

Doch der große Trend startete erst um 1700. Zum einen wurden Gelder (also vorhandenes Metall) gebündelt und zu Aktiengesellschaften vereint, von denen die Bank of Scotland die erste war:



Sie startete 1695 mit 1.200.000 Pfund, wobei die "Gründer" sozusagen ihre eigenen Deponenten waren. Die Bank konnte dann die Deposita weiter verleihen, was riskant war und durch die Haftungsbeschränkung der AG ("joint stock company") ausgeschaltet wurde, weshalb es da eines Parlamentsprivilegiums bedurfte. Vorher gab es nur gesamtschuldnerische Totalhaftung!

Eine anderen Weg ging Preußen, indem 1769 "Ersparnisse", die bei den Sparern sich befanden in die Königliche Banque umgelenkt wurden und dies mit dem Versprechen einer 3prozentigen Verzinsungen (plus Zusicherung, die Gelder nur in sicheren Hypotheken anzulegen):



Eine ähnliche "Special-Garantie" gab es schon vorher bei Gerichtsdepositen und Mündelgeldern.

Aus diesen Anfängen heraus entwickelten sich dann auf breiter Front die "modernen" Banken, deren gemeinsames Merkmal allerdings stets geblieben war, konkrete Ersparnisse, d.h. also Edelmetall als Depositum entgegen zu nehmen.

Hübner hatte sich die Mühe gemacht, sämtliche Mitte des 19. Jh. existierenden 1305 Banken zu untersuchen und kam dabei auf diese Zahlen:

1. Bankkapital insgesamt: 1,085 Mrd Taler (Tlr = später = 3 Mark).
2. Ausstehende Noten insgesamt: 1,026 Mrd Tlr.

Da die Noten zunächst Depotscheine waren (die allerdings ihrerseits wieder zu "Ersparnissen" herangezogen werden konnten) und die "Deckungen" höchst unterschiedlich waren, lassen sich keine weiteren detaillierten Aussagen treffen (auch fehlen vielerseits Angaben). Aber immerhin sind Größenvorstellungen möglich, z.B. betrug der deutsche Bargeldbestand 1876 dann etwas mehr als 3 Mrd. Mark (= 1 Mrd. Tlr).

Um zum Ausgangspunkt zurückzukehren: In der Zeit einer Metallwährung existierten also konkrete "Ersparnisse" in Form von **Depositen in specie (Metall)**, die bei Banken hinterlegt waren (unbeschadet deren Weiterverwendung durch die Depotanstalt, alias Bank).

Von diesen Ersparnissen unterscheidet sich das, was wir heute als "Ersparnisse" bezeichnen fundamental. **R.Deutsch** hatte in Friedrichroda ausführlich auf diese Dinge hingewiesen.

Wer heute 100.000 € in einer Bank einzahlt, zahlt nicht eine "Sache" ein, sondern er übergibt der Bank eine **Forderung**. In Forderungen kann aber nicht "gespart" werden. Forderungen eignen sich nur zur Abtretung (Zession).

Da sämtliche Forderungen immer gleich hohen Verbindlichkeiten (Schulden) entsprechen, **bedeutet "Sparen" heute immer nur die Minderung von Verbindlichkeiten**, gesamtwirtschaftlichen natürlich.

Würden alle Banknoten an die Banken, aus denen sie letztlich nur ans Publikum gekommen sein können, da nur Banken Zugang zur Notenbank haben, zurückgegeben ("gespart"), würden die Banken die Noten sämtlich an die Notenbank zurückgeben, da sie das Publikum nicht mehr benötigt.

Die "Ersparnisse" wären physisch verschwunden. Was bliebe, wären Ansprüche des Publikums, wieder mit Banknoten ausgestattet zu werden, sobald die "Sparfrist" abläuft. Um sich die *dann* benötigten Banknoten zu beschaffen, müssten die Banken wieder in Geschäftsbeziehung zur Notenbank treten und sich dort - gegen Hinterlegung dann ZB-fähiger, also bereits existenter Schuldtitel - die benötigte Beträge in Form von Banknoten abholen.

So wenig wie es Nettogeld geben kann, kann es also Nettoersparnisse geben. Dies gilt sub summa aller Volkswirtschaften, auch wenn der Augenschein uns anderes zu lehren scheint, nämlich wenn wir Leute sehen, die Geld "in Händen haben" oder "sparen". Es können immer nur einzelne sein, niemals alle.

Real-Enzyklopädie (26): Kapitalismus, Marktwirtschaft etc. - Klärungsversuch

Hi,

als jemand, der ein dickes Buch zum Thema KAPITALISMUS geschrieben hat (ich hoffe, noch ein paar Exx. aufzutreiben und werde sie dann gern verteilen, bitte Geduld), darf ich mir erlauben, etwas zur Klärung zu versuchen.

1. Kapital. Name von "caput" (lat. = Hauptgut). Es muss also etwas "vorhanden" sein, mit dessen Hilfe man Geschäfte treiben kann. Dies muss - zwingend! - im Eigentum des/der Betreffenden liegen (Einzelfirma, Gesellschaft), da es sonst Sachleihe ist oder gleich ein schuldrechtlicher Vorgang.
2. Das Kapital muss im Geschäft eingesetzt, d.h. **riskiert** werden. Kapitalismus ohne Risiko das Kapital zu verlieren, ist nicht definierbar.
3. Das Kapital kann selbst zum Tausch/Verkauf angeboten werden oder es kann dazu dienen, zusätzliche Waren zu produzieren, die auf Märkten erscheinen müssen. Kapitalismus als Selbstzweck (ich baue mir ein immer größeres Haus) ist keiner.
4. Das Kapital muss nicht, wird aber in der Regel "bemannt". Dazu bedarf es des freien Lohnarbeiters. Hörige, Leibeigene, Hintersassen usw. kommen im Kapitalismus nicht vor; dieses System ist der sog. "Feudalismus".
5. Der freie Lohnarbeiter ist eine historische Erscheinung. Es gab ihn in Ansätzen in der Antike (meist Tagelöhner), die ansonsten mit Sklaven arbeitete, was auch Kapitalismus ist, wobei die Entlohnung des Sklaven nichts anderes war als die Zurverfügungstellung von Subsistenzmitteln, um ihn zu erhalten. Sklaven waren teuer. In Krisenzeiten wurden Sklaven auch in der Antike frei gelassen, weil sie ihrem Eigentümer buchstäblich zu teuer waren.
6. In volle Erscheinung trat der mit freien Lohnarbeitern operierende Kapitalismus im England nach den **Lollardenaufständen** (13. Jh., siehe Stichworte **Wat Tyler** usw.). Die bis dahin dem Grundherrn "hörigen" (= gehörenden) Menschen, deren Hörigkeit auf der Tatsache gründete, dass sie auf dem Land des "Herren" lebten,

befreiten sich und waren nur noch bereit, **gegen Geld zu arbeiten**. Damit waren Lohnzahlungen in der Welt. Ähnliche Entwicklungen in Oberitalien und anderswo.

7. Die große Befreiung der Hörigen (Bauern) kam in Deutschland (der Bauernkrieg scheiterte bekanntlich 1525) zu Beginn des 19. Jh. (Stein-Hardenberg'sche Reformen usw.). Die gleichzeitige **starke Bevölkerungsvermehrung** in ganz Europa (**Malthus** sah da große Probleme) schuf ein Lohnarbeiterangebot, das nur mit Mühe absorbiert werden konnte. Unternehmer vermehren sich als Unternehmer nicht von selbst. Das ganze 19. Jh. war also ein Buyers Market für den Lohnarbeit nachfragenden Unternehmer. Die entsprechenden Probleme und sozialen "Strömungen", die das begleiteten sind nur allzu bekannt (Babeuf, Sismondi, Proudhon, Marx, Engels, Liebknecht, usw.).

8. Die Zeit des völlig freien Kapitalismus ging in den großen Flächenstaaten rasch zu Ende, schon in den 1890er (!) Jahren erschien ein Buch (suche es noch heraus) mit dem Titel (sinngemäß): *Der Sieg des Staatssozialismus in den USA*. Die allerletzte Bastion des freien Kapitalismus ist heute noch Hongkong, aber ebenfalls mit staatsinterventionistischen Tendenzen.

9. Dennoch wurde das 19. Jh. die große Zeit des freien Kapitalisten, eine der imposantesten Figuren wurde **August Thyssen** (Start bei null, Ende als Multimillionär), der auch schon erkannt hatte, dass Arbeiter umso optimaler arbeiten (für den Kapitalisten also gewinnbringend), je mehr Sicherheit ihnen der Kapitalist bietet. Thyssen hat nie einen Mann entlassen, auch als die Geschäfte schlecht gingen. Ähnlich Krupp, Zeiss und andere.

10. Im MODELL des freien Kapitalismus herrscht **freier Marktzugang**. Die freie Marktwirtschaft kann daher immer nur zu vorübergehenden Monopolen (technischer Fortschritt usw.) führen, die rasch abgebaut werden, so dass "Marktwirtschaft" den Kapitalismus letztlich zum Marktmodell des **Polypols** führt, also der sog. atomistischen Konkurrenz, wo immer nur vorübergehende Sondergewinne gemacht werden können, das Ganze sich aber in einer sich verstetigenden Minimierung der Gewinne (= Unternehmerlohn plus Risikoprämie für das eingesetzte Kapital, siehe oben) einpendelt.

11. Sobald der **STAAT** auf den Plan tritt, verändert sich das Bild schlagartig. Zunächst perpetuierte der Staat die natürlicherweise immer nur vorübergehenden Monopole durch Interventionen aller Art (Patente bis Schutzzölle). Damit war der freie Kapitalismus bereits erledigt und als dann noch Staatsnachfrage in großem Stil dazu kam (**Rüstung!**) waren die entsprechenden Unternehmer durch diese Marktverwerfungen (kein Privatmann kauft sich ein Schlachtschiff) im Vorteil. So wurden z.B. die Krupps zu den reichsten Deutschen, ähnliches gilt für Boden(schatz)-Monopole, wie das der oberschlesischen Magnaten oder im Ruhrgebiet. Heute wird das per OPEC z.B. gleich sozusagen staatsdirekt erledigt.

12. Im Laufe der Herausbildung von **"modernen" Demokratien** verwarf sich das System noch stärker. Denn Demokratie heißt Stimmenkauf und Stimmenkauf bedeutet letztlich immer: Staatsverschuldung.

13. Durch die Staatsverschuldung - inzwischen weltweit bei ca. 25/30 Billionen € liegend - wurde eine **scheinbar risikolose Art** des Kapitaleinsatzes geschaffen. Die beiden **Korrekturfaktoren** des freien Kapitalismus (Risiko des Kapitalverlustes und Risiko des Auftauchens neuer Konkurrenten mit entsprechender Gewinnminderung für alle am Markt Beteiligten) sind de facto verschwunden. Selbst bei Großpleiten "hilft" der Staat, indem er letztlich die Rechnung übernimmt oder für sie bürgt (Holzmann, LTU etc.).

14. Da der Staat stetig hochbucht, vermehren sich das entsprechenden Guthaben jener Schicht, die entsprechend investiert und investiert hat.

Die FAZ meldet heute:

"Warmer Regen für Besitzer von Anleihen - Im Januar 24,5 Milliarden Euro Zinszahlungen aus Staatsanleihen"

Dies ist mehr als doppelt (!) so viel, wie alle deutschen Unternehmen aus dem Geschäftsjahr 2001 an **Dividenden** ausschütten werden.

15. Aus dem Kapitalismus ist also **längst eine Form der risikolosen Staatswirtschaft geworden**. Dass die Inhaber der Staatstitel Gläubiger und Schuldner in einer Person sind, stört so lange nicht wie der Staat nicht an diese Titel in Form einer Besteuerung geht oder sie für wertlos erklärt.

16. Das in Staatstiteln "investierte" Kapital steht natürlich dem freien Markt nicht mehr zur Verfügung. **Daraus resultiert selbstverständlich eine laufend abnehmende Tendenz zu Realinvestitionen und damit zur Schaffung von Arbeitsplätzen**. Die Staatsverschuldung ist die Ursache der Dauerarbeitslosigkeit, wie unmittelbar einzusehen ist, wenn man den Weg betrachtet, den das Kapital der Bürger nimmt - weg von risikoreichen Investitionen hin zur sicheren Bundesschuldenverwaltung.

17. Der Staat schafft sich so jenes **Proletariat**, das - je länger die Übung dauert - umso mehr auf ihn angewiesen ist (vom Kindergeld bis zur Sozialhilfe). Was wiederum den Staat solange stabilisiert, bis er unter seiner, via Zinseszins enteilenden Verschuldung zusammenbricht.

18. Gleichzeitig kommt es zu einer (hier besonders gut und mit Recht anklagend diskutierten) **immer rascher wachsenden Ungleichheit der Vermögens- und damit letztlich der Einkommensverteilung**. Das ganze gilt selbstverständlich weltweit und intranational ebenso wie national.

19. Diese Ungleichheit hat weder mit Kapitalismus noch mit Marktwirtschaft etwas zu tun. Sie ist vielmehr die Ausgeburt der längst außer Kontrolle geratenen Staatsverschuldung. Dieser Zustand strebt mit mathematischer Präzision seinem Ende zu: **Dem Aufstand der Armen (= Nicht-Forderungsinhaber) gegen die Reichen (= Forderungsinhaber, deren Forderungen letztlich in immer größerem Umfang Staatstitel sind, siehe FAZ).**

20. Der noch in Resten vorhandene freie Kapitalismus (eine seiner letzten Spielwiesen war das Internet) wird schließlich völlig von der Staatswirtschaft aufgesogen, worüber schon der jetzt erreichte Staatsanteil an den BIPs der großen Industrienationen Auskunft gibt (BRD: knapp um die 50 %).

21. Der Kapitalismus ist also längst keiner mehr und das Gehabe mit mehr "freiem Handel" (WTO, Globalisierung) ist nichts als ein Lendenschurz, der alsbald in flächendeckenden Aufständen mit und ohne weltweitem Terrorismus fallen wird.

22. **Die Weltgeschichte ist immer Machtgeschichte.** Das Macht- und Gewaltmonopol des Staates wird - die Mißbräuche sind jeden Tag aufs Neue zu bestaunen (siehe USA, hier breitest diskutiert) - enden wie alle Monopole:

Es wird in einer großen, weltumfassenden Revolution verschwinden.

Als Zeitrahmen können wir uns auf die nächsten zehn Jahre einrichten. Es würde mich wundern, wenn es länger dauern sollte, bis wir am Ende der Fahnenstange angekommen sind.

Real-Enzyklopädie 28: Macht, Zins, Inflation (I)

Hi,

es ist an der Zeit, auch Inflation neu zu deuten bzw. definieren.

Was den Historiker stutzig macht, ist bereits das Wort: Inflation ist nicht etwas, das wir aus der Antike als etwas ableiten könnten, das in Zusammenhang mit monetären Phänomenen steht.

Die "Inflatio" ist ein **medizinischer Begriff**. Inflatio = Blähung, die inflatio praecordiorum eine Brustfellentzündung. Inflatur = aufgeblasen, strotzend, geschwollen, stolz, zornig, aufgebracht, übertrieben, schwülstig. Inflatus tibicinis = das Blasen der Flöte.

Dass es "Inflationen" in heutiger Definition gegeben hat, steht seit **Diokletians** Preisedikt von ca. 304 eindeutig fest. Warum wurde das Wort nicht verwendet, was bei der massiven Münzverschlechterung der "Folles" (tägliches Kurantgeld) doch so nahe gelegen hätte? Das Geld wurde eben nicht nur verschlechtert, sondern auch massiv vermehrt ("aufgebläht"), was für jeden offensichtlich und ohnehin auf den **Münzherrn**, also die Macht selbst zurück zu führen war.

Da die Steuern ausschließlich in **Gold**, dem Abgaben- und Machterhaltungsmetall schlechthin (Sold!), entrichtet werden mussten, das über Münzen nicht verschlechtert wurde (gelegentlich gab es, dies schon seit **Nero** einzelne Versuche), die aber ins Leere führen mussten, da es auf ein Nullsummenspiel für die Macht hinauslief: Weniger Metall kommt rein, weniger kann ausgegeben werden. Die Goldsteuern wurden schließlich in Goldbarren entrichtet, einige Barren haben sich bis heute erhalten.

Die Folles waren eine geschickt konstruierte "Unter"-Steuer. Gold und Silber hielten in etwa Parität. Das Silber konnte jedoch in Form von Münzen verschlechtert werden (es sah immer noch wie "Silber" aus), so dass immer mehr Folles für Gold bzw. Silber "rein" gegeben werden mussten.

Warum gibt es so gut wie keine Warenpreis-Statistik aus früherer Zeit? Die Preise für die den Herrscher allein interessierenden Waren blieben in "seinem" Metall gleich, sie stiegen nur im "Untertanenmetall", solange bis die Untertanen wegen immer stärkerer Verelendung unruhig wurden und die Macht gefährdeten.

Alle Preisdiktate der Geschichte werden nicht zur Steigerung der "Wohlfahrt" der Untertanen erlassen, sondern wg. Macht in Gefahr. Frankreich Brotpreis, Preisstopps im Kaiserreich und unter Hitler. Verhindert der Höchstpreis, dass überhaupt noch Ware erscheint, erledigt sich auch das. **Robespierre** hieß "le maximum" und kam deshalb aufs Schafott. **Diokletian** zog sich in seinen "Bunker" in Dalmatien zurück und entkam dem Volkszorn.

Getreidespenden, die "annonae", zum Machterhalt im Inneren und Truppen zum Machterhalt gegenüber Außen waren die einzigen römischen Ausgabenposten von Belang, in der Zeit der rasch wechselnden Imperatoren kam auch der Wille zur Machtergreifung im Inneren dazu; Imperatoren (imperator = Oberbefehlshaber), deren Kasse leer war, wurden sofort beseitigt, um sich neuen Imperatoren mit noch voller Kasse zuzuwenden. Die Soldaten **zwangen** schließlich oft genug, ihre widerstrebenden Feldherren, die Imperatorwürde anzunehmen, natürlich nicht,

weil sie ihren Chef "auf dem Thron" sehen wollten, sondern weil sie ihn zum Auskehren seiner **Kriegskasse** zwingen wollten.

Bis ins 18./19. Jh. war immer im Alltag immer nur von "Teuerung" die Rede, es sind sogar Gebete gegen die "Theuerung" überliefert, z. B. Nürnberg 17. Jh., Sammlung **Heinz Brestel**. Es gibt auch figürliche Darstellungen, z. B. eine, die zeigt, ein wie großes Brot, als Kreis aufgemalt, man sich früher und aktuell für den gleichen Geldbetrag (in Nominal) kaufen konnte.

Dabei wird das Phänomen "Inflation" auf ein geringeres *Warenvolumen* und nicht etwa auf ein gestiegenes Geldvolumen fokussiert, Missernten oder Kriegsläufe als wichtigste Ursache. Es gab zwar Ansätze, das Phänomen von Preissteigerungen "monetär" zu deuten (Schule von Salamanca, Bodin bis Ricardo, die Tooke-Debatte etc.), aber diese Vorformen der **Quantitätstheorie** waren strikt auf einen kleinen akademischen Kreis beschränkte Übungen, die nicht ins allgemeine Bewusstsein drangen.

Auch in der ökonomischen Wirklichkeit spielte die in ziemlich steter Kurve laufende permanente, aber doch sehr *moderate* Münzverschlechterung keine Rolle (vgl. die Münzentwertungstabelle bei Salsade, Receueil des Monnoies, 1767), da sie "unbemerkt" ablief, d.h. der mit Alltagsgeld operierende Bürger hielt dieses Geld nur ganz kurzfristig, einem Zeitraum also, in dem er kaum einen Wertverlust spüren konnte.

Bei "**Debita**", über längere Frist geschuldeten Beträgen, die zum einen die festgesetzte Abgaben bzw. sonstige Zahlungen in Form von Leibrenten o.ä. und zum anderen eben die Herrschaftsschulden waren, langfristig laufende "Geschäftskredite" existierten definitiv *nicht*, da die Geschäftswelt ausschließlich mit den **kurzen** Zahlungsfristen des **Wechsels** operierten (es gibt Wechsel bis zwei Jahre Laufzeit als Maximum) - bei Debita also gab es nur in Zeiten herrschaftlich zu bestimmten Termin ("Münzreformen") oder kurzer Kriegsphasen erzwungener Auf- und Abwertungen Probleme. Gezogene Wechsel wurden übrigens *niemals* als Debita betrachtet oder gar verbucht.

Bei den Münzreformen, die den "Karolingern" zugeschrieben wurden, ist ausdrücklich von solchen "debita" die Rede. Dass dies keine "Geschäfts-Debita" sein konnten, ergibt sich aus den dazu komplett fehlenden Quellen: Eine "Privatwirtschaft", die mit Kredit gearbeitet hätte, ist nirgends zu entdecken. In der einzigen frühmittelalterlichen Quelle, die von "Schuldverschreibungen" spricht (Gregor von Tours, wie schon erwähnt), sind es Schuldverschreibungen von Macht-Inhabern, also Abgaben-Herren.

Die von der Obrigkeit geführten "Schuldbücher", in denen die **privaten** Schulden quasi wie in einem Schuld-Grundbuch eingetragen werden **mussten**, um sie überhaupt **vollstreckbar** zu machen, sind erst aus erheblich späteren Zeiten (ab 13. / 14. Jh. etwa) überliefert.

Die Verbriefung einer Schuld bedurfte immer der **Hinterlegung** des Nachweises der Schuld an **öffentlicher (!)** Stelle, vgl. die ausführliche Beschreibung des dazu erforderlichen Procedere im ersten gedruckten Buch, das dies behandelt: Riederer, Spiegel der wahren Rhetorik, 1493, etwa Abschnitt CLIX

"Schuldbrieff form von gelt lyhung darürende / nach hinderlegung".

In diesem Beispiel geht es übrigens um die Geldleihe eines Junkers, also einer regionalen Macht.

Ebenso gibt es im Gefolge des 30jährigen Krieges eine Debatte darüber wie ein "Ausgleich" Statt finden solle (vgl. Eichel, Von Schuld-Sachen, Kapital und Zinsen, 1683), was sich dann bei den voll entwickelten Privatwirtschaften, etwa nach den Vorgängen von 1923 oder 1948 wiederholt (Währungsreform -- Lastenausgleich).

Den Zusammenhang zwischen monetärem Output und allgemeinem. d.h. für die **Privaten** geltenden Preisniveau und damit die "Quantitätstheorie" hat als erster **Francis Walker** 1897 entwickelt (Money in its Relations to Trade and Industry). Die Bedeutung von "Money" war bis dahin stets nur aus dem Aspekt seiner "Relation" zu und Bedeutung für die **Macht** gesehen worden. Dies seit den Spätscholastikern Biel und Auqila ("De *potestate (!)* monetarum") bis zu den Merkantilisten und Kameralisten ("camera" = fürtlische Schatzkammer).

Beispielhaft der "Fürstenspiegel" des **Johann Christoph Cörner** von 1733, hier Anhang § 2:

"Worinn besteht die grosse Fürsten-Macht. Vornehmlich 1. im guten Vorrath eines grossen Schatzes, oder vielen Geldes, 2. aber in der Kunst und Gelegenheit seinen Schatz zu vermehren, 3. in einer guten Armee mit ihren Requisitis, 4. in einer festen Alliantz."

Die Gegenbewegung, deren These sich auf die Vermehrung des Reichtums **aller** stützt, ist noch bei **Adam Smith** 1776 ambivalent definiert ("Wealth of Nations" und nicht etwas ".. of People") und mündet dann in die Diskussion über "Richesse" (jetzt durchaus private, z.B. die Franzosen ab Say und Cournot), die "Entfesselung der Produktivkräfte" (der privaten) bei **Marx und Engels** und alles Weitere, was heute als "Wirtschaftstheorie" gelehrt wird.

Die zeitliche Priorität des Geldes oder seiner "Optimierung" als **Machtmittel** der Herrschaft und nicht etwa als Beförderungsmittel für mehr **privaten** Wohlstand kann nicht bestritten werden. Die Vorstellung, erst sei so etwas wie eine "private" Wirtschaft entstanden und danach hätte sich ihr die Macht "irgendwie" beigesellt, um sozusagen auch ein paar Krümel vom ohnehin immer größer werdenden Kuchen abzuhaben, ist ein Irrtum.

In der Geschichte stoßen wir regelmäßig auf das Phänomen der **Parallelität von Preis- und Zinsbewegungen**. Dies ist mit keinerlei "Geldtheorie" zu erklären, da "vermehrtes Geld" dieses nach der Logik eigentlich **billiger** machen also den Zinssatz senken müsste, der bekanntlich als ein "Preis", sich ergebend aus Angebot und Nachfrage nach "Geld" definiert wird.

An diesem sog. "**Gibson-Paradox**" hat sich jegliche Theorie bisher die Zähne ausgebissen. Es ließ sich bisher einfach nicht erklären, vgl. u. a. die höchst klugen Studien von Shiller ("irrational exuberance"), Siegel, Harley, Dwyer et. al.

Dabei liegt die Lösung auf der Hand. Bekanntlich steigt nach "monetaristischer" Betrachtung bis heute zuerst die "Geldmenge", danach steigen die Preise, vgl. dazu sehr anschaulich EZB, Juli 2000, S. 47 ff. (mit einleuchtender Grafik). Jede Inflation- das ist auch common sense aller Geld-, Monetarismus-, Geldreform-, Inflationsvorschau-, Goldpreiserwartungs- usw. Thesen - wird "irgendwie" monetär interpretiert. Friedmans "optimum quantity of money" gehört selbstredend hier ins Zentrum.

Aber auch **Hajo Riese**, der berühmte Berliner Post-Keynesianer verirrt sich mit seiner Inflationserklärung "aus einer Interaktion zwischen Vermögensmarkt und Gütermarkt" (vgl. seine "Theorie der Inflation") in einem undurchdringliche Dickicht, da er voraussetzt, was er erst beweisen muss, nämlich dass es von "Vermögen" zu unterscheidende "Güter" gibt und er im übrigen "Geld" und "Zins" letztlich wieder in der Notenbank entstehen lässt. Das erklärt freilich nicht den Zins als solchen. Hätte er den ZB-Zins als das erklärt, was er tatsächlich ist, nämlich eine **Zwangsabgabe**, wäre er besser gefahren.

Oder anders: Da Steuern heute nur in ZB-Geld, bzw. Guthaben auf dieses lautend, bezahlbar sind, während sich "die" Privatwirtschaft mit jeder Form von Geld und Zahlungen behelfen könnte (und wie man aktuell in **Argentinien** sieht, auch behilft, allerdings mit "Ersatzgeld", mit dem **keine Steuern** gezahlt werden können), ist völlig klar, dass das ZB-Geld benötigt wird, spätestens dann zum Steuertermin, dem Anker jeder Staatswirtschaft.

Man müsste sich nur vorstellen, was geschähe, wenn Steuerzahlungen mit einem 5 %-Zinssatz auf immer vertagt werden dürften, während sich der Staat gleichzeitig mit Hilfe von Anleihen zu 6 % finanziert. Jedermann würde seine zu zahlenden Steuern in Staatsanleihen anlegen und der Staat wäre seinen Bürgern ununterbrochen 1 % Zinsen schuldig.

Daher **müssen** die Strafzinssätze für nicht rechtzeitig entrichtete Steuern immer höher liegen, als der jeweils am Termin **für** diesen Termin zu zahlende Zinssatz am Markt, bzw. als "Ersatz" muss die Vollstreckung erfolgen, die es dem Bürger dann verunmöglicht, eine für ihn etwaig *positive* Zinsdifferenz zu nutzen. Was man nicht mehr hat, kann man auch nicht anlegen.

Dies erklärt auch, warum sich der Staat immer zu günstigeren Sätzen verschulden kann als der Rest der Wirtschaft. Die ultimative Perversion dieses Zustands ist die Finanzierung des Staates bei seiner (!) Notenbank direkt mit Hilfe von "unverzinslichen" Schatzscheinen oder Schatzanweisungen, Reichkassenscheinen o.ä., Urquell jeder **Hyperinflation**.

Die Lösung des Rätsels der "Parallelität" von Zinssatz- und Preissteigerungen liegt nun darin, dass der Zinssatz mit der Preissteigerung (Inflationsrate) eben **nicht parallel** sich entwickelt, sondern ihm **vorangeht**.

Dieses ist auch gut getarnt, da die Notenbank erst dann an der "Zinsschraube" dreht, nachdem sie "Inflationsgefahren" wittert. Dabei wird zunächst vergessen, dass die ZB dem Zinssatz des Marktes immer folgt. Die Inflationsgefahr kann noch so groß sein, sinken die Zinssätze am Geldmarkt, kann sie ihren "Leitzins" nicht erhöhen. **Denn wer bemüht schon die Notenbank, die 5 % fordert, wenn der Geldmarkt 2 % verlangt?**

Der Zusammenhang ist faktisch klar belegt: Die ZB folgt zum Schluss doch immer dem Geldmarkt und nicht umgekehrt. Zwar kann die Notenbank, als "potestas sui generis" machen, was sie will, und tut auch so, als sei sie Herrin des Geschehens, aber sie kann nicht aus ihrer Haut, die eng geschneidert ist, da sie nur über die "Steuerung" des Kurzfrist-Zinssatzes verfügt.

Denn schlussendlich müssen **verzinsliche** Titel bei ihr hinterlegt werden, von deren Satz sie nur maximal 100 % abschöpfen kann. Nimmt die ZB nur Titel zu 2 % und notieren diese pari, kann sie niemals mehr als 2 % als "Leitzins" verlangen, sonst würden die Titel niemals hinterlegt.

Das Beispiel Japans macht dies völlig klar. Der Staat kann zwar Anleihen zu 1 % in die Banken drücken, aber dann darf der "Satz" zur direkten Refinanzierung dieser Titel bei der BoJ nicht über 1 % steigen, weil die Banken sonst das gesetzliche Zahlungsmittel, das der Staat selbst braucht (sonst würde er keine Anleihen begeben) dem Staat nicht "weitergeben" könnten. Bei einem BoJ-Satz 1 % würden sie ihre Lage noch verlustreicher gestalten. Und pleite sind sie eh schon.

(Folgt Teil II)

Real-Enzyklopädie 28: Macht, Zins, Inflation (II)

Man kann es also drehen und wenden wie man will: Der Staat als Abgabenmonopol-Macht plus Macht auf künftige Zwangsabgaben ziehen zu können plus Monopolgeld-Definierer plus Monopol-Notenbank-Eigentümer hat alles in der Hand. Wären alle Zinssätze auf Null, wäre eine wie auch immer ausgestaltete Zwangsabgabensystem nicht mehr vorstellbar. Die dann einkommenden Null-Steuern könnten dann nur noch durch **Konfiskationen** bei den Bürgern direkt auf über Null gehoben werden.

Womit wir über ein Naturalabgaben- und dann Eigentumsabgaben-System am Ende im Voll-Sozialismus des 100prozentigen Staatseigentums landen würden. Die viel gerühmte "Re-Privatisierung" von Staatseigentum passt allerliebste ins Bild: Der Staat bedient sich zunächst aus "seinem" Eigentum (Verkauf von Staatsbetrieben usw.) und ist dies weg, muss er sich aus **anderem** Eigentum bedienen. Die "Privatisierung" ist nichts als Augenwischerei. Denn Verstaatlichung und Konfiskation sind die logische Folge. **Es sei denn, der Staat gibt auf.**

Da der deutsche Finanzminister nur noch auf zertrümmertem Eigentum sitzt (ich bitte den Kursverlauf der Telekom zu beachten), ist dieses (bzw. deren "Verkaufserlös") nicht mehr in der Einnahmenseite aufzuführen. Die Steuereinnahmen sind ohnehin gg. Vj. um 6 % gefallen.

Es ist absolut klar, dass alsbald der Ruf nach Steuererhöhungen erschallen wird, quer durch alle Parteien. Und da sich die Ertragsteuern aus naheliegenden Gründen nicht mehr steigern lassen (weder in Summa, da Flaute, noch in Sätzen, da sonst gebrochene Wahlversprechen oder allergrößter Volkzorn) wird wieder mal die **Mehrwertsteuer** der Ausweg sein (ersatz- oder ergänzungsweise eine große Verbrauchsteuer, siehe Ökosteuer schon zur "Finanzierung" der Rentenkassen, weil sich die dort zu erhebenden Zwangsbeiträge nicht mehr steigern lassen, Stichwort "Lohnnebenkosten"). Dies erhöht **zwangsläufig** die Preise.

Quod erat demonstrandum:

Macht -- Zwang -- Abgaben (Ur-Zins) -- Preise.

Weder Zins noch Preise überhaupt (!) sind ohne Macht zu definieren.

Ein "Tauschgut" selbst hat keinen "Preis". Es lässt sich immer nur gegen ein anderes Tauschgut messen und dann vice versa. Der Preis **selbst** ist stets die **Preisdifferenz**. Preise sind nicht zu spüren, sondern nur Preisveränderungen. Gäbe es für eine Menge x stets die gleiche Menge y, die gleiche Menge z, die gleiche Menge a, b, c, usw. käme niemand auf die Idee von **einem** Preis zu sprechen - wie denn? $a = b = c$, usw. $= x = y = z$. Würde aus dieser Endlos-Gleichung (der deutsche Zolltarif allein kennt ca. 2 Millionen "Waren") eine Ware als "Preisware" ausgewürfelt?

Das Wort "Preis" selbst weist uns den Weg: Der Preis ist eben das **Besondere** (Sieger erhält einen Preis o.ä.) und weil bei allen Menschen, zumindest eines Kulturkreises, die selben **Präferenzen** vorausgesetzt werden können, die auch sehr stabil sind (angefangen bei Essen, Wohnen, Trinken) muss es etwas geben, was die "Grenznutzen" der einzelnen Waren untereinander deutlich verschiebt. Dies wiederum kann nur der Zwang bzw. ein veränderter Zwang sein. Erst wenn der Zwang Abgaben, eben "Zins" fordert (absolut unelastische Nachfragekurve!) entsteht für das und aus dem betreffende(n) Abgabengut ein Preis. Preis = Aufpreis also.

Oder noch deutlicher: **Alle Preise sind letztlich nichts als Zinsen.** Der Vorwurf, der "Zinsanteil" in den Preisen sei "schon so hoch" oder "zu hoch" (**Creutz, Xsurvivor** u.a. "Zinskritiker") ist prima facie korrekt, aber nicht zu Ende formuliert. Nähme man den "Zinsanteil" in den Preisen weg (von 40 bis 50% ist gern die Rede), würde so etwas wie ein "Grundpreis" übrig bleiben. Nur: Wie erklärt sich der? Aus "Arbeitseinheiten" etwa.

Dass die Arbeit (als Leistung in Stunden) nicht "auszupreisen" ist, wissen wir nur allzu gut. Ein Preis-Nominal das "eine Arbeitsstunde" hieße, ist Nonsens.

Auch die berühmte "Realkapitalbildung" (zuletzt wieder **<Oldy>**) kann entweder nur als permanente Akkumulation - **jeder für sich** - verstanden werden oder als etwas, bei dem A einem B hilft. Warum sollte er ihm helfen, wo es doch vorteilhafter für ihn ist, die Akkumulation bei sich selbst voranzutreiben? Siehe den Beginn des Wirtschaftens im Mesopotamien-Beispiel.

Dort gab es keine Arbeits-"Teilung", sondern Arbeits-**Zwang**

Ein Helfen im Sinne eines "kostenlos" zur Verfügung Stellens **zugunsten** eines anderen hat es nie gegeben. Das Helfen innerhalb von Mini-Gesellschaften (Familie, Stamm, evtl. noch Kleinstsiedlung) war immer nur ein Helfen um "Unterschüsse" untereinander auszugleichen, also um die Mini-Gesellschaft zu stabilisieren, sonst wäre sie ohnehin keine.

Gerät die Minigesellschaft unter **Zwang** (nicht in Not, da diese alle gleichermaßen trifft), muss sie gemeinsam ran und den benötigten, weil von einem **anderen** abgeforderten **Surplus** zu erzielen.

Die Abgabe ist der Abgabenzins. Die Beschaffung des Abgabenzinses in der Form, dass das Abgabengut verliehen und geliehen wird ist die logische Folge: Solvenz des Schuldners ./.. dessen Liquidität = Abgabengut-

Zins. Also der Kontraktzins **auf (!)** den Abgabenzins. Womit wir bei zinsbewehrten und vollstreckbaren (!) Kredit- und Schuldvorgängen wären.

Auf das Risiko des Erst-Gläubigers (Ur-Herrschers und Ober-Vollstreckers) wurde schon hingewiesen: Lässt er zu, dass sich "unter ihm" Doubletten zu seinem Vorgehen entwickeln, noch dazu unter "Missbrauch" seiner Macht (= Vollstreckungshilfe für die "Untertanen" also!), können sich sehr schnell andere "Mächtige" entwickeln und seine Macht gerät ins Wanken.

Das Spiel zwischen Kaisern, Königen, Fürsten, Grafen, dem Adel usw. ist entsprechender historischer Standard, man schaue nur nach England post 1066, Magna Charta, Rosenkrieg, Cromwell und bis heute.

Sobald sich also ein Abgabensystem etabliert hat und damit fängt Geschichte im Sinne von zunächst Mehr-Produktions- und dann "Wirtschafts"-Geschichte immer an, beginnt auch gleich ein "trickle down-Effekt" nach unten.

Gehen wir weit in die Geschichte zurück, finden wir ganz genau die gleiche Lage: Zinssteigerung **vor** Preissteigerung, bzw. Abgabensteigerung -- Preissteigerung und Preissteigerung dabei Abgabensteigerung. Die Landrenten (Bodenzins, Zwangsabgabe) steigen zwischen 1100 und 1250 von ca. 12 auf 24 Gramm Silber (pro Acker - *verdoppelt*), die Preise für Land selbst von 50 auf 250 Gramm Silber (- *verfünffacht*). Quelle: Lamprecht, Deutsches Wirtschaftsleben im Mittelalter.

Oder für das Jh. der "großen" Preisrevolution: "Returns to capital ... leapt *ahead* in some decades of the sixteenth century... rents and land prices rose even more rapidly than food and fuel. One study finds that English rents increased *ninefold* from 1510 to 1640, while grain went up by a factor of *four* and wages barely *doubled*." In Belgien: Faktor elf, in Holstein Faktor 14. Quelle: Fischer, Grät Wave.

Zeitgenössisches Zitat (Hales, "Discourse of the Common Weal"):

"I think it is long of you gentlemen that this dearth is, by reason of you **enhance your lands** to such a height, as men live thereon **must need sell dear again**, or else they were not able to make the rent." (ibid.)

Die Gentlemen waren just jene Grundherren, welche die Abgabenlast als deren Gläubiger erhöhen konnten nach Gusto. Folge: Inflation.

Wilhelm Abel, der unbestreitbar beste Kenner der mittelalterlichen und frühneuzeitlichen Preisgeschichte kommt zu dem Schluss, das sich eben doch **kein Zusammenhang** zwischen Getreidepreisen und der "Geldzirkulation" finden lässt, wie von **Jean Bodin** 1568 behauptet ("Agrarkrisen und Agrarkonjunktur").

Das ist letztlich bis heute so. Das große **Loch** im Monetarismus ist dort zu sehen, wo zwar die "Geldmenge" steigt, aber die Preise stets "verzögert" steigen, wozu dient das Geld wohl in der Zwischenzeit? Der Ausweg über "Kapazitätsauslastung" ist verbaut, denn wo ist das Geld geblieben, das die Kapazitäten errichtete und das nach dem **Sayschen Theorem** immer für Markträumung (Kapazitätsauslastung) sorgen soll (Angebot schafft sich seine eigene Nachfrage)? Der Ausweg "Hortung" ist verbaut. Denn würde gleich gehortet, wie könnten dann überhaupt Kapazitäten entstehen?

Oder das **Loch** auch, wo die Preise trotz starkem Geldmengen-Anstieg (Japan!) schließlich überhaupt nicht mehr steigen, sondern fallen.

Oder wo die ZB-Geldsumme sogar **fällt** (letztes Jahr der D-Mark) und die Preise dennoch **steigen**. Bei Preissteigerungen machen Bargeld-Hortungen wirklich keinen Sinn, zumal verzinsliche Alternativen (sogar "steuerfreie") sperrangelweit offen stehen. Und DM-Bargeld beim Umtausch in Euro, zu dem es kommen **musste**, "deklariert" werden musste - mit allen Konsequenzen, Steuerfahndung inklusive.

Alle diese Versuche, den Nexus zwischen täglich verfügbarem Geld und täglich verfügbarer Ware zu trennen, sind Krücken, um am Grundproblem vorbei zu humpeln. Auch entsprechende "Heilungsversuche" (Enthortungszwang, Zinssenkungen oder gar -verbote) doktern nur am Symptom herum. Sie fassen die offen zu Tage liegende **Ursache** (den Ur-Sachverhalt) nicht am Kragen: den von der Macht ausgeübten **Zwang**.

(Folgt Teil III)

Real-Enzyklopädie 28: Macht, Zins, Inflation (III)

Das Ganze sei noch ein Mal an einem simplen Beispiel erklärt: Wir haben Menge Ware A und Menge Ware B. Beide stehen logischerweise in einem über die jeweils auf beiden Seiten am Tag X verfügbare Menge in einem völlig unzweideutigen Zusammenhang. Sagen wir 100 = 100. Beides "kostet" im jeweils anderen ausgedrückt ganz genau 1.

Außerdem haben wir auf beiden Seiten je 100, welche die Ware halten.

Die Ware B wird nun von einem C per **Zwang** zum Abgabengut erklärt. Sagen wir 50 Gewichtseinheiten davon. Der Zwang ist nichts anderes als eine **zusätzliche** Nachfrage nach dem Gut B, von der bis dahin nichts bekannt war. Jetzt haben wir auf der einen Seite 100 mit 100 Gut A (kein Abgabengut) und auf der anderen 100 mit 50 Gut B (Abgabengut). 50 müssen die 100 für die Macht beiseite legen. Und wir haben **zusätzlich** einen C (= Macht) mit einer **Forderung** auf 50, die er qua Gewalt vollstrecken kann.

Was passiert?

Zwischen den A- und B-Leuten gibt es jetzt weniger von Gut B, das Gut A nachfragen (tauschen) könnte. Nun brauchen aber alle mit Gut A das Gut B ebenso wie alle mit Gut B das Gut A (es wurde durchaus "arbeitsteilig" produziert). Die Nachfrage von den A-Leuten nach Gut B und den B-Leuten nach Gut A hat sich also nicht verändert.

Nun jedoch fehlen den A- sowie den B-Leuten offenbar 50 vom B-Gut. Das ist nicht mehr verfügbar wg. Macht des C.

Es beginnt ein Kampf um die 50 Gut B. Diese bekommt auf ein Mal eine "Rendite", wenn sich A- oder B-Leute finden, die sich die Verzögerung der Nachfrage, die sie per Termin X ausüben wollten, irgendwie *doch* "leisten" können (zuvörderst physisch, daher bis heute die berühmte Zinserklärung als "Konsumverzicht"). Wo Rendite, ist auch Zins. Und schon geht's los...

Variante dazu: A- und B-Leute, Gut A und B. Kein Zins - *wie denn, wo denn, woher denn?*

Die Macht C kennt beides, Gut A, Gut B. Die Macht überlegt, was günstiger wäre, um ihrem Zweck (Macht- und Herrschaftserhalt) zu dienen. Nimmt, was ihr selber passender erscheint (keine Machterhaltungsumwege, Macht marschiert schnurstracks). Erkennt: B ist zum Machterhalt besser geeignet als A. Da sich C bereits auf B stützt, sonst wäre C machtlos, erklärt C das Gut B zur Abgabe (Landfrüchte, Menschen, Metall usw.).

Zur Macht-"Vorhaltung" hat es selber B, da Macht ohne Macht-Vorhaltungsmittel nicht definierbar. Das Macht-Vorhalte-Mittel bietet C selber an, aus der eigenen macht-verursachenden und macht-konsequenten Akkumulation. A- und B-Leute fragen es dringend nach. Aber dumm gelaufen. Denn A und B sehen, dass C mehr B angeboten hat, als A und B untereinander bzw. gemeinsam benötigt hatten. Was passiert mit dem "Kurs" (Preis) von B? Er fällt, d.h. er wird gegenüber A wertloser, A steigt also gegenüber B. Was sehen wir?

Inflation von A.

Das Grundmuster findet sich in allen Kulturen und Wirtschaftsformen, noch und noch variiert. Dreh- und Angelpunkt ist stets die **Macht**, nicht irgendwelche "privaten" Bemühungen. Die Macht ist zwar bei der Nachfrage nach dem Abgabengut absolut **preis- und mengenresistent**. Beim Angebot des Gutes, das schließlich wieder "zurück" muss in die "Zirkulation" bzw. diese überhaupt erst startet, einen Alleinverzehrer gibt es eben nicht, ist sie aber **hilflos**.

Wie viel *muss* der Herrscher geben, um die Macht letztlich überhaupt zu sichern?

Macht ist schließlich nicht bloß Konsum, sondern eben auch Investition. Bezahle ich nur Soldaten oder kaufe ich ihnen auch Waffen? Zahle ich nur Sozialhilfe oder baue ich auch Straßen? **Ein Gleichgewicht lässt sich nicht finden, daher das unentwegte politische Hin und Her.** Mal wollen die Wähler (Macht-Bestimmer aktuell) mehr Geld (Lohnsubventionen), mal mehr Sicherheit (Polizei-Investitionen). Mal mehr Erhaltungs-Subventionen (Bauern, Frankreich aktuell), mal mehr Bildungsinvestitionen (Deutschland aktuell).

Die "Risikoprämie" des Zinses, der zuerst nichts als die simple Abgabe selbst war (Zins = census = Steuer) entpuppt sich jetzt als Risiko der "richtigen Investition" durch die **Macht** bezogen auf das, was er als Census = Zins erhält. Steuergeschenke werden doch nicht als Geschenke verteilt (sonst könnte man den Wähler direkt und offen bestechen, was in allerlei Formen auch passiert, von Kohl über den Kölner Klüngel bis Enron), sondern in der Hoffnung darauf, dass "später" mehr Steuern "zurück gegeben" werden (**<Laffer-Kurve>**). Wie, wo und wodurch die Macht das macht-immanente Risiko minimieren kann ist - **Politik!**

Eine Risikoprämie für "private" Hergaben als solche ist ein Konstrukt. Eine Null-Risikoprämie ist eben keine. Wir sehen auch hier, dass erst etwas **über** Null das Null definiert. Weshalb die Null auch so spät "erfunden" wurde und weshalb **Anselm von Canterbury** seinen "Gottesbeweis" aus einer *petitio principii* heraus konstruiert: Gott muss es geben, **weil** es ihn gibt bzw. Gott als etwas, das als "höher" nicht gedacht werden kann, eben existieren muss, weil das Existente "mehr" ist als das nur Gedachte. Korrekterweise hätte er Gott als Differenz zu Null-Gott definieren müssen, was die anderen Gottesbeweise versuchen, die **Kant** sämtlich widerlegt hat.

Auch die Risikoprämie ist eine *petitio principii*. Es gibt Risiko, weil es ein Verleihrisiko gibt. Aber warum gibt es ein Verleihen? Was zwingt den **privaten** Gläubiger herbei? Er sich selbst, weil er auf Zins hofft? Risikoprämie als diskontierte Hoffnung?

Telekom, Mobilcom, Vivendi, Marconi usw. haben fertig, Risiko = 100 %. Die Risikoprämie, die darunter liegt, ist von 100 % aus, nicht von Null aus zu definieren. Sie liegt nur unter 100 %, weil damit gerechnet wird, dass irgendein *deus ex machina* (Staat, Staatsbürgschaft) die Unternehmen doch noch rettet.

Nur Macht und Zwang lassen daher überhaupt Prämien, Zins und Preis in die Welt. Denn die Macht ist der erste Gläubiger, der erste "Nachfrager". Als **Nickel** im Labor (!) entdeckt wurde, hatte es keinen Preis. Nachdem seine Eigenschaften als Münzmetall erkannt wurden, begann im 19. Jh. die Nickel-Hausse (gemessen in bereits existenten Münzmetallen). Die Macht fragte Nickel nach.

Die **Gogos** mögen noch so klug konstruiert sein: Am dem Tag, da die Macht bei der Allianz erscheint und eine Steuer auf deren Gewinn (= aufsummierte Umlaufgebühr) vor Ort kassieren will, **muss** sich die Allianz Gogos beschaffen. Neue drucken kann sie nicht, denn der Staat will nicht Papier, sondern etwas, wofür es Leistung gibt (Gogo-Güter). Also muss sich die Allianz die Gogos aus dem außerhalb befindlichen Gogo-Bestand beschaffen. Das geht nur über Zins.

Bis die Allianz aus ihren Erträgen diesen erstatten kann, müssen sich die Gogo-Ländler die ihnen und dem "Kreislauf" jetzt fehlenden Gogos über einen Aufschlag beschaffen. Damit erledigt sich die hoch gepriesene "automatische" Preisstabilität in Gogo-Land von selbst. Die in Gogos nominierten Preise müssen als kalkulierte *Angebotspreise* der Wareneigentümer **steigen** - die Last muss schließlich überwältigt werden. Auf der anderen Seite sind die Gogos nicht mehr im vorherigen Bestand. Die *nachgefragten* Preise müssen **fallen**, da jetzt Gogos fehlen.

Den Zwingherrn Staat, der Gogos als Zwangsabgaben fordert und kein Staat wird sich das entgehen lassen, **selbst** zur Zahlung der Umlaufgebühr zu zwingen, damit er **seinerseits** die Gogos ganz fix ausgibt, liefe auf einen **Machtwechsel** (Umsturz) hinaus. Dies ist völlig illusorisch. Man ersetze "Staat" durch "Gogo-Allianz" - ich muss doch bitten! Bei Wörgl war es immerhin noch eine Sub-Macht (die Gemeinde), aber kaum hatte die Ober-Macht (Staat) Wind von der Sache bekommen, war's auch schon vorbei.

An dem, was **Georg Friedrich Knapp** 1905 so schön als "*Staatliche Theorie des Geldes*" des Geldes formuliert hat ("Geld ist ein Geschöpf der Rechtsordnung", **Popeye** erinnerte bereits daran) führt überhaupt kein Weg vorbei. Die "Rechtsordnung" entsteht nicht von selbst, schon gar nicht war sie seit eh und je vorhanden. Die Macht ordnet das Recht. Und Geldrecht war immer Macht-Monopol, da Geldrecht Abgabenrecht ist.

Das Grundgesetz beginnt mit den Grundrechten der Bürger. Rechte gegenüber wem oder was? Die "habeas corpus"-Rechte gegenüber wem oder was? **Macht kann noch so geschickt geplant werden. Am Ende bleibt sie doch der Gipfel, egal wie hoch er ist.**

Wie wär's mit diesen Grundrechten:

Art 1. Über die Schaffung einer Regierung entscheidet die Bevölkerung.

Art 2. Besteuerung findet nicht Statt, es sei denn eine Zweidrittelmehrheit der Bevölkerung beschließt diese nach Steuerart und Steuerhöhe. Änderungen bedürfen wie auch sämtliche sonstigen Verfassungsänderungen ebenfalls der Zweidrittel-Mehrheit in einer allgemeinen, freien und gleichen Volksabstimmung.

Art 3. Über die Einrichtung eines gesetzlichen Zahlungsmittels und deren konkrete Ausformung entscheidet eine Volksabstimmung mit Zweidrittelmehrheit.

Knapp übrigens dachte beim "gesetzlichen Zahlungsmittel" noch an "gedecktes" alias "Warengeld". **Aber welche Ware "Geld" ist, das bestimmt die Macht.** Wie hätte sie sonst ein warenloses Geld erzwingen können, bis hin zur Perversion, dass inzwischen Schuldtitel, die auf "Nichts" lauten außer auf "gesetzliche Zahlungsmittel" (Klartext: Steuerzahlungsmittel, denn nur Abgaben entstehen per Gesetz, Kaufverträge nie), als Geld "umlaufen" dürfen?

Die Vorstellung, das Wirtschaften sei von einem "Privatgeld" unterlegt (Gold) oder unterlegbar (Gogos) ist ganz einfach falsch.

Wir alle haben uns geirrt.

Die Realität ist nicht Wirtschaften -- Geld, Preis und Zins -- Macht -- Abgaben -- weiter Wirtschaften.

Sondern: Macht -- Abgaben -- Geld -- Wirtschaften mit Geld und Preis und Zins.

Real-Enzyklopädie (29): Max Weber, die Juristen und die Macht

Hi,

der Rang von **Max Weber** (1864 - 1920) für die Soziologie und die Erklärung gesellschaftlicher Prozesse ist allgemein anerkannt und darf hier vorausgesetzt werden bzw. lässt sich im Allgemeinen und Speziellen unschwer mit Hilfe von Standardwerken und Lexika nacharbeiten.

Webers Kapitalismus-Theorie ex **protestantischer Ethik** und damit der Abkehr vom Machtsystem des Feudalismus, ist legendär. Seine Behandlung u.a. der Ideen und Theorien von **Karl Marx** kann als vorurteilsfrei und vorbildlich gelten.

Im Zentrum von Webers Betrachtungen stoßen wir immer wieder auf Herrschaft und Macht. Der Begriff "Herrschaft" überhaupt ist ihm zuzurechnen, er wurde als Gegenstück zum Begriff "Genossenschaft" (Gierke) mit Inhalten erfüllt und diskutiert.

Wie **Werner Sombart** ("Moderner Kapitalismus"), mit dem er gemeinsame Aktivitäten entwickelte, und sich heftig fetzte, galt Weber zunächst als Borderman des mainstreams. Seine Gedanken stießen jedoch mehr und mehr ins Zentrum vor. Sein einschlägiges Hauptwerk "Wirtschaft und Gesellschaft" konnte von ihm nicht zu Ende gebracht werden und wurde, z.T. fehlerhaft, posthum ediert (diverse Auflagen).

Ich nehme an, dass Weber, dem ökonomische Phänomene bestens vertraut war und der in den reichen Schatz der deutschen historischen Schule greifen konnte, bei längerer Beschäftigung mit dem Phänomen "Herrschaft" über Analyse und Darstellung von deren Typologien und Erscheinungsformen (z.B. des **Charismatikers**) nicht nur bei den kulturellen Folgen von Herrschaft stecken geblieben wäre, sondern auch eine ökonomische Theorie der Herrschaft entwickelt hätte, die über die bekannten interaktiven Modelle (beide Seiten wollen letztlich nur das Beste) hinaus gelangt wäre.

Die **Juristen**, auf die Weber zurückgreifen konnten, hatten bereits deutlich sichtbare Schneisen geschlagen und den autoritären Kern der Herrschaft in Sicht gebracht, z.B. **Georg Jellinek**, in seiner "Allgemeine Staatslehre" (2. Aufl. 1905):

"Herrschergewalt ... ist unwiderstehliche Gewalt. Herrschen heißt unbedingt befehlen und Erfüllungszwang ausüben können. Jeder Macht kann sich der Unterworfene entziehen, nur der Herrschermacht nicht. ... Die mit solcher Macht ausgerüstete Gewalt ist Herrschergewalt und damit Staatsgewalt. Herrschen ist das Kriterium, das die Staatsgewalt von allen anderen Gewalten unterscheidet."

Rudolf von Jhering war schon 1877 noch weiter gegangen ("Der Zweck im Recht"), indem er vom Staat als Inhaber der "Zwangsgewalt" spricht.

Weber akzeptierte diese Vorstellungen, entzog sich der ad nauseam diskutierten Staatsfrage, um beim "faktischen Bestehen" einer herrschaftlichen Befehlsgewalt zu landen, was das Tor zu geschichtlichen Untersuchungen endlich aufstieß (Hanke nennt dies einen "Geniestreich"), durch das er allerdings nicht mehr selber schreiten konnte.

Webers "Herrschaftssoziologie" wird nach wie vor akademisch hochtourig diskutiert. Letztes großes Symposium dazu 2000.

Andreas Anter, Politikwissenschaftler Uni Leipzig, erklärt, dass Weber den zunächst unspezifizierten Monopolbegriff von Herrschaft analytisch definiert und so Gewalt und Zwang in den Staatsbegriff des 20. Jh. transponiert:

"Die Monopolisierung (i.e. von Herrschaft, Gewalt und Zwang) ist ein komplexer Prozess, der mit der Entwicklung in der Ökonomie korrespondiert - auch die ,notale Geldemission ist in allen modernen Staaten ... durch den Staat monopolisiert' (Weber, WuG, 101). Kaum Beachtung schenkt Weber indessen der Rolle des Steuermonopols für die Etablierung und Aufrechterhaltung des Gewaltmonopols,

(Fußnote von Anter dazu: „Er verweist lediglich auf das Steuersystem als Bedingung bürokratischer Verwaltung“; dazu Hinweis auch auf den hier bereits bestens bekannten **Martin van Creveld**, Aufstieg und Untergang des Staates, 169 ff.)

obwohl beide Monopole einander bedingen:

Erst die Steuern schaffen die materielle Grundlage für das Gewaltmonopol, das wiederum Abgabenmonopol garantiert, so dass der Staat auf beide Schlüsselmonopole angewiesen ist." (Symposium).

Dass wir es hier nicht mit dummem Zeug zu tun haben, ergibt sich u.a. daraus, dass eine der größten akademischen Koryphäen Deutschlands zu Fragen vor allem des. 19. Jh. (Revolutionen, Kaiserreich, usw.) nämlich Prof. Dr. **Wolfgang J. Mommsen** zu den Herausgebern der Symposium-Texte zählte.

Max Weber selbst sieht in der Gewaltsamkeit ausdrücklich etwas **"Urwüchsiges"** (WuG 516). Es kam also nur noch darauf an, diese Ur-Wüchsige aus dem Käfig der Juristerei und Soziologie zu befreien und auf die Wirtschaft los zu lassen.

Die Entwicklung einer Gewalt- und Zwangstheorie der Wirtschaft lag eigentlich schon seit Max Weber in der Luft. Nur hat niemand nach der reifen Frucht gegriffen. Von den mainstreamern der Ökonomie, die ihr Heil in immer absurderen Mathematisierungen suchen, war das kaum zu erwarten.

Aus der **Urgewalt** ("urwüchsig") mit der Urgewalt als Ur-Gläubiger, der dann über Abgabenzwang das Abgabengut beschafft, ist alle weitere wirtschaftliche Entwicklung bis heute zu erklären.

Das Abgabengut wird monopolisiert, seine relative Knappheit, gemessen in anderen Gütern schafft Preise. Die Tatsache, dass der Abgabenzwang terminlich fixiert sein muss, um überhaupt ausgeübt werden zu können, führt zu Leihe und Zins.

Der Zins wiederum zur Produktion neuer Güter, die entweder das Abgabengut direkt sind oder Güter, mit deren Hilfe das Abgabengut beschafft werden kann, was das Entstehen von Märkten erklärt. Alles inzwischen oft genug (und wie ich denke widerspruchsfrei) erklärt.

Dass diese Abfolge keine geradlinige Sequenz sein konnte, sondern "krisenhaft" verlief, versteht sich von selbst, da Macht, Gewalt und Zwang zwar eine Konstante in sich darstellen, aber in ihren jeweiligen konkreten Ausformungen höchst schwankend abliefen, worüber die Machtgeschichte (Kriege, "Staatsformen", Revolutionen, usw.) höchst beredt Auskunft gibt.

Machtkrisen sind letztlich immer Machtmonopol-, d.h. Abgabekrisen, die ihrerseits dann über "Geldkrisen" automatisch in "Wirtschaftskrisen" und von dort aus wiederum in weitere Staats- und Machtkrisen münden.

Eine Stabilisierung des Prozesses ist heute weniger denn je in Sicht. Eine Machtbeseitigung ist nicht vorstellbar, Machtwechsel sind es durchaus, die indes nach kurzer Zeit jedoch wieder in dem selben um die Machtkonstante herum schwankenden Prozess münden.

Die aktuelle Machtdiffusion (Maximierung der "Souveränitäten", Übermacht-Wunschvorstellungen wie UNO) und die verzweifelten Versuche von "Gegenmacht"-Bildungen (das reicht von attac-Idealisierungen über Schurkenstaats-Ideen, über Großdemonstrationen und Versuchen das Gewaltmonopol des Heute-Staats zu brechen bis schließlich hin zum Terror) rücken den Wunsch nach einer allgemeinen Pazifizierung ins Reich der Träumereien.

Alle Versuche, das Macht-Problem irgendwo **"weiter hinten"** zu lösen, müssen in Leere führen. Das gilt für den Liberalismus genau so wie für den Sozialismus, die bei einer Macht-Resultante ansetzen, dem Wirtschaften nämlich. Preisdiktate helfen eben so wenig wie Zinsdiktate, von sog. "Geldreformen" ganz zu schweigen. Jeder "Staatseingriff" (Steuern rauf oder runter, Beihilfen rauf oder runter, Angebots- oder Nachfragepolitik, jede Konjunktur- oder Zinspolitik, schlichtweg alles von der Macht Verfügte) **muss** scheitern. Alles nur eine Frage der Zeit.

Wir lassen uns von den "Erfolgen" solcher Maßnahmen blenden und übersehen, dass diese Erfolge nur ephemerer Natur sein können. Was nach dem Auslaufen des "Impulses" kommt, ist ex post automatisch ein Zustand, der schlimmer sein muss als jener ex ante, man verfolge nur die Entwicklung in den **USA**, die auf eine wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Krise der Extra-Klasse zutreiben, die auch mit weltweiter Macht-Maximierung nicht aufzuhalten sein wird. An den möglichen Fall-out wollen wir lieber gar nicht denken.

Das Ganze müsste komplett aufgearbeitet werden. Dies wiederum ist, da eine konzise Analyse des Monopols Macht, Gewalt und Zwang voraussetzend, machtgefährdend und vice versa für den (die) Analysten kein Zuckerschlecken.

Die Macht ist nicht therapierbar. Sie legt sich nicht auf die Couch und erzählt, warum sie so ist wie sie immer war. Sie wird die Couch verbrennen und den Psychiater in die Anstalt stecken ("Was bilden Sie sich ein!"), danach dem Publikum neue Stories von wegen "Gesellschaftsvertrag" und ähnlichen Gut-Staats-Brainwash aufbinden.

Klar wäre das "mit der Macht" eigentlich schon, einfach ist es jedoch nicht.

Real-Enzyklopädie (30): Der 'Zweck' des Geldes

Guten Tag,

da es kaum noch zu interessieren scheint, was denn Geld ist, woher es gekommen ist, ob es als Aktivum oder Passivum durch die Gegend geistert und wie es heute über den ZB-Mechanismus wirkt, sondern viel mehr, was der Zweck des Geldes ist, so lässt sich dieser auch ganz einfach darstellen:

Der **Zweck des Geldes** ist in einer arbeitsteiligen Wirtschaft zweifelsfrei zunächst, eingegangene Kontrakte, die auf Geld lauten, **zu erfüllen**.

Die Arbeitsteilung und ihre unbestreitbaren Vorteile werden seit **Adam Smith** (Wealth of Nations I, 1) leider immer nur unter dem Aspekt der Realwirtschaft gesehen. Dass jede Arbeitsteilung jedoch auf Kontrakten basiert, ist der entscheidende Punkt. Je stärker die Arbeitsteilung voran schreitet, desto mehr einzelne Kontrakte, erfüllbar in Geld, müssen vereinbart werden.

Der Zweck des Geldes ist nicht, die Arbeitsteilung voranzutreiben, sondern die sich dabei ergebenden immer tiefer gestaffelten und spezialisierteren Arbeitsverträge in Geld **zu erfüllen**.

Selbst, wenn Geld verschenkt würde, ginge diesem Vorgang ein Schenkungsvertrag voraus, was sich schon daraus ergibt, dass der Schenker einen gesetzlich definierten Rückgabe- bzw. Rückzahlungsanspruch hat.

Auch der augenscheinliche Vorgang, dass mit Geld etwas "eingetauscht" wird, setzt einen Tauschkontrakt, Klartext: Kaufvertrag voraus, den beiden Seiten erfüllen müssen. Der Zweck des Geldes ist die Erfüllung des Vertrages, nichts weiter.

Dies gilt für alle "Transaktionen" (Geldher- oder -weitergaben):

Geld hat immer nur den Zweck, einen noch nicht erfüllten Kontrakt zu erfüllen.

Dies gilt selbstverständlich nicht nur in der Waren-, sondern auch in der Finanzsphäre (Aktien, Anleihen usw.).

Es gibt nichts, was Geld als Geld bewirken könnte. Entweder es dient dazu, Kontrakte zu erfüllen oder es ist nicht definierbar.

Sämtliche Vorstellungen, es gebe "zunächst mal" Geld und dann könne sich der Geld-Inhaber entscheiden, was er damit macht, übersehen, dass jedes Geld ausschließlich dazu dient, bereits existente, also noch nicht mit Geld bezahlte Kontrakte zu bedienen.

Daraus resultiert u.a. der Irrtum mit der "Liquiditätsprämie" (Keynes usw.). Sämtliche Kontrakte bedürfen zu ihrer Erfüllung der Liquidität. Werden sie nicht fristgerecht erfüllt, erleidet derjenige, der auf sein Geld wartet, einen Verlust, die derjenige, der die Liquidität hält, nicht als Gewinn bzw. "Prämie" verbuchen kann.

Denn wäre es so, würde jeder, der Liquidität hält, eine Gutschrift in Form zusätzlicher Liquidität erhalten, was erkennbar nicht der Fall ist.

Geld ist also immer bereits "fällig", sobald es existiert. Dass die Fristenkongruenz dabei auseinander klafft, ist selbstverständlich und führt zu den bekannten "Zahlungskrisen", die in immer größerer Intensität auftreten.

Geld kann natürlich auch vom Halter genutzt werden, um zusätzliche Kontrakte abzuschließen und zu bezahlen. Damit sind aber die bereits offenen sonstige Kontrakte nicht erledigt, sondern weiter offen und werden "drückender" für denjenigen, der aktuell Zahlung erwartet, aber nicht erhält.

Geld kann auch zusätzlich geschaffen werden, ob über ZB oder Banken spielt keine Rolle. Aber es kann niemals netto geschaffen werden. An die ZB muss es ebenso zurück (womit es wieder verschwindet) wie an die Bank, womit auf Geld lautende Guthaben der Bank gegenüber allen Inhabern von Geld ebenfalls wieder verschwinden.

Es darf niemals der einzelne Inhaber von Geld mit allen Inhabern von Geld verwechselt werden. Diese Verwechslung ist der Grundirrtum aller ökonomischen Deutungsversuche.

Sub summa sind sämtliche auf Geld lautenden Forderungen immer gleich hoch sämtlichen auf Geld lautenden Schulden. Saldiert ergibt sich immer **Null**. Geben alle ihr Geld an die Banken zurück bzw. gleichen alle ihr Soll gegenüber den Banken aus, ergibt sich bei den Guthaben und Schulden zwangsläufig ein Saldo **Null**.

Danach hätten die Banken sämtliches Bargeld, was sie dann nach Ablauf der ZB-Fristen an diese zurückreichen, womit sich der Saldo zwischen ZB und Banken ebenfalls auf komplett Null stellt.

Nun wird gern zwischen Schuldgeld und Warengeld unterschieden.

Das Schuldgeld besteht auch aus einer Sache, nämlich dem Papier, auf dem das Geld gedruckt ist. Wird etwas mit Geld bezahlt, also ein vorher zwingend bestehender Bezahlungsgrund existiert, geschieht zweierlei:

Einmal wird das Eigentum an dem unverzinslichen Inhaberpapier (Banknote physisch) übertragen. Die ist ein **sachenrechtlicher** Vorgang.

Zum zweiten wird die auf dem Geldschein verbriefte Forderung, die auf die Herausgabe der dem Geldschein bei der ZB zu hinterlegenden Pfand (dieses heute wiederum ein Schuldtitel) zielt, zediert (abgetreten). Das ist ein **schuldrechtlicher** Vorgang.

Dieses ist sofort einsichtig, wenn die Bank, die bei der ZB ein Pfand hinterlegt hat, um an ZB-Geld zu kommen, dieses Pfand gegen die Rückgabe der Banknote wieder erhält.

Beim Warengeld ist es so:

Derjenige, der eine Ware zu Geld erklärt, kann dies nur tun, indem er diese Ware gleichzeitig als eine Ware erklärt, die an ihn als Abgabe zu leisten ist. **Niemand kann Geld zu Geld erklären, wenn er es nicht selbst akzeptiert und zwar, um mit dem Geld jene Forderungen, die er geltend macht (Abgaben), begleichen zu können.**

Es muss daher in diesem Fall immer zuerst eine Forderung aufgebaut werden (ex Besteuerungsrecht), bevor etwas zu dem erklärt werden kann, worin diese Forderung bezahlt oder getilgt werden kann.

Auch dem Warengeld muss also immer eine Forderung vorausgehen, die mit Hilfe dieses (dinglichen) Geldes zum Verschwinden gebracht werden kann.

Gibt es keine Forderung, kann es auch nichts geben, mit dessen Hilfe sie erfüllt werden könnte.

Geld, egal in welcher Form, hat also einzig und allein den Zweck, **Forderungen zu erfüllen.**

Der Staat hat kraft Machtmonopol des Recht, Forderungen aufzustellen und gleichzeitig des Recht, zu erklären, worin diese Forderung erfüllt werden soll (heute: "gesetzliches Zahlungsmittel"). Die Privaten haben sich dem zu unterwerfen, ob es ihnen passt oder nicht.

Wollte jemand Privatgeld schaffen, müsste er zunächst eine Forderung in die Welt setzen, bevor er Privatgeld in die Welt setzen kann.

Die Schaffung von Geld als solchem, mit dem Zweck, damit sozusagen bei Null zu starten, um dann so etwas wie einen "Geldbestand" zu haben, mit dem "gearbeitet" werden könnte, ist ganz und gar unmöglich.

Entweder das private Geld müsste dann zur Begleichung bereits bestehender Forderungen (privater und öffentlicher) verwendet werden, für die aber **bereits vorher** etwas zu Geld erklärt sein muss, in dem sie beglichen werden können. Eine Forderung, die auf nichts lautet, kann es per definitionem nicht geben.

Das worauf die Forderung lautet, ist Geld, wobei es keine Rolle spielt, ob das Geld stoffwerthaltig ist oder nicht.

Oder der private Geldschöpfer ist in der Lage, eine Forderung gegenüber anderen aus dem Hut zu zaubern. Das kann aber ein Privater nicht, weil er niemals Forderungen aus dem Nichts schaffen kann, was nur dem Staat bzw. der Macht vorbehalten ist.

Womit sich der Kreis schließt: **Geld setzt immer Forderungen voraus, und sein Zweck ist es, diese Forderungen zu erfüllen.** Alle privaten Forderungen resultieren aus Verträgen, die abgeschlossen sein müssen, weil sonst nicht gefordert werden kann (weder Waren oder Leistungen auf der einen noch Geld auf der anderen Seite).

Der Zweck des Geldes im "alltäglichen Geschäft" ist dabei, mit Hilfe von Zession (!) desselben diese Verträge zu erfüllen. Damit lassen sich sämtliche privaten Verträge erledigen.

Was jedoch immer offen bleibt, ist die Forderung desjenigen (Staat, Macht), die nicht auf Kontrakt beruht. Es gibt keinen Vertrag, der zwischen Steuerbürger und Staat abgeschlossen wäre und der sich auf eine konkrete Leistung und eine konkrete Gegenleistung bezieht, was private Verträge immer vorsehen.

Der Zweck des Geldes bezogen auf das Verhältnis zwischen Staat und Bürger, besteht ausschließlich darin, die vom Staat kraft Staatsmacht in die Welt gesetzte Forderung, nämlich die auf Entrichtung von Abgaben zu erfüllen.

Das Geld ist durchaus ein "Geschöpf der Rechtsordnung" (Knapp), aber es handelt sich dabei nicht um eine privatrechtliche Rechtsordnung, sondern um eine **öffentlich-rechtliche**. Der Kern jedes öffentlichen Rechts ist das Machtmonopol, aus diesem abgeleitet das Steuer- und Abgabenmonopol und aus diesem abgeleitet das Geldmonopol.

Der Zweck des Geldes war und ist also, diese drei Ur-Monopole der Macht, zu erhalten.

Man kann es also drehen und wenden wie man will: Geld ist niemals ein Aktivum, es ist auch nicht "neutral", sondern stets, sowohl in Waren- als auch Schuldgeldsystemen ein Passivum.

Geld kann für einzelne einen Zweck haben (Wertaufbewahrung), aber niemals für alle. Denn würden es alle aufbewahren, würden sämtliche auf Geld lautenden Forderungen kollabieren. Geld kann auch kein "Tauschmittel" sein, da es nicht als mehr oder minder stoffwerthaltige Sache getauscht, sondern als Schuldtitel zediert wird.

Sobald Geld erscheint, ist es jemand schuldig. Zwischen dem Zeitpunkt des Erscheinens von Geld und dem Zeitpunkt seiner Rückkehr zum Geld-Emittenten verstreicht zwangsläufig Zeit, da das Geld nicht gleichzeitig emittiert und wieder zurück beordert werden kann.

In diesem Zeitraum findet alles Statt, was private Tätigkeit ausmacht. Doch selbst das großartigste private Treiben kann nicht darüber hinweg täuschen, dass jedes Geld letztlich an den Emittenten zurück kehren muss. In den modernen Schuldgeldsystemen muss nicht nur dieses Geld an den Emittenten zurück, sondern es muss noch zusätzliches, nicht von den Privaten erstellbares Geld an den Emittenten zurück (Notenbank-"Zins").

Keine ZB der Welt lässt sich mit Buchgeldforderungen gegenüber Banken oder Privaten abspeisen! Keine ZB der Welt hält entsprechende Forderungen in ihrer Bilanz. Was die ZB als "Forderungen" gegenüber Kreditinstituten hält (siehe Buba, Position 5 der Aktivseite) sind "Forderungen aus geldpolitischen Operationen", deren Mechanismus hier bereits lang und breit erklärt wurde.

Einen Zweck des Geldes betreffend die ZB gibt es nur als Zweck, der ZB, im Rahmen der üblichen Prolongationen das von ihr geschaffene Geld zurückzureichen und sich bei ihr jenes Geld zusätzlich zu beschaffen, das von ihr aufgrund der "geldpolitischen Operationen" gefordert wird.

Dass eine Ware (Sache), aus der das Geld besteht, gemessen in anderen Sachen einen "Wert" haben kann, ist unerheblich. Dann haben wir einen Zweck der Sache selbst, der sich in nichts von den Zwecken anderer Waren oder Leistungen unterscheidet: entweder sie werden als einem Zwecke dienlich anerkannt oder nicht.

Aus ihrem relativen Zweck als Sache lässt sich kein absoluter Zweck als Geld ableiten.

Real-Enzyklopädie (31): Gemeinschaftsaufgaben

Guten Tag,

offenbar besteht seit dem letzten Beitrag zur Real-Enzyklopädie ein grundsätzlicher Dissens darüber, was **"Gemeinschaft"** ist und was demnach "gemeinschaftliche Aufgaben" sind und was nicht. Dieser Dissens kann rasch beseitigt werden.

In einer Familien- und/oder Sippen-, Stammesgesellschaft ist die Frage, was "Gemeinschaft" und deren Aufgaben sind, unschwer zu beantworten. Gemeinschaft ist der Stamm und gemeinschaftliche Aufgaben sind jene, die der Stamm usw. gemeinsam bewältigen muss. **Dabei findet naturgemäß eine Arbeitsteilung Statt.** Jeder (Mann, Frau, Greis, Kind) tut das, was er nach Kräften am besten kann.

Ein Nichtleisten im Rahmen der jeweils vorhandenen Fähigkeit findet praktisch nicht Statt, weil jeder ein Interesse daran hat, die alle betreffenden Aufgaben zu bewältigen. Sollten sich einige weigern, was kaum vorstellbar ist, da ihre Verweigerung letztlich sie selbst negativ treffen würde, käme es zu gemeinschaftlichen Sanktionen, wie Ächtung, Verachtung, notfalls Ausschluss aus der Gemeinschaft. Allerdings sind solche Vorgänge höchst selten und nicht wirklich relevant.

Ganz anders dagegen stellt sich die Lage dar, nachdem es zur Bildung von **Privat-Eigentum** gekommen ist. Privateigentümer haben eine völlig andere Interessenlage als Nicht-Eigentümer bzw. als Stammes- oder Familienmitglieder.

Ihre Interessen sind vollständig den Interessen anderer Privateigentümern gegenüber abgegrenzt.

Das "Eigen" steht jetzt im Vordergrund und nicht mehr die "Gemeinschaft". Niemand wird in eine Ecke seines Grundstücks seine leeren Bierdosen werfen, er wirft sie aber ohne jegliche Skrupel aus dem fahrenden Auto in einen "gemeinschaftlichen" Straßengraben. Dieses Phänomen muss nicht weiter erörtert werden.

Privateigentümer haben nur noch eines, das sie "gemeinschaftlich" eint: Nämlich eine Konstruktion zu finden, die ihnen ihr "Eigen" möglichst unangetastet lässt, garantiert und schützt. Dieses bezeichnen sie als "Gemeinschaftsaufgabe", **wiewohl es keine solche ist**, da Eigentum nur durch Nicht-Eigentümer, also durch solche, die nicht der "Gemeinschaft" der Eigentümer angehören, definierbar ist.

Während in einem Stamm alle Stammesmitglieder um ihr gemeinschaftliches Eigentum (Stammesgebiet) notfalls bis zum letzten Mann kämpfen, da sie genau wissen, dass mit dem Verlust des Stammesgebietes ihre eigene Lebensgrundlage verloren ginge, hat der Nicht-Eigentümer in einer Eigentümer-Gesellschaft, die er schließlich definiert und überhaupt erst ermöglicht, keinerlei Interesse daran, was mit dem Eigentum geschieht, das ihm ohnehin nicht zu "eigen" ist.

Weshalb sich zum Beispiel aktuell nirgends auf der Welt irgend jemand für die Privateigentümer in Simbabwe einsetzt (außer den üblichen Dreschern hohler Phasen), um das private Eigentum der Farmer als deren Eigentum zu erhalten.

Somit erleben wir das interessante Phänomen, dass etwas als "Gemeinschaftsaufgabe" bezeichnet und - durch entsprechende Gesetze unterfüttert - durchgesetzt wird, was mit Gemeinschaft nicht das Mindeste zu tun hat, nämlich die Sicherung von Privateigentum, das definitionsgemäß nicht alle gleichermaßen haben können, da es sonst kein "privates" Eigentum wäre, sondern etwas, das ohnehin jeder hat, wie z.B. seine Nase.

Besicherung, Erhalt und Nutzung von Privateigentum wird damit logischerweise **ideologisiert**, wobei jene, die nicht über solches verfügen (Alltägliche wie Zahnbürsten o.ä. ausgenommen), in das gesamte Konstrukt eingebunden werden müssen. Die Ideologisierung von Privateigentum ist eine jener historischen Übungen, auf welche der meiste Scharfsinn und die meiste Kraft aufgewendet wurde.

Das reicht von der "potestas" des römischen "pater familias" über das "Lehensrecht" und das "Gottesgnadentum" bis hin, zu den zahlreichen Konstrukten, die "liberale" Ökonomen zu errichten nicht müde wurden und werden.

Die ganze Mühe hätte man sich von vorneherein sparen können, da die ökonomischen **Vorteile** einer Eigentümergesellschaft unschwer aufzuzeigen sind:

Eigentum führt zur Belastbarkeit desselben, konkret: zu Vorgriffen aus dessen Erträgen, damit Erfüllungs- und Leistungsdruck, zumal diese Vorgriffe über kurz oder lang zinsbewehrt wurden und heute durchgehend sind.

Kein Wirtschafts-"System" steht stärker unter Leistungsdruck als eine Privateigentümergesellschaft, was ohne weiteres aus ihren sensationellen wirtschaftlichen Erfolgen abzulesen ist.

Gunnar Heinsohn hatte zu Recht das Beispiel der beiden völlig zerstörten Städte Dresden und Hiroshima gebracht:

Das unter dem sozialistischen System (= Nicht- oder Kaum-Eigentümer-Gesellschaft) dahin vegetierende **Dresden** im Vergleich zu der unter dem kapitalistischen System (= Eigentümer-Gesellschaft) prosperierenden und blühenden Metropole **Hiroshima**.

In der Privateigentümer-Gesellschaft können die Nichteigentümer mit der Aussicht auf jenes "Wachstum" der Wirtschaft abgespeist werden, das sich automatisch ergeben **muss**, und an dem sie je nach "Wirtschaftssystem" anteilig beteiligt sind: in sogenannten "freien" Wirtschaftssystemen logischerweise am meisten.

Der Nicht-Eigentümer genießt also die Segnungen (anteilig, je nach gewähltem Verteilungsmodell) der Eigentümer-Gesellschaft und gewinnt dadurch die Überzeugung, dass alles, was die Eigentümergesellschaft sichert und somit auf dem Wege über den bekannten Schulden- und Leistungsdruck vorwärts treibt, eine **"Gemeinschaftsaufgabe"** sei.

Dies ist allerdings leider eine Illusion, die mit Zeitablauf automatisch endet. Sie platzt spätestens dann, wenn die Eigentümergesellschaft ihre **Vorgriffe** auf das nur mit Hilfe von Eigentum (Kapital) erstellbare zusätzliche BIP-Versprechen nicht mehr erfüllen kann, weil die realwirtschaftliche Erfüllung der Versprechen, um die allein es geht (= Steigerung des Lebensstandards) nicht mehr möglich ist, da sich wiederum die Erstellung zusätzlichen BIPs nur noch in Form weiterer und noch höherer, noch später zu erfüllender Leistungsversprechen (= Hochbuchen) erschöpft und letztlich tot läuft.

Über die bekannten Folgen von Hochbuchungssystemen hatte ich bereits ausführlichst geschrieben, wobei vor allem an die Verwechslung von versprochenem und geleisteten BIP erinnert werden darf sowie an die Tatsache, dass mit der Hochbuchung automatisch Leistungen ("Zinseinkünfte") simuliert werden, denen keinerlei reales BIP gegenüber steht, so dass die Zinsen selbst (als in Geld ausgedrückt) nicht real abzufordern sind, was zu weiterer Hochbuchung führt.

Es ist demnach ganz und gar unzulässig, Phänomene von Stammeswirtschaften ("Gemeinschaftsaufgaben") in arbeitsteilige Geldwirtschaften, die letztlich auf die Teilung in Kapital (Eigentum) und Nicht-Kapital (Nicht-Eigentum außer von sich selbst) zu transponieren.

Dort haben sie absolut nichts zu suchen und entsprechende Erwartungen auf "Ertragnisse" aus Gemeinschaftsaufgaben können darob nur enttäuscht werden.

Diese Enttäuschung tritt nach den Regeln der Finanzmathematik zwangsläufig ein, da die Versprechen auf BIP immer schneller und weiter enteilen als jemals BIP selbst als über Märkte realisiert erstellt werden kann.

In den sog. **"modernen" Demokratien**, die sich als Konkurrenz von Hochbuchungsparteien entpuppen, die ihre Hochbuchungen nur möglichst geschickt zu tarnen wissen (siehe aktuelle "Politik"-Vorschläge der deutschen Regierung und der deutschen Opposition) trifft diese Enttäuschung umso heftiger ein, je länger diese "Demokratien" andauern.

Der Bürger wird nach einer Zeit des Hin- und Herschwanken zwischen Regierung und Opposition (man denke an die sich ruckartig verändernden Verhalten des Elektorats, wie gerade in Frankreich) des immer gleichen Spiels müde ("Politikverdrossenheit").

Nachdem er bemerkt hat, dass es auf Dauer absolut egal ist, ob er die Regierung belässt oder sie ändert, wird er nicht etwas nach einer anderen oder gar "neuen" Partei verlangen (Berlusconis Forza), sondern nach einem anderen **System**.

Da ihm dies nicht angeboten wird, geht es also um die wirklich interessante Frage, was die Massen unternehmen werden, sobald ihnen, z.B. in einer Großen (und logischerweise durch nichts an Herkömmlichen mehr heilbaren) Krise unternehmen werden.

Die Zeit, in der wir leben, ist ungemein interessant.

Denn es ist das erste Mal in der Geschichte, dass alles, was als "Alternative" dienen könnte, bereits als Alternative gedient - und ebenfalls abgewirtschaftet - hat.

Mit besten und optimistischen Grüßen weiterhin!

Real-Enzyklopädie (32): Das Märchen vom 'Zins'

Guten Tag,

Sidney Homer beginnt seinen Klassiker zur Zinsgeschichte mit dem Passus:

"In historical times credit preceded the coining of money by over two thousand years ... old Sumerian documents, circa 3000 B.C., reveal a systematic use of credit... Often these loans carried interest."

Er unterscheidet dann drei Formen von "transactions":

Geschenke ("no repayments expected"), "loans if repayment is expected, and loans at interest if the repayment of a certain amount more than was loaned is expected."

Wir haben nun zu fragen, wie es zu loans mit "interest" oder "more than was loaned" (Zins) gekommen ist.

Da uns selbst der ungemein belesene Homer bei Beantwortung dieser Frage im Stich lässt, müssen wir das selbst enträtseln.

Zunächst einmal geschehen sämtliche ersten transactions "in kind", d.h. es handelt sich um reine **Waretransaktionen**. Wird repayment erwartet, muss über diese Transaktionen ein Dokument ausgefertigt sein, was bei Geschenken entfällt. Mit Hilfe dieses Dokuments kann bei Fälligkeit die "loan" zurück gefordert werden.

Warum gibt es nun loans **mit** und **ohne** Zins?

Die Antwort ist verblüffend einfach:

Der Zins ist kein Attribut der loan selbst, sondern er entsteht aus dem Dokument, sobald dieses vor Fälligkeit der Ware in die Ware verwandelt ("kind") werden soll.

Nehmen wir den einfachen Fall einer "transaction": A beschafft sich mit Hilfe der Ware X (nach Menge oder Gewicht) bei B einen Betrag (nach Menge oder Gewicht) der Ware Y.

Sagen wir 10 Einheiten Ware X verschaffen ihm 10 Einheiten der Ware Y.

Die Ware Y liefert B sofort, A muss die Ware X nach einem Jahr liefern. Damit steht die Ware A in einer eindeutigen Relation zur Ware B, nämlich 10 zu 10. Das ist der gegenseitige **Preis**.

Von einem Zins ist nirgends etwas zu entdecken.

Will nun B die Ware X, die ihm A schuldet, **früher** als zur Fälligkeit zur Verfügung haben, muss er mit Hilfe des Dokumentes auf Lieferung der Ware X versuchen, an die Ware X vor deren Fälligkeit zu kommen. A liefert sie ihm erst nach einem Jahr, wie es der Kontrakt vorsieht. (Vereinbarter Zeitraum spielt natürlich keine Rolle).

Aber es könnte sich ein C finden, der die Ware X schon vorher liefert, um sie sich dann wiederum bei Fälligkeit bei A zu beschaffen.

Da C selbst nichts mit der Transaktion zwischen A und B zu tun hat, wird er sich die Vorerfüllung des Vertrages, welcher die Transaktion A/B dokumentiert, entgelten lassen, da es für ihn keinen ersichtlichen Grund gibt, anstelle von A an B in vollem Umfang zu leisten und dies obendrein früher als A an B tun muss.

Das Entgelt für die Vorleistung kann nur in etwas bestehen, was B zu erhalten hat und was A liefern muss. C wird also an B weniger als das leisten, was A später in vollem Umfang zu leisten hat. Er wird also statt 10 nur 8 liefern bzw. leisten, je nachdem, wann er an B leistet.

C hat nun das Dokument, das A zur Leistung verpflichtet. Es hat ihn nur 8 Waren gekostet und bringt ihm bei Vertragserfüllung durch A die 10, die A nach wie vor liefern muss.

Jetzt ist der Zins in der Welt. Nämlich $10 \text{ minus } 8 \text{ bezogen auf } 8 = 25 \%$. Oder von oben gerechnet $= 20 \%$.

Der Zins bedeutet aber nicht, dass A mehr als die mit B vereinbarten 10 liefern muss.

Der Zins kann also niemals durch den ersten Kontrakt zwischen zwei Transaktions-Partnern entstehen, sondern erst dann, wenn ein **Dritter** einen noch nicht gelieferten, weil noch nicht fälligen Teil der Transaktion früher liefert als derjenige, der ihn zu einem späteren Termin liefern muss.

Insgesamt liefert keiner mehr. Denn A liefert nach wie vor 10, diese jetzt an C. Der C hatte an B bereits 8 geliefert, diese nur früher als A. C ersetzt seine 8, die an B gegangen sind. Die 2, die er von A bekommt, muss er nicht mehr selbst erstellen, da er sie bei Fälligkeit von A bekommt. Wir haben also nur eine (zeitliche) Umverteilung der Leistung des A. Sie sollte ursprünglich in Höhe von 10 an B gehen. Mehr als die 10 von A werden nicht produziert.

Dass C schneller gewirtschaftet haben muss, ist klar. Da er aber **nicht im Voraus wissen kann**, ob B früher (und dann weniger) Waren des A benötigt, kann er auch nicht wissen, ob sein schnelleres Wirtschaften überhaupt einen Sinn macht. Wird der A / B-Kontrakt termingemäß abgewickelt, behält C seine 8 Einheiten und kann sie auf Halde nehmen und die Halde seinerseits durch Eigenverbrauch langsam wieder abtragen.

Aus einer Mehrproduktion allein erfolgt gar nichts - außer der Mehrproduktion. **Das auf Halde Liegende ("Kapital") führt nicht deshalb zu einem Zins ("Kapitalzins"), weil es auf Halde liegt.**

Alle Zinserklärungen, die auf eine "natürliche" Kapitalrendite abstellen, gehen automatisch ins Leere. Weder das Kapital noch das mit seiner Hilfe erstellte Produkt (Vorrat, Halde) kann sich selbst oder aus sich heraus jemals verzinsen.

Nehmen wir als weiteren Beleg für die Zinsentstehung den **Wechsel**. Es gibt Unmengen von Wechseln, in denen ganz genau festgehalten wurde, wann der Wechselschuldner wie viel zu leisten hat. **Einen Zinssatz wird man auf diesen Dokumenten vergeblich suchen. Es gibt ihn nicht!**

Der Wechsel kann allerdings diskontiert werden, d.h. der Gläubiger kann bei einem Dritten oder Vierten mit Hilfe des Wechsels die auf dem Wechsel verbriefte Summe früher kassieren, als auf dem Wechsel selbst festgeschrieben. Dafür muss er allerdings ein Abgeld, eben den **Diskont** in Kauf nehmen.

Der Wechsel kann, sofern Banken oder Zentralbanken existieren, sogar noch ein Mal diskontiert werden, indem er an die Zentralbank eingereicht wird, was zum bekannten **Re-Diskont** führt, also einem weiteren Abgeld.

Damit ist völlig klar, dass es einen Zins als solchen ebenfalls überhaupt nicht gibt.

Der "Zins" entsteht erst, wenn ein bestimmter Kontrakt, der Leistung und Gegenleistung, bei klar festgeschriebenen Terminen auf beiden Seiten festlegt und damit den jeweiligen Preis von Leistung (in Gegenleistung) und von Gegenleistung (in Leistung) ebenfalls festlegt, von einer nicht an dem Kontrakt beteiligten Partei vor dem jeweiligen Fälligkeitstermin erfüllt wird.

Alle Vorstellungen von einem "Urzins" oder einem "natürlichen Zins", einer "natürlichen Rendite", "Kapitalrendite" und Ähnlichem sind purer Unsinn.

Weder ist der Zins in einer Wirtschaft "eingebaut", noch bedarf es zum Wirtschaften eines Zinses. Es gibt auch keine "Zinssysteme", die quasi ein Konstruktionsfehler oder Systemfehler wären wie immer wieder in diversen Foren behauptet wird.

Auf diesen Unsinn sind sämtliche Zins-"Theoretiker" oder Zins-"Kritiker", angefangen bei **Aristoteles** hereingefallen.

Selbst der in Zinsfragen durchaus bewanderte **Eugen von Böhm-Bawerk** ("Kapital und Kapitalzins" Bd. I, II, 1884/89) ist dem Problem nur ausgewichen, indem er behauptet, der Zinssatz würde mit dem kulturellen Niveau einer Nation fallen, ohne freilich mitzuteilen, was den das "kulturelle Niveau" eigentlich sein soll.

Auch teilt er nicht mit, wohin denn der Zinssatz überhaupt fallen könne (zu seiner Zeit lag er zwischen 2,5 und 3,5 Prozent), falls sich das kulturelle Niveau steigern sollte, was aufgrund der in den ca. 110 Jahren seit seiner Publikation zweifellos der Fall gewesen ist (Homer spricht wohlwollend interpretierend von "technological level" und "financial strenght"), wobei der Zinssatz sich aber im Trend deutlich erhöht und nicht etwa gesenkt hat.

Solche Zinstheorien führen also nicht wirklich weiter. Es muss ein neuer Ansatz versucht werden.

Was wir zunächst als "Zins" (census) haben, ist nichts anderes als eine **Zwangsabgabe** eines Machtinhabers. Diese wird zu einem bestimmten, vorab festgelegten Termin eingefordert. Ist das Abgabengut (Zins), dann nicht vorhanden, eben weil sie erst später vom Abgabenschuldner zu erstellen gewesen wäre, wird der Abgabenschuldner ein Dokument ausfertigen, aus dem heraus er zur Leistung zu verpflichtet ist.

Mit Hilfe dieses Dokuments kann er sich dann, entsprechende Solvenz (also Leistungserstellungskraft vorausgesetzt) zu dem früheren Fälligkeitstermin die Leistung beschaffen, die er selbst erst später erbringen kann.

Zum späteren Termin, zu dem er das Gut erstellt hat, was früher abzuliefern ist, muss er logischerweise demjenigen, der ihm das Abgabengut zum Abgabetermin zur Verfügung stellt, in genau derselben Art und Weise mehr liefern, wie er im oben dargestellten Beispiel mehr liefern muss.

Dabei muss das oben gebrachte Beispiel als zeitlich dem Abgabenzwang folgen, da erst der Abgabenzwang das Tor zur Diskontierung öffnet. Wer eine Leistung freiwillig vereinbart und mit der entsprechenden Gegenleistung freiwillig einverstanden ist, steht a priori nicht unter Diskontierungszwang, da er ganz genau weiß, wann die Gegenleistung bei ihm eintrifft.

Hätte er sie vorher benötigt, hätte er **von vorneherein** einen früheren Gegenleistungstermin vereinbart. Er hätte damit unschwer vermeiden können, dass ihm das von ihm erstrebte Gut nur zum Teil (da diskontiert) zur Verfügung gestellt würde.

Die Vorstellung, dass wir es in der früheren Geschichte mit Leuten zu tun gehabt hätten, die nicht gewusst hätte, wie viel und was und wann sie es benötigen, also Kontrakte auf **"gut Glück"** abgeschlossen hätten, ist schlicht abwegig. Niemand entledigt sich eines Gutes, ohne sich über den Termin der Anlieferung des Gegengutes im Klaren zu sein und sich dies entsprechend verbriefen zu lassen.

Wer dies annimmt, unterstellt denen, die jemals gewirtschaftet, also mit Hilfe von Kontrakten gearbeitet haben, ein Haufen von Idioten oder Spielern gewesen zu sein, denen jegliche Erfahrung und jedes Gespür für wirtschaftliche Abläufe gefehlt hätte.

Sie wirtschafteten selbstverständlich ganz genau so, wie es heute auch geschieht, jedenfalls, was ihre eigene wirtschaftliche Existenz anging. Dabei hat selbstverständlich der **Zins**, weil vollstreckbar, eine völlig andere Funktion als der **Gewinn** auf das Kapital. Dies hatten Heinsohn / Steiger in den völlig richtigen Satz gekleidet (Geldnote, Anleihe und Aktie, 2000):

"Das bei Aktienausgabe eingehende Geld muss weder zurück gezahlt, noch verzinst, noch müssen dafür Sicherheiten gestellt werden."

Kehren wir nun zum Abgabenschuldner zurück, finden wir ihn als Schuldner, der in jedem Fall leisten muss, obwohl er dies weder der Höhe noch dem Termin nach freiwillig vereinbart hatte.

Der Abgabenschuldner, der (noch) nicht leisten kann, muss zur Beschaffung des Abgabengutes einen Schuldtitel ausstellen, der, beispielsweise, ein Jahr nach Abgabetermin die Leistung 10 verbrieft, zum Abgabetermin aber entsprechend diskontiert ist (nämlich auf 8). Damit kann er dann die auf 8 lautende Abgabe termingerecht leisten.

Daraus ergibt sich nun:

Erstens: Einen A-priori-Zins ("Urzins" usw.) gibt es nicht.

Zweitens: Die Diskontierung (teilweise Voraberrückzahlung) einer Schuld kann möglich sein. Einen Zwang dazu gibt es nicht. Der Eintritt eines Diskontierers ist absolut freiwillig. Ein Diskontierer kann auftreten oder auch nicht. Der Diskontierer kann nicht zum Diskont zwingen. Der ein Papier zum Diskont anbietende kann ebenfalls keinen Diskontierer herbeizwingen. Das Papier wird dann, wie von den Vertragsparteien vorab freiwillig vereinbart termingemäß erfüllt. (Oder es platzt, woraufhin dann in das Vermögen des Schuldners, mit dem das Papier besichert war, vollstreckt wird).

Drittens: Bei Zwangsabgaben ist zunächst nur die Abgabe termingemäß zu leisten. Die Zwangsabgabe ist der Zins (census). Zwangsabgaben beruhen nicht auf einem zwischen Abgabeforderer und Abgabenerleister freiwillig vereinbarten Kontrakt. Die Besicherung der Zwangsabgabe ist das Eigentum des Abgabenschuldners bezogen auf Sachen (Grund und Boden usw.), aber auch Menschen.

Viertens: Da die Abgabe seitens des Abgabenschuldners unfreiwillig geschieht, kann er zur Leistung gezwungen werden (= Surplus-Erstellung), die seine aktuelle Leistungsfähigkeit übersteigt. Um die Folgen der Nichtleistung zu vermeiden (Vermögens- und Eigentumsverlust), kann er versuchen, sich mit Hilfe eines Versprechens auf spätere Leistung und eines diese Leistung verbrieften Papiers bei anderen die Abgabe zum Abgabetermin zu beschaffen.

Fünftens: Aus privater Vereinbarung kann sich kein Zins entwickeln, da der zur Leistung Verpflichtete niemals mehr leisten muss, als er vorab freiwillig vereinbart hatte. Das Erbringen einer freiwilligen Leistung, die einer freiwilligen Gegenleistung entspricht kann niemals einen Zins enthalten, da insgesamt (von allen Beteiligten) nicht mehr geleistet wird als vereinbart wurde.

Sechstens: Die Entstehung des Zinses ist untrennbar mit dem Entstehen von Macht und Herrschaft verbunden, weil nur Macht und Herrschaft Leistungen erzwingen können, welche die freiwillig geplanten Leistungserbringungen übersteigen.

Siebtens: Der Zins kann sich nur auf die Vorab-Beschaffung des Abgabengutes beziehen, dessen Terminsetzung willkürlich und ohne Vorab-Zustimmung des Abgabenschuldners erfolgt.

Achtens: Der Zins ist ein Bastard der Macht und hat mit einem Wirtschaften auf freiwilliger Basis überhaupt nichts zu tun.

Neuntens: Sobald sich Macht und Zins (erst als Abgabe selbst, dann als Möglichkeit, terminlich nicht zu leistende Abgaben durch Versprechen auf zusätzliche Leistungen zu leisten, die auf den Abgabenzzeitpunkt diskontiert werden) etabliert haben, beginnt jene **"wirtschaftliche Dynamik"** von Geld (Abgabengut) und Zins (Abgabengut-Beschaffungs-Mittel), die sich über Schwankungen in der Geschichte bis zur heutigen Form entwickelt hat.

Zehntens: Beim Wegfall der Erst-Ursache von Geld und Zins (heute: Staat, der weltweit per Bankrott abgeht) wird sich die wirtschaftliche Entwicklung wieder entdynamisieren, bis sämtliche zinsbewehrten privaten Kontrakte die auf das Zwangsabgabemittel Geld (= "gesetzliches Zahlungsmittel") lauten, abgewickelt sind. Danach tritt wieder der Zustand der freiwilligen Transaktionen ein, die keinerlei Zins und Geld mehr kennen, da sie beides in keiner Weise benötigen.

Es ist k e i n Emmentaler! SEHR WICHTIG!

*Diese prinzipielle Frage ist die, die Jochen mit seinem Marx-Zitat beleuchtet: **"Wie kann nun die ganze Kapitalistenklasse beständig 600€ (Reminiszenz an heutige Verhältnisse...) aus der Circulation herausziehen, wenn sie beständig nur 500€ hineinwirft?"***

*Du gehst bei Deiner Betrachtung davon aus, daß sich der Gewinn des Produzenten einfach **"irgendwie" (?)** von vornherein als Geldbetrag in den Händen des Käufers befindet und letzterer diesen Geldbetrag beim Kauf auch ausgeben kann. Die Frage ist aber: **"Woher hat der Käufer dieses Geld?"** Und wenn er es geerbt hat, hilft das auch nicht weiter. Denn woher hat der Erblasser das Geld? Und so weiter!*

Das Problem, das hier nicht erkannt wird, ist immer das selbe: ich kann sowohl mit vorhandenem Geld kaufen als auch mit noch nicht vorhandenem.

Das zweite ist KREDIT, der immer ex nihilo entsteht. Einfaches Beispiel: Verkäufer stundet den Kaufpreis. Um stunden zu können, muss sich der Verkäufer nirgends Geld besorgen, um es an sich (!) zu bezahlen.

Die Vorstellung, dass immer nur Geld als etwas bereits Vorhandenes gespart und verliehen werden kann, ist falsch. Da vorhandenes Geld immer bereits vorhandenen Schulden (!) entspricht, ist es ein Schuldenderivat, also als Banknote ein **Schuldschein**.

Der Banknoteninhaber ist über den Schuldschein "Banknote", die auf dem Schuldtitel "hinterlegtes Pfand" basiert und ohne diesen Schuldtitel (z.B. Grundpfandbrief, Staatspapier usw.) niemals (!) ex Notenbank in Erscheinung treten kann, immer ein Gläubiger. Wenn er seine Banknote weitergibt, **zediert** er als Gläubiger eine Schuld, die dann ein anderer als neuer Gläubiger hat.

Mit oder in Form von Schulden kann ich aber niemals sparen, da Schulden immer ein Passivum sind. Schulden (Pfandbrief --- Banknote) können immer nur zediert (abgetreten) werden. Gläubigerzession, die das also ist, bedarf keiner Zustimmung des Schuldner (im Gegensatz zur Schuldnerzession, der der Gläubiger zustimmen muss).

Das erste Geld stammt im Kreditgeldsystem aus schon dem ersten Geld vorangegangenen Verschuldungen bzw. der vorangegangenen Hinterlegung der Verschuldungstitel bei der Notenbank. Beweis:

Die Banken haben heute (Ultimo 2000) bei der Bundesbank in deren Pfandpool für über 400 Mrd € Pfänder hinterlegt, aber nicht in gleicher Höhe Bundesbank-Geld abgefordert. Banknotenumlauf ca. 134 Mrd. €, ZB-Guthaben der Banken 47 Mrd. €.

Einzige Ausnahme dieses Vorher/Nachher: Währungsreform 1948, als die Pfänder, deren Wert in neuer Währung noch nicht bekannt sein konnte, da die Umstellungsquote noch nicht vorher bekannt gegeben werden konnte, sofort "nachgeliefert" werden mussten (oft genug gepostet, ebenso das mit dem "Kopfgeld", das bis heute in der Bundesbankbilanz steht mit 4,44 Mrd. € und das mit 1 % p.a. verzinst wird).

Geld ist und war also immer verzinslich unterwegs!

Siehe dazu nochmals den heutigen Notenbankmechanismus: die Pfänder, die dort liegen, sind ausschließlich verzinsliche Pfänder mit Restlaufzeit.

Die Zinsen der Sicherheiten streicht nach wie vor die das Pfand bei der Notenbank hinterlegende Bank ein; um an Bargeld - Banknoten, ZB-Guthaben - zu kommen, muss die Bank den der Notenbank ihren Satz bezahlen (kein Zins, sondern eine Monopolprämie, resultierend aus dem Banknoten-Monopol, bzw. dem Monopol als einzige Stelle "gesetzliche Zahlungsmittel" ausgeben zu dürfen!).

Der Bank bleibt also immer die Differenz, bei Notenbank-Nullsatz (siehe Japan) bekommt sie den Zins der Pfänder netto, bei Notenbank-Minussatz kriegt sie von der Notenbank gesetzliche Zahlungsmittel geschenkt, in Höhe des Minussatzes mal Summe der hinterlegten Pfänder.

*Man muß sich eben klar machen, daß (bei statischer Betrachtung) **höchstens** soviel Geld für die Nachfrage zur Verfügung stehen kann, wie zuvor als Kosten für die Güterproduktion ausgegeben wurde; demnach wäre es ausgeschlossen, daß der Käufer jemals die 200 Euro besitzt, die Du ihm zubilligst, und damit wäre auch ausgeschlossen, daß der Produzent jemals einen Gewinn macht. OK?*

Heinson und Steiger beantworten die Frage, wieso es dennoch zu Gewinnen kommt, offenbar damit, daß Gewinne nur durch irgendwelche Verschuldungsprozesse möglich seien.

Mit Verlaub (ich hatte es schon gepostet): Dies wurde nicht von Heinson/Steiger, sondern von mir entwickelt (Der Kapitalismus, 1986).

Dem widerspreche ich, gestützt auf die unerschütterlichen theoretischen Erkenntnisse der sog. österreichischen Schule der Nationalökonomie, insbesondere auf die von Böhm-Bawerk ausgearbeitete Kapitaltheorie, die bis heute unwidersprochen ist, und auf v. Hayeks monetäre Produktions- und Krisentheorie (mit der sich Heinson und Steiger offenbar nicht genügend befaßt haben).

Die monetäre (also auf Geld = "moneta" abstellende) Krisentheorie ist falsch. Produktionen sind nur mit Hilfe von Kreditvorgängen möglich, wobei es keinerlei "ersten Geldes" bedarf (in Kreditgeldsystemen; auch das "Kopfgeld" 1948 war kein "erstes Geld", da es nicht etwa verschenkt, sondern gegen Reichsbanknoten ausgegeben wurde, die ihrerseits auf vorher bei der Reichsbank abgelieferten Pfändern erschienen waren).

Beim Goldstandard, und Böhm-Bawerk hat seine Theorie im klassischen Goldstandard entwickelt ("Kapital und Kapitalzins" 1884), Hayek im Gold-Devisenstandard ("The Pure Theory of Capital" 1941), liegen die Dinge anders, weil Banknoten gegen das unverzinsliche Pfand Gold herausgegeben werden konnten und Gold selbst als **Tauschgegenstand** (niemals Tauschmittel!) unter dem Label "gesetzliches Zahlungsmittel" lief (Goldmünzen).

Gold war damit bereits Kapital wie ein Grundstück. Und der Kauf eines Grundstück mit Gold war so etwas wie ein **"like kind exchange"**, also nichts anderes als ein Tausch Haus gegen Haus, wobei das mobile Kapital Gold gegenüber dem immobilien Kapital Haus schon mal im Vorteil ist.

Hat jemand in Gold gespart (genau der selbe Vorgang wie der Bau eines Hauses, wobei die Produktionskosten einander "entsprechen" mussten, diese wiederum auf die jeweils aufzuwendenden Lohnkosten reduzierbar) und dieses Gold deponiert (wobei sich der Zins aus dem Optionscharakter des Goldes selbst ergibt, zu errechnen aus den Verfallskurven der Güter im Durchschnitt zur konstanten Nichtverfallskurve des Goldes) hatte der Gold-"Sparer" wiederum eine Forderung in Form einer Note (Depositenschein), die er zedieren konnte.

Die "Produktionstheorie" der österreichischen Schule hatte diesen Sachverhalt nicht erkannt (Produktion = immer Vorfinanzierung als ein von Krediten begleiteter Umstand) und die "Krisentheorie" der österreichischen Schule ist eindeutig eine **Kreditkrisentheorie**, d.h. es kommt zu "Stockungen" (siehe Spiethoff, Machlup, Haberler usw.), wenn es bei den Krediten hapert: die alten werden nicht bedient bzw. es werden keine neuen gegeben oder genommen.

Der Zusammenbruch der **Swissair** (heute im Kreditgeldsystem) entspricht haargenau dem Zusammenbruch der **Eisenbahnkönige** im 19. / frühen 20. Jh. (Goldwährung).

*Um es nochmals kurz zusammenzufassen: Man muß zu einer dynamischen Betrachtung übergehen. Dabei zeigt sich dann, daß der Konsument bei gleichbleibendem Realertrag der Produktion und gleichbleibenden Preisniveau tatsächlich nur **dann** mehr ausgeben kann als er an Löhnen erhalten hat, wenn er sich verschuldet. **(Hier muß ich allerdings eine wichtige Fußnote einschieben!)** Sinkt jedoch das Preisniveau bei gleichem oder sogar höherem Realertrag der Produktion - wie das ja bei kapitalistischer Produktionsweise die Regel ist - , dann schaut die Sache ganz anders aus: Dann kann der Konsument in Periode 1 sehr wohl Ersparnisse bilden, mit denen er dann in der nächsten Periode als Nachfrager von Produkten am Markt auftreten kann, die ihrem Fabrikanten Gewinn bringen.*

Abgesehen davon, dass dann der Markt in Periode 1 niemals geräumt werden kann, da ja die Kosten (= Auszahlungen) von Periode 1 nicht zu Nachfrage (= Einzahlungen) in Periode 1 werden (es vergeht Zeit zwischen Einzahlung als "Ersparnis" und Auszahlung als "Kredit" usw.), ist dann der **Zins**, der sich auf die Ersparnisse von Periode 1 in Periode 2 nicht darstellbar (als Auszahlung an die Sparer). Woher sollte das Geld kommen, um den Zins zu bezahlen?

Diese "kapitalistische Produktionsweise" unterscheidet sich von der normalen Produktion im einfachsten Fall durch größere Arbeitsteilung (das Beispiel von der Stecknadel-Produktion bei Adam Smith)

Das Stecknadelbeispiel hatte ich schon behandelt (siehe früheres Posting): Wenn die Arbeiter mit dem Lohn, die sie für 12 Stecknadeln erhalten, nur eine Stecknadel kaufen, weil sie jetzt billiger ist, bleibt der Fabrikant auf 11 Stecknadeln sitzen - es sei denn andere Arbeiter nehmen ihre bei anderen Produktionen ausgezahlten Löhne her, um diese zu kaufen, womit dann die anderen Produzenten auf ihren Produkten sitzen bleiben, da ihre Auszahlungen (Löhne) nicht wieder als Einzahlungen (= Kauf ihrer Produkte) zu ihnen zurückkehren.

Es sei denn die Nachfrage, die bei der Stecknadelproduktion in Form von dort ausgezahlten Löhnen angefallen ist, geht sofort als Nachfrage zu den Produkten der anderen Produzenten.

Da dies nicht gleichzeitig geschehen kann (und alle mainstream-Wirtschaftsmodelle gehen grundsätzlich von nicht ablaufender Zeit aus), ergibt sich der Zwang die nicht sofort nach der Produktion auch abgesetzte Produktion zu finanzieren (die allseits bekannte Umlaufmittel- bzw. Betriebsmittelfinanzierung, Klartext: die Finanzierung von noch nicht verkaufter bzw. von verkaufter, aber noch nicht bezahlter Produktion).

Sub summa aller Betriebe muss immer die Zeit zwischen Produktion und Absatz finanziert werden, woraus sich das bekannte **Skonto**-Phänomen erklärt. Skonto ist nichts anderes als der Ausdruck dafür, dass der Produzent den Zins, den er für die Zeit zwischen Absatz und Eingang der Zahlung dafür selbst bezahlt und nicht seine Kreditlinie bei seiner Bank in Anspruch nimmt, für die er einen höheren Zins bezahlen müsste als den Skonto.

Gerade das Stecknadelbeispiel beweist, dass es ohne **zusätzliche** Nachfrage in Form von zusätzlichen **Kredit**en nie und nimmer funktionieren kann.

Bei neuen Produkten (ex technischer Fortschritt usw.) besteht zunächst ein extrem unvollkommener Markt (es dauert eben, bis alle potenziellen Marktteilnehmer über das neue Produkt informiert sind, was ganz nebenbei das Phänomen der WERBUNG für "neue" Produkte erklärt!), der nichts anderes besagt als dass zunächst mehr Zeit verstreicht als bei bisheriger Produktion und bisherigem Absatz der Produktion.

und im weiteren durch den Einsatz von Maschinen, Intelligenz (in Form gut ausgebildeter Partner und Mitarbeiter) und Kapitalgütern wie PC's u. dgl. m.; - also durch sog. "Produktionsumwege": Der Zeitraum zwischen dem erstmaligen Einsatz von Arbeit und Rohstoffen bis zum fertigen Konsumgut wird immer länger! Die Sache ist sehr anschaulich beschrieben in v.Hayek's "Preise und Produktion", Wien 1931.

Und weil eben der "**Zeitraum**" immer länger (!) wird, muss immer mehr kreditiert werden, um diesen Zeitraum zu überbrücken (Zeit kostet immer Zins!).

Fazit: Unsere Wirtschaft kann sehr wohl funktionieren und Gewinne machen, auch ohne daß Gewinne grundsätzlich nur durch Verschuldungsprozesse entstehen!

Kann nur für einzelne Unternehmer gelten, die Gewinne machen, aber niemals für alle.

Die Fußnote:

Sowohl Marx als auch Heinson und Steiger haben hier jedoch einen blinden Fleck! Denn woher nähme denn der erste Produzent sein Kapital, um Mitarbeiter zu beschäftigen und Löhne zu zahlen?????

Im Goldstandard wie beschrieben (letztlich muss aber auch die Goldproduktion vorfinanziert werden, Stichwort Produktionsumwege, Goldgewinnung wird immer kapitalintensiver).

Im Kreditgeldsystem (heute) können zusätzliche Arbeitskräfte nur eingestellt werden, indem sich die Unternehmer zunächst verschulden, um die Löhne vorfinanzieren zu können. Die Unternehmer (alle, sub summa!) haben keine Truhe im Keller, in die sie greifen könnten, um die Löhne zu bezahlen und nur zu verstockt sind, es zu tun und um endlich Vollbeschäftigung zu erreichen.

Jedes Kreditgeldsystem ist ex definitione ein tendenziell implosives System, das just dann implodiert, wenn keine "new credits" (Greenspan) erscheinen. Wir werden diese Implosion über kurz oder lang erleben und zwar in einer noch nie da gewesenen Form! Ein nicht bedienter (d.h. durch zusätzliche Verschuldung abgewickelter) Kredit reißt den nächsten Kredit ein, und so immer weiter.

Die Swissair hat eine Passivlage von ca. 7 Milliarden Franken (hatte ich schon vor längerem gepostet). Das Ausbuchen dieser Schulden (abzüglich Konkursquote) wird jede Menge anderer Kredite notleidend machen, usw.

Durch Verschuldung? Aber bei wem sollte er sich denn verschulden?

Jeder kann sich bei jedem verschulden und zwar ohne dass dabei Geld erscheint!

Beweis: Ich verlege Ihr nächstes Buch (Sie haben die Leistung erbracht, vielen Dank!) und zahle Ihnen keine Tantiemen. Die Käufer des Buches bleiben den Kaufpreis bei ihren Buchhändlern auch schuldig, ich als Verleger die Produktionskosten bei der Druckerei, diese die Papierkosten beim Lieferanten, usw.

So kann ein Buchumsatz von Summa 10 Millionen entstehen, ohne dass auch nur ein einziger müder Geldbetrag (Banknote z.B.) erschienen ist. Die 10 Millionen sind ex nihilo entstandener Kredit. Von tatsächlich erfolgten Ein- oder Auszahlungen ist nirgends etwas zu sehen.

Die ganze Theorie ist meiner Ansicht nach löchrig wie ein Emmentaler Käse!

Ich halte nichts von solchen vorschnellen Urteilen und Vergleichen.

DAS ist unser heutiges Kredit- und Kreditgeldsystem (in 59 Punkten)

Verehrte Corona,

zur Klärung (und möglicherweise Scheidung) der Geister darf ich die von mir vertretene Darstellung und Analyse des heute aktuellen Kredit- bzw. Kreditgeldsystems noch ein Mal zusammen fassen, mit Waren- und Tauschgeldsystemen kurz vergleichen und zur Diskussion stellen (falls überhaupt noch jemand Lust hat, sich mit dem Thema zu beschäftigen):

1. Die heute real existierende Wirtschaft ist nicht Tauschen, sondern das Erfüllen von Kontrakten. Dies versteht sich ohnehin von selbst, da Tauschen ebenso Schuldrecht ist wie Kaufen.
2. Diese Kontrakte können auf Leistungen, Waren oder wiederum auf Kredite lauten. In historisch früheren Phasen gab es auch Kontrakte über Warengeld.
3. Es können jederzeit Waren gegen Waren getauscht werden. Geld kann bei solchen Vorgängen eine Rolle spielen, vorausgesetzt es ist selbst eine Ware bzw. "warenwerthaltig". Dies ist heute weder bei ZB-Geld noch bei ZB-Guthaben der Fall.
4. In der Geschichte galt: Kredit/Schuld vor Ware, Warengeld, Schrift, usw. Kredite sind auch in einfachster numerischer Form vergeben und nachgewiesen. Das heutige Kredit- bzw. Kreditgeldsystem ist der Endpunkt einer langen historischen Entwicklung. Es ist ein Kredit-auf-Kreditsystem, das sich qualitativ nicht mehr steigern, sondern nur noch über einen möglichst maximal andauernden Zeitraum aufrecht erhalten lässt.
5. In der Geschichte wurde gemünztes oder in kleinere Einheiten zu zerbrechendes Warengeld nicht zur Erleichterung von Tauschvorgängen "erfunden". Dieses Warengeld war ein Tauschgegenstand, kein Tauschmittel.
6. Der Weg Tausch Ware gegen Ware würde durch das Zwischenschieben eines Tauschmittels, das wiederum eine Ware ist (Warengeld) immer verlängert, nicht verkürzt.
7. Das Tauschen von Ware gegen Ware (mhd. "stechen") ist nur in dem Sinne Kontrakterfüllung, indem sich beide verpflichten, das Vereinbarte zu leisten.
8. Das mhd. "tauschen" hatte die Bedeutung von "täuschen", daher heute noch der "Rosstäuscher".
9. Das heutige Geld ist eine zessionsfähig gemachte Schuld. Und zwar geht es um Gläubigerzession, nicht Schuldnerzession (die nur mit Zustimmung des Gläubigers möglich wäre).
10. Seine Zessionsfähigkeit erhält das heutige stoffwertlose Geld ausschließlich durch die Legaldefinition "gesetzliches Zahlungsmittel".
11. Das "gesetzlich" bezieht sich darauf, das mit Hilfe dieses Geld "gesetzliche Verpflichtungen" (Steuern u.ä.) abgelöst werden können.
12. Geld in der Form vom Kreditgeld ist entstanden, indem Schuldkontrakte zwischen A und B durch Sicherheitsleistung (Verpfändung) seitens eines C zedierfähig gemacht wurden.
13. Ein A/B-Kontrakt allein könnte ebenfalls Geld werden, wenn der Schuldner B seinerseits Eigentum als Sicherheit anbietet.
14. Da ein Schuldner durch seine Kreditnachfrage bereits in einer schlechteren Situation ist, setzt sich jenes Geld durch, das durch unbelastetes Eigentum eines Nichtschuldners C besichert ist.
15. Der Zins ergibt sich aus Zeitablauf. Das Herbeiholen eines Gegenstandes in die Gegenwart wird dabei individuell bewertet.
16. Die Vorstellung eines "Zinsniveaus" ist eine Verallgemeinerung, die der Tatsache, dass es bei jedem Kredit gesonderte Risiken bzw. Vorstellungen und/oder Zwänge von Kreditoren und Debitoren gibt, nicht gerecht wird.
17. Die Vorstellung eines "Erst"- oder "Urzinses" ist aus eben diesem Grund weder operational noch nachvollziehbar.
18. Auf den Zins kann seitens des Gläubigers verzichtet werden.

19. Bestrafungen, die sich aus der nicht termingerechten Erfüllung eines Kontraktes ergeben, können zwar, müssen aber nicht vereinbart werden (Zinseszins- bzw. "riba"-Phänomene und sich dagegen richtende Maßnahmen).
20. Auf einen Zins wird der bei einem A/B-Kontrakt Sicherheit leistende Nicht-Kontraktteilnehmer C allerdings kaum verzichten, da er sonst keinen Gegenwert für die Zurverfügungstellung seines unbelasteten Eigentums als Pfand erhielte.
21. Die Vereinbarung des Zinssatzes ist frei. Der Zinssatz ist nach oben offen – unbeschadet etwaiger "Wuchergesetze".
22. Der Zins selbst kann nur realisiert (nicht hochgebucht!) werden, indem zusätzliches BIP erscheint.
23. Das Erscheinen von zusätzlichem BIP resultiert aus dem Zwang zu zusätzlicher Produktion, der sich aus den vorangegangenen Kontrakten ergibt.
24. Wird der Zins nicht durch Mehrprodukt erwirtschaft, kann er hochgebucht werden (Prolongation), sofern der/die Gläubiger einverstanden sind.
25. Schulden, die sich aus Kontrakten ergeben, können nur verschwinden, wenn die vereinbarte Leistung als endgültig angesehen wird. Normalfall: Konsum.
26. Wird die Leistung in Form von Warengeld oder eines neuen, vom Gläubiger akzeptierten Schuldtitels erbracht, ist die Schuld nicht erloschen. Sie wird in ein (weiter verwendbares) Gut bzw. zedierbares Guthaben des Gläubigers verwandelt.
27. Warengeld kann durch die Wandlung (Demonetisierung) desselben in eine Ware, z.B. Schmuck verschwinden. Und vice versa (Remonetisierung).
28. Kreditgeld kann beliebig oft zediert werden.
29. Kreditgeld, das mit Hilfe von Notenbanken zessionsfähig gemacht wurde, muss nach der Ablauf der Zeit seiner Zurverfügungstellung an die Notenbank zurückkehren.
30. Notenbanken vergeben niemals Kredite.
31. Notenbanken verleihen niemals Geld.
32. Notenbanken vermieten niemals Geld.
33. Ihre "Sätze" (Rediskont, Lombard, Tendersatz) sind Prämien für die Umwandlung von bereits existenten Schuldtiteln in "gesetzliches Zahlungsmittel", ein Geschäft, das sie aufgrund ihres gesetzlich verbrieften Monopols betreiben können.
34. Die Notenbankprämien können nur realisiert werden, wenn in Höhe der Monopolprämie zusätzliche "gesetzliche Zahlungsmittel" geschaffen werden.
35. Die Schaffung zusätzlicher GZ ist nur durch zusätzliche Kredittitel möglich. In einem Kreditgeldsystem kann die Monopolprämie der Notenbank nur durch zusätzliche Kreditgeldschaffung bedient werden.
36. Es gibt keine Geldmengen, auch kein Geldvolumina, sondern nur Geldsummen.
37. Das von den Notenbanken geschaffene GZ selbst beeinflusst niemals das Preisniveau.
38. Das Preisniveau wird durch die Kredit- bzw. Schuldtitel verändert, die der Ausgabe von GZ zu Grund liegen.
39. Ein Kreditgeldsystem erzwingt eine andauernde Nettoneuverschuldung in mindestens der Höhe der Notenbank-Monopolprämie, siehe auch Nr. 35.
40. ZB-Geld kann niemals "umlaufen". Jeder "Lauf" suggeriert eine falsche, da sachenrechtliche Vorstellung. ZB-Geld wird immer nur zediert; es ist ein eindeutig schuldrechtlicher Vorgang.
41. In einem Mix von Warengeld und Kreditgeld wie unter dem klassischen Goldstandard ist der Zinsfuß wie historisch belegt, niedriger (bzw. zeigt eine langfristig fallenden Tendenz) als in einem reinen Kreditgeldsystem – wie bei einer reinen Tauschwirtschaft ohne Vorfinanzierungskosten der jeweiligen Tauschgüter der Zins bei Null liegen muss.
42. Die Häufigkeit der Zessionsvorgänge können die Marktteilnehmer durch Variationen ihrer Angebotspreise beeinflussen. Das gesamte Preisniveau (realisierte Preise!) beeinflussen Zessionsvorgänge nicht.
43. Mit einem unter einem Kreditgeldsystem geschaffenen GZ kann mit der Summe des jeweilig aus Schuldtitel in GZ gewandelten Geldes immer nur eine gleich hohe Schuld getilgt werden.

44. Eine Mehrfachverwendung von GZ in dem Sinne, dass zunächst mit dem Schuldtitel selbst und dann ein weiteres Mal (oder sogar viele weitere Male) mit dem als GZ fungierendem, auf diesem Schuldtitel basierendem ZB-Geld "bezahlt" werden kann (sog. "Geldumlauf") ist nicht möglich.

45. Da in einem Kreditsystem alle Produktion vorfinanziert werden muss, können nur die jeweils bei der Produktion anfallenden Kosten zu Einkommen werden und diese wiederum die Produktion vom Markt nehmen, vorausgesetzt Punkt 49 ist erfüllt.

46. Angebotspreise sind niemals realisierte Preise.

47. Die Kosten, die bei der Erstellung des Angebots entstehen ("Vorfinanzierung", "Faktorkostensumme") reichen niemals aus, um das Angebot zu den Angebotspreisen vom Markt zu nehmen.

48. Es gibt also niemals ein "gesamtwirtschaftliches Gleichgewicht".

49. Es fehlt immer Nachfrage in Höhe der nicht als Faktorkosten (zur Erstellung der Produktion) ausgekehrten Gewinn- bzw. Zinsforderungen. Diese Nachfrage kann nicht durch Mehrfachverwendung von ZB-Geld dargestellt werden.

50. Angebotspreise können nur zu realisierten Preisen werden, wenn in Höhe des Gewinn- und/oder Gewinnaufschlages zusätzliche Nettoneuverschuldungen statt finden.

51. Banken "verleihen" das ihnen eingezahlte Geld, indem sie die darin enthaltene Forderung zedieren. Dabei müssen sie darauf achten, dass sie eine positive Zinsmarge erzielen.

52. Banken können niemals Geld, aber jederzeit Kredit schaffen.

53. Schaffen sie Kredit, müssen sie diesen refinanzieren (Goldene Bankregel).

54. Geld, das jemand verleihen könnte, gibt es in einem Kreditgeldsystem nicht. Niemals. Einen Kredit kann man nicht verleihen. Er kann nur dazu dienen, auf diesen Kredit, der dann als Sicherheit dient, weitere Kredite zu türmen.

55. Ein Kredit- bzw. Kreditgeldsystem scheitert unausweichlich, sobald die immer neue und immer zusätzliche Kreditvergabe und Kreditnahme stockt bzw. gar abnimmt.

56. Wie hoch sich Kredite/Schulden bereits aufgetürmt haben, ist als solches zunächst unerheblich.

57. Entscheidend bleibt immer, ob diese Kredite/Schulden durch zusätzliche Kredite/Schulden am Leben erhalten werden.

58. Kommt es wegen der bereits existenten Höhe der Kredit- bzw. Schuldensummen zu einer Stockung bzw. einem Rückgang bei der Schaffung neuer Kredit- bzw. Schuldverhältnisse, ist der kritische Punkt des gesamten Systems erreicht (sog. "Überschuldung").

59. Wird die Überschuldung allgemein, stürzen sämtliche bereits existenten Kredit- bzw. Schuldverhältnisse in sich zusammen.

SEHR WICHTIGE Erklärung des "Systems": Schulden, Notenbank, Liquidität, Gold

...die Verschuldung der Unternehmen und Privaten ist so gigantisch und unverantwortlich, daß keine Fed.Liquidisierung ausreicht um allein den Schuldendienst zu leisten, aus, Depression oder weltweiter Krieg um all das zu begraben,-uns natürlich mit, d.hat recht!!!A.

Hi,

vielleicht dazu noch eine kurze, **aber sehr wichtige Erklärung.**

Die Fed kann niemals den Schuldendienst selbst leisten, da sie Liquidität nur gegen Hereinnahme weiterer Schuldtitel herausrückt.

Die ganze Veranstaltung, der wir heute beiwohnen, heißt eben deshalb "Debitismus", weil die Notenbanken darin keinerlei wirkliche Rolle spielen. Denn sie vergeben niemals Credits!

Sie verschieben z.B. nur M3 nach M1, die M-Summe = Schuldensumme bleibt dadurch aber absolut gleich, wird also nur nach "vorn" geholt; dies obendrein noch gegen den Monopolsatz - fälschlich "Zinssatz"! - der

Notenbanken, der selbst wiederum nur durch Hinterlegung weiterer M-Titel bei der Notenbank zuerst abgeholt und danach an sie zurückgegeben werden muss.

Also M-Summe gesamt = 1000. Notenbankfähig davon 500. Fed-Liquidität in Periode 1 = 100, dann noch 400 notenbankfähig. Fed "schafft" mehr Liquidität (siehe aktuell), also Fed-Geld = 200, dann noch 300 notenbankfähig. 500 bleiben aber 500.

Selbst wenn die gesamte M-Summe (= 1000) notenbankfähig erklärt würde, ändert sich dadurch **überhaupt nichts**.

1000 minus 100 = 900. 1000 minus 200 (Fed "liquidisiert") = 800.

900 plus 100 = 1000. 800 plus 200 = 1000.

Was die Fed (und andere Notenbanken) bestenfalls machen können, ist also Titel (= Schulden = Gesamt-M), die bereits existieren, vorübergehend zu liquidisieren. Die Titel selbst müssen die bedienen, die sie schuldig sind. Die Notenbanken können keine Pfandbriefzinsen usw. bezahlen!

Mit Verschiebungen innerhalb vom Gesamt-M sind aber die Zinsen auf die gesamten Schulden (Gesamt-M) niemals zu bezahlen, denn die laufen auf den 1000 (= M gesamt) ununterbrochen auf, womit sich Gesamt-M ununterbrochen erhöht, damit die Schulden und damit die Guthaben.

Durch die Liquidisierung können zwar aktuell fällige Zinsen bezahlt werden (vorübergehende Verhinderung der bei **Insolvenz**, in der das gesamte System steckt sonst - siehe Swissair - an irgendeiner Stelle automatisch erscheinenden **Illiquidität**), aber dies nur, indem "hinten" (also bei Gesamt-M) in Höhe der dann bezahlten (in diesem Falle nur als zedierfähig gebuchten und ergo nur gezeigten) Zinsen wieder neue Schulden gemacht werden.

Daher Greenspans Flehen um "new credits". (Oft genug gepostet).

Notabene: Alle "new credits" in summa kommen out of the blue in die Welt (siehe "Zahlungsziele") und niemals, nachdem jemand "gespart" hat.

"Sparen" ist nur die **Zession** (Weitergabe; Abtretung) von umlaufenden direkten oder als Schulden-Derivate existierenden Schuldtiteln (wie Banknoten).

Die Vorstellung, es gäbe irgendwann ein vorhandenes "Erstgeld", das "verliehen" werden könnte, und immer weiter, ist komplett falsch! Eine Schuld kann niemals verliehen, sondern der die Schuld darstellende Titel (letztlich Banknote) kann immer nur zediert werden!

Die auf die Schuldtitel zukommenden Zinsen könnten nur dann nicht gebucht werden, wenn die Gläubiger (Zinserwarteter) diese in voller Höhe verkonsumieren. Das machen die Gläubiger aber nicht, da sie ohnehin - siehe Vermögensverteilung - sozusagen schon "alles" haben und nur noch marginal mehr verbrauchen können als sie sowieso schon verbrauchen (Ferrari, Gucci, Yachten).

Mangels "new credits", also zusätzlicher Nettoneuverschuldung, kollabiert das gesamte System automatisch - egal welche Faxen die Notenbanken machen.

Beim Kollaps kommt die Große Krise (deflationäre Depression, wie oft genug beschrieben). ALLES wird fallen, alle Kurse, Werte, Preise.

GOLD wird möglicherweise weniger stark fallen, also **relativ** zu anderen Preisen stabiler bleiben, vor allem, weil Gold eine Preisuntergrenze von höher als null hat (42,22 \$ / Unze).

Dies scheint die konträre Entwicklung von Gold zum **CRB-Index** bereits anzudeuten. Während der CRB die "magische" Marke von 200 inzwischen deutlich unterschritten hat (traditioneller Chart-Alarm, überdies Deflations-Signal!) und über Jahresfrist vom Hi 235,01 auf zwischendurch schon 182,67 gefallen war, hat sich Gold von seinem Tief in den 250ern ganz ordentlich entwickelt (ca. 285/290 aktuell).

Ob und wann Gold haussiert oder ob einen Hausse gar schon gestartet ist, kann ich nicht beurteilen.

Allerdings kann ich garantieren, dass für eine neue Gold-Hausse nicht monetäre und damit inflationäre (Inflation in der Güterwelt) Ursachen in Frage kommen und alle diesbezüglichen Analysen ergo zu nichts führen.

Steigendes Gold in einer Rohstoff-Deflation ist etwas höchst Beunruhigendes - Glückwunsch allen Gold-Haussiers!

Wenn neue, große Gold-Hausse, dann hat sie ganz andere Ursachen (psychologische Kaufbereitschaft), möglicherweise liegen sie im Gesamtszenario begründet (Globalisierungskrise, drohender Weltbürgerkrieg, Islamprobleme, Gold als Waffenbeschaffungsmetall usw.).

Das Problem beim GOLD ist aber nicht Kauf und Beschaffung, notfalls eben zu höheren oder sogar sehr hohen Preisen, sondern es entsteht bei seiner anschließenden Verwendung als ziviler Kaufkraft. Es wird Gold-Haves und Gold-Have-Nots geben (siehe dazu die Diskussion: "Werde ich als Goldbesitzer erschlagen?").

Zurück zum Grundszenario:

Technisch gesehen gäbe es einen Ausweg aus der weltweiten Insolvenz, nämlich die Herausgabe von Notenbankgeld ohne (!) gleichzeitige Hereinnahme von bereits existierenden Schuldtiteln (nicht mal von Staatspapieren).

Probleme dann:

1. Es müssten alle Notenbankgesetze geändert werden (vor allem bei der EZB extrem schwierig, da EZB-Recht = Völkerrecht). Dies machen "harte" Notenbanken wie die Bundesbank NIEMALS mit!

2. Das dann "netto" ausgegebene Notenbankgeld müsste "irgendwie" verteilt werden. Ein Verfahren dafür ist nicht vorstellbar.

Da nur Banken "Geschäftspartner" der Notenbanken sind, müssten sie das Nettogeld irgendwie erhalten. Welche Bank erhält wieviel? Windhundverfahren, Losverfahren, First come, first serve?

3. Ginge das neue Nettogeld an die Staaten (das Phänomen "Kassenkredite" wurde gerade erst abgeschafft), dürfte der Vorgang auch keinerlei Rückzahlungsklausel enthalten, und einen "Zinssatz" schon gar nicht.

Selbst wenn: An wen sollte der Staat das Geld verteilen?

Jeweils an die Firma, deren Schulden gerade notleidend geworden sind? Dann würden alle Schuldner sich sofort als illiquide erklären, um an das Kostnix-Geld vom Staat zu kommen. Firma X bleibt einfach die Zahlung (Rückzahlung) schuldig und darf sich beim Staat anstellen, um Nettogeld zu kriegen - noch dazu ohne Rückzahlungsverpflichtung?

4. Dann stehen sehr schnell **sämtliche** Schuldner beim Staat auf der Matte. Und wenn Firma X das darf (und alle anderen Firmen und Banken auch), dann stehen auch alle **Verbraucher** auf der Matte, die ihr Konto überzogen haben.

Und wer noch keins überzogen hat, überzieht schnell eins. Denn er kriegt ja Kostnix-Geld vom Staat, mit dem er seine Minussalden ausgleichen kann.

Und so weiter.

5. Es könnte Nettogeld auch flächendeckend abgeworfen werden. Was ist mit den Schuldnern, die gerade im Ausland Urlaub machen? Wer berechnet die Windrichtung? Was ist mit Geld, das im Wald verschwindet? In den Bodensee flattert? Müssten nicht ganz viele Hubschrauber mehr Kostnixgeld direkt über der Swissair-Zentrale abwerfen als überm Jungfrau-Joch?

Es gibt keinerlei Logistik, die hier Präzision schaffen könnte, also das Geld genau dem Schuldner zukommen ließe, der es braucht, weil er gerade Liquiditätsprobleme hat, bzw. dem, der überhaupt Schulden hat.

Es wird also alles seinen Weg gehen. Und dieser Weg wird in etwas enden, von dem wir uns keinerlei Vorstellung machen!

Früher oder später. Und wenn kein Wunder geschieht ("new credits"!) vielleicht leider schon sehr bald.

Jeder sollte sich also entsprechend seiner persönlichen Lage und Umstände vorbereiten.

Sehr trauriger Gruß

Re: Ach ja? Die gefälschte ZB-Bilanz. Beweis:

Als Antwort auf: doch!!!! es gibt so eine position

ok das kann natürlich auch ein fehler sein und die von der uni regensburg haben keine ahnung...aber da gibt es eindeutig bei GB im passiv eine position kredite bei der zentralbank.

Hi,

Fehler oder keine Ahnung?

Na schauermal:

ZB aktiv Ausland W, Staat H, GB F.

Wo erscheint **W** wieder? Unter Reinvermögen NB (Nichtbanken), also ist das Reinvermögen des Publikums die Forderung der ZB ans Ausland. Dann ist also alles, was wir vermögensmäßig haben, eine dubiose Forderung an Amerika?

Wenn ich was sofort abschreiben würde, dann das (die **Schweizer Nationalbank** hat's sehr schön vorgemacht).

Wie ist das mit der ZB Fed? Wie hoch sind deren Forderungen (W) ans Ausland? Wie reich ist demnach das amerikanische Nichtbanken-Publikum? Dass die - überschuldet wie sie sind - wenig haben, war mir schon klar. Aber **nichts**?

Position **H**. Kredite der Euro-ZBs an den Staat? Nehmen wir die Buba. Forderungen an den Bund 4,4 Mrd €, sonst nichts (Bilanzsumme 257 in 2000). Das ist die berühmte **Ausgleichsforderung** ex Währungsreform und durch dem Bund zustehendes GK und RL der Buba (5,1 Mrd) passiv gedeckt, 1 % verzinslich, muss in 04 abgelöst werden. Sehr schön erscheint deshalb unter der Bilanz der Nichtbanken als Passivposten wieder das H. Mit anderen Worten: **Das Geld, das wir in der Währungsreform erhalten haben, müssen wir - da bei uns Nichtbanken passiviert - in Form einer Steuer zurückgeben.** Schön, dass man es auch mal aus Regensburg hört.

Position **F**. Erscheint bei GBen als Passivum. Ich hätte gern eine Bilanz einer Geschäftsbank gesehen, wo eine Verbindlichkeit (Passivposten) gegenüber der ZB erscheint. Was in den GB-Bilanzen erscheint ist neben der Position Bargeld noch **Guthaben** gegenüber der ZB und die nicht etwa als "Reserve" bezeichnet, sondern als täglich fällige Forderung. Aber wurscht, ist ja wenigstens bei der ZB passiv verbucht.

Nur warum das **C** in den GBen nicht aktiv? No Bank, no cash? Jetzt schon?

Aber machen wir es kurz, damit es klar wird:

Da die ZB niemals ZB-Geld C und R rausrückt, wenn nicht die GBen, die **allein** mit der ZB Geschäfte machen dürfen, ihr Pfänder angedient haben (heißt ab jetzt **P**) ist das, was in der ZB-Bilanz unter **F** erscheint ("Kredite an GB") nicht anderes als ein Verbuchen von etwas, das der ZB überhaupt nicht gehört.

Alle P (von Regensburg einfach mals flott als K bezeichnet) sind und bleiben, da Pfandrecht Sachenrecht, vollumfänglich im **Eigentum** der GBen.

Die ZB-Bilanz ist deshalb schon per se gefälscht, weil sie nach verbindlichem Bilanzierungsrecht, das für sämtliche Unternehmen einschließlich ZB gilt (siehe Bestätigungsvermerk der WPs) etwas aktiv verbucht, das sie aktiv überhaupt nicht verbuchen darf.

Denn was hätte die ZB zum Bilanzstichtag, sofern **physisch** Inventur gemacht würde? Sie hätte einen Haufen Pfänder (packenweise von den GBen ihr anvertraute Pfänder) und sonst nichts.

Ein Pfand darf aber beim Pfandhalter nicht aktiv verbucht werden. BESITZ WIRD NICHT VERBUCHT! Sonst könnte auch jede Firma, die im gemieteten (!) Bürogebäude haust, dieses aktivieren.

Nun sind die Herren ja nicht blöd. Sie haben deshalb einen Dreh gefunden, das P als etwas "anderes" zu verbuchen (im Regensburger Beispiel ist es das F), also als eine **Forderung** gegen die GBen (siehe § 26 BBkGesetz, und dazu Mitteilung der Buba 10001/2001).

So sind rätselhafte "Forderungen in Euro aus geldpolitischen Operationen an Kreditinstitute im Euro-Währungsgbiet" entstanden. Diese geldpolitischen Operationen sind im Klartext nichts anderes als die Verwandlung von P in C + R unter Verbuchung des nicht von der ZB verbuchbaren P als F.

Damit ist etwas entstanden, das es überhaupt nicht gibt, nämlich ein "Kredit" der ZB an die GBen.

Nehmen wir allein ZB und GBen als Geschäftspartner, dann haben wir beim Start jeglicher "Geldschöpfung":

GBen aktiv: Forderungen ans Publikum (FaP). Passiv: Forderungen des Publikums (FdP). Über die Forderungen sind jeweils Titel ausgestellt (Pfandbriefe, Sparbücher usw.)

ZB: aktiv null. Passiv null.

Die **FaP** werden von der ZB als P akzeptiert. Die ZB könnte genau so gut **FdP** als P akzeptieren, z.B. Sparbücher statt Pfandbriefe.

Das tut sie aus naheliegenden Gründen nicht, abgesehen von den vielen Geschäftspartnern, die sie dann hätte:

Pfandbrief besser besichert;

bei **Bankschuldverschreibungen**, die ZB inzwischen auch akzeptiert ist es schon schwieriger, da ein Banksparbuch rechtlich besser gesichert ist als eine Bankschuldverschreibung;

bei **Staatspapieren**, welche ZB als P akzeptiert noch windiger, da nur durch "Steuermonopol" besichert;

bei **Wechseln**, die früher das Hauptgeschäft der ZB waren - Re-Diskont! - war's wieder besser, da aus einem Wechsel Schuldner und Gläubiger haften und alle, die sonst noch unter- oder quergeschrieben haben).

Bleiben wir jetzt der Einfachheit halber bei der FaP, die "ZB-fähig" ist und ergo von ihr als P reingenommen wird. Im Moment der Hereinnahme rückt sie ZB-Geld heraus (C + R).

Wir haben also dieses Geschäft im Ablauf:

1. Schritt:

GBen:

Aktiv: FaP (wird nach wie vor **dort** verbucht!) **plus** C + R, passiv: FdP, wie bisher schon.

ZB:

Aktiv: FaP jetzt als **F** verbucht, passiv: C + R.

Was hätten wir also?

Erraten! Den so lange vergeblich gesuchten **"Kredit" der ZB** an die GBen, denn deren Aktivseite hat sich unbezweifelbar **verlängert!** Und zwar um C + R.

Das C wurde von den Regensburger Dödeln als in GB-Bilanzen nicht existent betrachtet; so viel Intelligenz wie ein Regensburger Bank-Professor bringt man aber locker auf, indem man beobachtet, dass GBen auch Bargeld in der Kasse halten - eben C.

Aber wer verlangt von einem Bank-Professor schon, dass er je in einer Bank gewesen ist?

Jetzt passiert was?

2. Schritt

Die Banken sind in einer komfortablen Lage. Sie haben nach wie vor P als auch die daraus an sie fließenden Zinsen. P verbuchen sie selbstverständlich aktiv, der Titel P ist nur der Ausdruck für FaP und das Publikum muss selbstverständlich die Forderung bedienen.

Dazu haben die Banken jetzt noch das schöne C + R, das ihnen die ZB spendiert hat, wobei sie an dieser Wohltätigkeit natürlich teilhaben will, weshalb sie einen "Leitzins" ("Leitsatz" - es könnte auch Trallala heißen) verlangt, der, wie oft genug erklärt, nichts anderes ist als eine Steuer (Monopolprämie).

Nun wie die wunderbare Geldvermehrung (Verlängerung der Aktivseite der GBen) neutralisieren? Denn das wäre das Geschäft aller Geschäfte überhaupt, sich netto ZB-Geld beschaffen zu können (zu 3,25 % z.B.), und die Zettel ans Publikum für 10 % oder so als Überziehungskredit o.ä. weiter zu "vermieten".

Nun also zum

3. Schritt:

Bekanntlich ergibt sich der Gewinn in einer Bilanz aus dem Überschuss der Aktiva über die Passiva.

Würden die Banken das C + R als Aktivseitenverlängerung verbuchen können, würden sie das darin ausgedrückte ZB-Geld sofort ans Publikum "vermieten".

Sie hätten dann aktiv: ZaP wie bisher plus neue ZaP (entstanden aus der Vermietung von C + R). Passiv: ZdP wie bisher. Damit hätten sie als Gewinn also: ZaP (alt) plus ZaP (neu) minus ZdP. Das Bankgeschäft wäre die profitabelste Sache der Welt. Was die ZB kann, nämlich Bares "vermieten" könnten die "Mieter" (GBen) noch viel besser.

Die Idealbank wäre eine Banknoten-Weitervermietungsanstalt, die selbst keinerlei Interesse daran haben würde, Bargeld anders als per Rückzahlung von vermieteten Banknoten anzunehmen.

Nun zum **Clou** - nicht dass jetzt jeder ins Bankfach strebt oder Herrn Ackermann seine Bank-Lizenz für die Peanuts abkauft, die sie noch wert ist!

Der Clou ist die Position **1 b)** der Passivseite aller Bankbilanzen. Dort erscheint unter "Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten" die Position "mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist". Aufgegliedert nach "Restlaufzeiten" erscheint dort als fettester Posten "bis 3 Monate". Darunter verstecken sich nicht etwa nur rätselhafte Mega-Positionen der GBanken **untereinander** (die gibt's schon auch).

Sondern auch die durch Vertrag mit der ZB ("geldpolitische Operationen", siehe oben) entstandenen Verpflichtungen der GBen, an die ZB zu den bekannten Terminen just das C + R zurück geben zu müssen (auch wenn es dann sofort wieder prolongierbar ist, die üblichen "Dienstagsgeschäfte", auf die ich schon hingewiesen hatte). Dies ist die Position **F** im Regensburger Beispiel.

Damit ist jegliche Aktiva-Verlängerung der GBen **ohne** gleichzeitige Passivseiten-Verlängerung der GBen unmöglich. Es bleibt somit alles wie es war, weil es so ist:

1. Die ZB vergibt niemals Kredit.

2. Es gibt keinerlei Geld netto. (Scheidemünzen ausgenommen).

3. Alles Geld, was aus der ZB kommt, muss ihr vorher in Form von Titeln (Pfändern) angedient werden (Kurs pari).

4. Ohne private Kredite niemals ZB-Geld. (Wechselt inzwischen - siehe USA - zu: ohne staatliche Kredite niemals Greenbacks).

5. Kredit (Schuld!) immer vor Geld.

6. Geld daher nur als Schuld-Geld definierbar ("Kreditgeld" euphemistisch).

6. Die ZB fälscht eine Pfandverwahrung um in eine Kreditgewährung. Ihre Banknoten sind nichts als PFANDMARKEN. Diese Marken haben die unangenehme Eigenschaft "gesetzliches Zahlungsmittel" zu sein.

Falls es jemand ganz platt und einfach haben möchte:

Ich gebe meinen Mantel an der Garberobe ab. Garderobe gibt mir eine Pfandmarke. Nur (!) mit dieser Pfandmarke kann ich in der Stadt einkaufen, mich besaufen, selbst entlohnt werden.

Nach einiger Zeit muss ich meinen Mantel abholen. Stand groß drann: Schließen um 00.00 Uhr. Komme mit der Marke, die ich beim Tellerwaschen gekriegt habe. Sagt doch die Garderobenfrau: Den Mantel kriegen Sie aber nur gegen zwei Pfandmarken wieder raus. Das haben Sie doch gewusst. Nein. Was tun? Ich bin verzweifelt.

Sagt die Frau: Ach wissen Sie was? Geben Sie mir Ihre Schuhe, dann kriegen sie dafür die zweite Marke und mit beiden Marken kriegen Sie dann wenigstens den Mantel zurück.

7. Der ZB-Satz ist eine Steuer, resultierend aus dem staatlichen Geldmonopol ("gesetzliches Zahlungsmittel").

8. ZB-Steuer nur in ZB-Geld zu entrichten.

9. ZB-Steuer mit Summe des außerhalb ZB befindlichen ZB-Geldes, das seinerseits in Summa pari zurückgereicht werden muss (entsprechend in GBen verbucht), nicht bezahlbar.

10. Ergo Zwang zum permanenten Geschäft der GBen mit ZB.

Dieses ist ein erstaunlich geschickt konstruiertes Perpetuum Mobile zur Staatsfinanzierung also.

Nur läuft es bald nicht mehr. Dass es schon deutlich langsamer geworden ist (ja warum greifen bloß die Geldspritzen der Notenbanken nicht?!), beweist die Gegenwart.

Spätestens bei weltweitem ZB-Satz 0 (null) ist es vorbei. ZB kann dann jeden alles drucken lassen, weil's eh wurscht ist. Banken sind eh pleite, und haben nur noch auf, damit die Kleinen noch erleben dürfen, was das wohl

ist, eine "Bank". Statt kann beteuern, dass jetzt alles, was er schuldet noch viel sicherer sei als je zuvor. Die Bevölkerung wird in den Städten Bambule und auf dem Land überm Rübenacker den Buckel krumm machen.

Und so heiter und so weiter.

Sehr grundsätzliche Antwort - that's all I can say...

Als Antwort auf: Gold / Euro / Dow / Dax - s'wird immer paralleler - die Frage aller Fragen!

Hi,

herzlichen Dank für die Beiträge vorweg. Ich darf die wichtigsten Stichworte herausgreifen und zunächst anmerken:

"Im Kreis" (Heller) - es kommt also nichts dazu. Alle versuchen also offenbar, jeder natürlich aus seiner Sicht, den Status quo zu halten und tanzen dieses Rondo. Stichwort: Bloß nichts mehr verlieren. **Der Kreis wird aber unerbittlich kleiner - Radius schrumpft...**

Ganz klare Ansage von tas: "Fear". Das passt genau. Die Angst ist jetzt: Bloß nicht noch mehr verlieren. Früher (Hausse) war es anders: **Die Angst, nicht so viel zu gewinnen wie die anderen.**

Bei Dieter gefällt mir die Ansage, dass es nicht (mehr) zu "realem Vermögenszuwachs" kommt. Ich meine: **Dazu auch nicht mehr kommen kann, da die addierten Vermögenswerte, um die es letztlich geht, immer weiter schrumpfen.**

Bei pecunia lese ich "Schutz" - das entspricht in etwa der "fear": **Jeder will sich schützen, weil er fürchtet, ohne Schutz zu verlieren oder noch mehr zu verlieren.**

Bär geht von den "Haltern" aus, was darauf hinausläuft, dass jeder versucht, just "das" zu **halten** (= zu haben und ergo möglichst schnell dorthin zu switchen, wo das Halten keinen Verlust (mehr) bringt.

Der kluge EUKLID setzt noch einen Extra-Player aufs Feld, die "Manipulateure". Die manipulieren allerdings nur oder erst, wenn sie befürchten müssen, dass das "Ganze" sonst noch mehr abschmiert. **Dies übrigens sind andere Manipulationsmotive als in der Hausse, als man mit der Manipulation zusätzliches Vermögen zu erhaschen versuchte, während es jetzt nur noch darum geht, zu manipulieren, um die (eigenen oder gesamten) Verlust möglichst niedrig zu halten, ihren Eintritt möglichst lange hinaus zu zögern oder möglichst lange zu verschleiern.**

Aus diesem und eigenen Überlegungen ergibt sich folgendes Bild:

Die Krise der Vermögen ist massiv unterwegs. Während in der Hausse durch Beleihungen (Kredite auf ohnehin permanent steigende Aktiva) zusätzliches "Geld" geschaffen wurde, was die **Hausse** der Aktiva weiter vorantreiben musste, wurde also - platt gesagt - **gekauft ohne dass gleichzeitig verkauft werden musste**. So konnte "alles" steigen und der Wechselkurs war "kaufgetrieben".

Bestes Beispiel immer noch: Die Dollar-Hausse, die nicht etwa eine Euro-Baisse war, sondern der Ausdruck dafür, dass man sich im Euro-Raum (unter Besicherung der im Euro-Raum bestehenden Aktiva bzw. Kredit-Fazilitäten) verschulden konnte, um dann in Dollar, i.e. Dollarwerten zu investieren. Dies hat sich inzwischen gedreht, denn die auf Euro lautenden Kredite müssen zurück und machen den Euro so rätselhaft stark. Der Eur wird also nicht etwa gekauft, um im Euro-Raum im großen Stil (via neue im Dollarraum genommene Kredite) shoppen zu gehen - denn sonst müssten die Euro-Aktiva haussieren, was nun - siehe Dax - überhaupt nicht der Fall ist. Der Euro **muss** vielmehr gekauft werden, um die auf Euro lautenden (alten) Verbindlichkeiten abzulösen.

In der weltweiten **Vermögens-, alias Aktiva-Baisse** ist es genau umgekehrt: **Es muss zuerst verkauft werden, bevor geswicht, also in anderen Aktiva angelegt werden kann.** Die Kurse sind jetzt **"verkaufsgetrieben"**.

Die beim Verkaufen logischerweise erscheinende Liquidität wird dann so schnell wie möglich in "etwas" angelegt, was sich positiv gegenüber dem entwickelt, aus dessen Verkauf sie stammt.

Kurzum: Das ganze Gebilde stellt sich dar als verzweifelter Kampf aller Partizipanten, **nichts (mehr) zu verlieren** (kann natürlich auch gelegentlicher Noch-Gewinn sein, dann allerdings nur für einzelne, niemals mehr für alle!) und nicht etwa **"Tonnen von Geld" (ex allgemeiner Aktiva-Preis- bzw. Kurssteigerung zu gewinnen**. Das haben sich alle längst abgeschminkt, sie geben es bloß noch nicht zu.

Indiz dafür sind die bekannten "Benchmark"-Betrachtungen nach dem Motto: Klar, unser Fonds hat 30 % verloren, aber die Benchmark 35 % - also sind wir große Klasse und Du, Anleger, kannst dich ruhig wieder hinlegen.

Nun gibt es ein einziges "Medium" (Vermögenswert, Aktivum), das keinen lokalen, regionalen, nationalen usw. Markt hat, wie etwa Aktien, Immobilien etc. Und das ist **Gold**.

Dies hat nicht nur die ökonomisch eindeutigen, und ergo rationalen Vorteile passivafrei zu sein und niemals unverkäuflich zu werden oder gar auf Null fallen zu können - im Gegensatz zu allen sonstigen "Vermögenswerten" (siehe mein Generve mit den 42,22), sondern es hat nach wie vor den **Mythos** (siehe Rumpelstilzchens Vortrag), das einzige "Eventualaktivum" zu sein, das existiert.

Dies ergibt sich grundsätzlich aus seiner physischen Konsistenz (alle anderen Aktiva sind Verschleiß oder dem kompletten Untergang bzw. der Nichterfüllung ausgesetzt) und dann vor allem aus seiner "Geschichte". Jeder, der Augen im Kopf hat, kann sehen, dass ein 2500 Jahre altes Goldstück heute noch genau so aussieht wie vor 2500 Jahren.

Somit reift im Gold etwas heran, was sich mehr und mehr von den (albernen) Betrachtungen in Richtung Schmuckindustrie, industrielle Verwendung oder gar "allgemeine Angebotslücke" löst und zu seinem traditionellen Mix aus Mystik und Physik zurück findet, es erscheint als "Alternative" für jene, die ihre Verluste in Grenzen halten wollen, so dass es immer dann angefasst wird, wenn sich bei den verlustgeweihten Aktiva "Schwächen" zeigen - so dass über kurz oder lang das zum Tragen kommen wird, was die bekannten Dow/Gold-Charts aussagen: **Es wird gegenüber den deflations-, also liquiditätsbeschaffungsbedingt fallenden sämtlichen Welt-Aktiva selbst dann triumphieren, wenn sein "Preis" gleich bliebe.**

So synchronisieren sich die Märkte immer deutlicher, wobei wir vermutlich nach Auslaufen der Euro-Hausse (die Positionen sind abgewickelt, wie und wann auch immer) eine direkte Korrelation zwischen Sonstigen Aktiva und Gold ergeben dürfte (weshalb ich überhaupt darauf gekommen bin): Die Sonstigen fallen relativ gegenüber Gold, was wiederum gegenüber den Sonstigen relativ "steigt".

Der POG wird aber genau deshalb nicht gleich bleiben, weil immer mehr versuchen werden, die zur Vermeidung weiterer Verluste ihrer Vermögen erfolgenden Verkäufe vor der Wahl stehen: a) in andere Aktiva außer Gold zu switchen (was ihnen wegen der postwendend dann dort erscheinenden Verlust mehr und mehr vergehen wird, b) Liquidität zu halten (Inflationsrisiko derzeit nahe Null) oder c) in Gold zu gehen.

Die c)-Fraktion nimmt ersichtlich zu und es ist abzuwarten, was also auf kurze, mittlere oder lange Sicht geschieht.

Mein (völlig unverindliches) Szenario:

Kurz (max 1 bis 2 Jahre): Starkes Volatilitätspotenzial, da die "Manipulatuerer" noch nicht aufgegeben haben und der Markt selbst alles andere als "sauber" ist - ganz im Gegensatz zu den späten 70er Jahren. Es wird also kein Zuckerschlecken oder Easy-Going werden. Die Gold 200 könnten durchaus bereits erscheinen.

Mittel (max 1 bis 5 Jahre): Der große Shake-Out der Sonstigen. Da dies in Zwischenphasen und sicherlich "zum Schluss" riesige Löcher, i.e. Liquiditätsbeschaffungsprobleme aufreißen wird, kann dies auch an den "sehr starken Händen" (privaten Goldhaltern) nicht spurlos vorübergehen. Ich darf an die Paralle zum 87er Crash erinnern: Titel runter, Gold gleich hinterher.

Ich setze stark auf dieses Szenario, wie oft genug geschrieben, kann mich aber selbstverständlich irren. Die Wucht eines weltweit kollabierenden Finanzsystems dürfte unsere Vorstellungskraft übersteigen. In diese Phase würde mir Gold 200 am besten zusagen, auch erheblich tiefere POGs halte ich für möglich, EW hin oder her. Ich persönlich halte die EW-Analyse in diesem Punkt für falsch angesetzt. Denn Gold kann m.E. erst einer Zählung unterworfen werden, nachdem es sich auch der letzten Reste seine monetären Daseins entkleidete, denn erst dann konnte die Käufer "in Gold denken", vorher war es umgekehrt: man dachte "aus Gold".

Der POG spielt "als solcher" letztlich nicht die entscheidende Rolle, da es zwangsläufig (siehe oben) gegenüber den Sonstigen relative Stärke haben **muss**.

Die Frage, ob Gold gegenüber Cash (Noten im Safe) gewinnt, weiß ich nicht. Nur das weiß ich: Gegenüber den Sonstigen (und dem allgemeinen "Preisniveau" - administrierte "Inflationen" via Verbrauchsteuererhöhungen usw., die gern und zu Recht als "Gegenargument" gebracht werden, halte ich für nicht entscheidend, da der Spielraum für solche Mätzchen politisch begrenzt ist, siehe BRD MWSt. auf 18%!) **wird Cash King sein, vielleicht auch nur Duke oder Earl, aber auch das sollte reichen.**

Lang (kann natürlich schon früher einsetzen als erst in 5 oder so Jahren): Goldpreisexplosion aus dem sehr einfachen (und noch und noch hier diskutierten) Grund, dass die immensen innen- und außenpolitischen Verwerfungen, welche die **Kernschmelze** des Aktiva- d.h. letztlich Finanzsektors (nur über den Finanzsektor lassen sich Aktiva bekanntlich "auspreisen" - bitte nochmals die Japan-Etude zu lesen, weiter unten) automatisch nach sich ziehen **muss**, dass die "Staaten" im letzten Aufbäumen zum klassischen Ausweg der Notenpresse wählen werden.

The sky is the limit. **Than**.

Und dann beginnt die bange Frage: Wenn sämtliche "Währungen" ausgelaufen sind - was kommt danach?

Das werden wir erst erraten können, wenn es in die Richtung Notenpresse gegangen ist. Auf erste Sicht bestreite ich allerdings, dass die Goldhalter über das Auslaufen der Währungen **hinaus** Gold halten sollten. Die ganze Übung ist m.E. erst dann erfolgreich abgeschlossen, wenn wir wissen, wohin mit dem Gold **dann**.

Die Chancen auf Rückkehr zum Goldstandard oder gar zu einer Metallumlaufwährung halte ich für völlig ausgeschlossen (Irrtum vorbehalten). Meine Begründung ist bekannt: Gold ohne Staat ist als "Privatgeld" schlicht nicht vorstellbar: Es würde unter den Happy Few gehandelt und der riesige Rest der Menschheit würde untergehen. Möglicherweise entstehen allerdings "Warlord"-Strukturen (siehe Antike), was dann wieder den "Kreislauf der Macht" starten würde: Gold als Abgabe (denn ein Mal ausgegeben wäre es ja weg) und als "Zahlungsmittel" zur Sicherung des Machterhalts (Söldner usw.).

Gold mit Staat liefe auf eine Weltzentralregierung hinaus. Von dieser Idee sollten wir uns sofort verabschieden, da wir nach dem unvermeidlichen Zusammenbruch der amerikanischen Weltmacht (obwohl die zäh sind und es dauern kann) wegen **overextension** (Paul Kennedy usw.) eine schnell um sich greifende Parzellierung des Weltgeschehens erleben dürften.

Dixi - it's all I can say.

Bargeld, Bargeldbestand, Bargeldumlauf - hier spricht die EZB:

im MB Januar 2003 lesen wir in einem Aufsatz "Die Bargeldnachfrage im Euro-Währungsgebiet im Zeichen der Euro-Bargeldumstellung" auf S. 47 (Unterstreichungen von mir):

"Der Begriff 'Bargeldumlauf' (im Aufsatz wird auch häufig 'Bargeld' als Synonym (! d.) verwendet) ist enger gefasst als "Banknoten- und Münzumlauf", da er nur den Banknoten- und Münzbestand (! d.) der Nicht-MFIs (Klartext: Nichtbanken, d.) und somit nicht den Kassenbestand (! d.) der MFIs im Eurogebiet umfasst. Der Bargeldumlauf (! d.) ist eine Komponente des weit gefassten Geldmengenaggregats (! d.) M3. Im November 2002 betrug sein Anteil am Gesamtbestand dieser Geldmenge 6 %. Mit Ausnahme der gebietsansässigen MFIs gibt es keine Informationen darüber, wer in welchem Umfang Eurobanknoten und -Münzen hält. Daher umfasst der Bargeldumlauf (! d.) nicht nur die Bargeldbestände (! d.) der Nicht-MFIs im Eurogebiet, sondern auch den Bargeldbestand im Ausland."

Daraus geht klar hervor, dass

1. **nicht** zwischen Menge, Umlauf und Bestand sowie Teilaggregate **unterschieden wird**, dafür aber
2. zwischen Menge und Bestand innerhalb und außerhalb der MFIs und darüber hinaus auch noch zwischen In- und Ausland **durchaus unterschieden wird**.

Zwischen den MFIs kann "Bargeld" auch gar nicht "umlaufen", da keine Bank 1 Mio Euro schickt, um von der anderen Bank mit 1 Mio Euro wieder zurück zu kehren, weshalb sich schon von daher die Vorstellung eines "Geldumlaufs" verbietet.

An Bargeld können Banken nur kommen, indem sie es sich bei der jeweiligen ZB beschaffen. Dies wiederum geht - wie x-mal erklärt - nur gegen den bekannten Prozess der Hinterlegung (Verpfändung) von Schuldtiteln, was bedeutet: Ohne Kredite (im Schuldtiteln verbriefte) kann es nie und nimmer Bargeld geben.

Für die Hergabe von Bargeld verlangt die ZB die bekannten Sätze, die niemals ein Zins sind, da eine ZB niemals Kredit geben kann, sondern eine **Steuer** (Monopolprämie).

Gibt eine Bank, und anders kann Bargeld nicht von der Bank ins Publikum kommen, Bargeld ans Publikum, dann geschieht dies ausschließlich auf dem Weg über einen Kredit. Dieser Kredit hat nichts mit dem Kredittitel zu tun, gegen den die Bank sich ihrerseits Bargeld von der ZB beschafft hat, was im Klartext - ebenfalls x-mal erläutert - bedeutet, dass mit der Bargeldsumme **niemals** die Kreditsumme abgelöst werden kann, gegen die das Bargeld erschienen ist.

Das schöne Phänomen "Geldmengenaggregat" kann wiederum nicht aus einer Addition von Mengen bestehen, sondern ausschließlich aus einer Addition von **Summen**.

Da das Bargeld Teil einer Geldsumme ist, kann Bargeld nicht aus einer "Menge", sondern nur aus einer Summe bestehen. Da **Summen** - im Gegensatz zu **Mengen** - nicht "umlaufen" können, ist die Vorstellung eines Geldmengenumlaufs schlicht und einfach dummes Zeug.

Jeder Geldsumme steht im gesamten System (ZB, MFIs, Publikum) immer eine gleich hohe andere Geldsumme gegenüber: einmal ist sie aktiv vorhanden (egal ob verbucht oder nicht), das andere Mal passiv.

Das Publikum führt keine Bücher, wodurch bei kleinen Kindern der Eindruck entsteht, als habe das Publikum "sein Geld" (Banknoten usw.) "netto aktiv", also ohne dass dieses "Geld" gleichzeitig woanders **passiv** verbucht wäre.

Kleine Kinder denken also: Toll, da gibt es etwas "als solches", nämlich Geld, und glauben, da Geld in Form von Geldscheinen (Banknoten), und somit "physisch" existiert, es sei eine "Menge" (ein "Haufen Geld").

Dies ist aber nichts als illusionäres Denken. Denn jede Verfügung über "Geld", das jemand aktiv hat (verbucht oder nicht) ist nichts anderes als die **Zession** einer Forderung durch den jeweiligen Geld-Gläubiger, bei welcher der Geld-Schuldner der selbe bleibt.

Gläubiger können ihr Guthaben, das nur als **Summe** und niemals als Menge definierbar ist, jederzeit zedieren. Den entsprechenden Vorgang als "Umlauf" zu bezeichnen, und dabei die Vorstellung zu haben oder zu erwecken, da "liefere" etwas um, so wie bei Kinder- oder Mau-Mau-Spielen Murmeln oder Karten von einem zum anderen "wandern", gehört in den Kindergarten oder in feuchtfröhliche Familienabende.

Mit der ökonomischen Realität, in der wir leben, hat das absolut nichts zu tun.

Desungeachtet wäre der sog. "Bargeldanteil" am "Gesamtbestand der Geldmenge" von 6 % (EZB) ein Anlass für Bargeld-Fetischisten, sich ernsthaftere Gedanken zu machen darüber, was es mit dem "Bargeld" wohl auf sich hat.

On Top kommt noch der "Bargeldumlauf in Relation zum privaten Verbrauch", über den uns die EZB ebenfalls unterrichtet:

Er ist im Euro-Währungsgebiet zwischen 1980 und 2001 von 10,0 auf 8,0 % gesunken. Was ebenfalls verdeutlicht, dass von einem nennenswerten "Umlauf" des Bargeldes in Bezug auf private Verbrauchsausgaben (in Summe, logisch) keinerlei Rede sein kann!

Auch von dieser Ecke aus betrachtet, spielt "Bargeld" nirgends eine signifikante Rolle (in Frankreich haben wir 4,8, in Finnland nur 3,9 %!), weshalb sich sämtliche Überlegungen, mit dem "Bargeld" zu operieren oder dort als "Tauschmittel" oder Ähnlichem anzusetzen (Tauschgeld, Freigeld, Wära usw.) als **Heilslehren** ohne jede Bedeutung entpuppen.

Die heutigen Probleme haben absolut nichts mit "Bargeld" zu tun, sondern ausschließlich mit **Kredit**.

Die weltweite Überschuldungskrise, resultierend aus niemals mehr erfüllbaren Krediten, die stracks in die deflationäre Depression führt, ist mit keinem wie auch immer konstruierten Bargeld-"Trick" zu beseitigen. Wer dies glaubt, schaut in die völlig falsche Richtung und verschwendet seine Zeit und die aller anderen auch.

Der "Wert" des gesetzlichen Zahlungsmittels

Liebe Freunde,

ich kann das alles gut verstehen, mit dem Fiat Money und dem Betrug des Staates und der Hyperinflation und dem Gold und Silber "inne wohnenden" Wert.

Der Hass auf Knapp und die "Bibliotheken", die gegen ihn geschrieben wurden, ist mir auch geläufig. Jedem braven und fleißigen Menschen stellen sich die Zehennägel auf, wenn er das alles sieht, was die Chartalisten angerichtet haben.

Nun aber schön ruhig bleiben und nicht nervös werden. Wir wollen uns GZ noch ein Mal anschauen.

Es ist nicht das "Zahlungsmittel", das freie Menschen in freien Kontrakten untereinander vereinbaren können, sondern das, was sie vereinbaren müssen.

Da dies der Staat vorschreibt, muss es einen Grund dafür geben. Und der ist schlicht und einfach: Der Staat braucht Abgaben und die muss er in etwas "bezeichnen".

Zuerst hat er Abgaben in Naturalien gefordert, dann in Metall, schließlich in Papier. Bei Naturalien kann man sich noch vorstellen, dass sie zu etwas taugen: man kann davon leben. Bei Metall ist es schon schwieriger, da es bei Metall letztlich auf ein Mittel hinausläuft, das direkt zu Machtgewinn und Machterhalt einzusetzen ist (direkte Verwendung, daher frühe Kupfersteuern, siehe noch meinen Schwedenbeitrag oder indirekte Verwendung, z.B. als einfach zu transportierendes Mittel, um damit Truppen und Söldner anzuwerben und zu bezahlen; dazu gibt es sehr große Literatur, bei Popeye falls gewünscht abzurufen, ich habe das alles mit Interesse gelesen und mir auch eigene Gedanken dazu gemacht).

Schließlich sind wir bei Papier, das nun wirklich nichts mehr mit dem wirklichen Leben zu tun hat, im Sinne von: Essen oder als mit einem "intrinsic value" mit nach Hause nehmen.

Dass Papier buchstäblich wertlos ist, muss nicht ernsthaft diskutiert werden. Wir dürfen GZ auch nicht mit Zahlungsverprechen verwechseln, die ihrerseits auf Papier geschrieben sind; das sind Urkunden (früher Ton, Wachstafeln, Leder), die ihren Weg gehen: Entweder sie werden, wie "verbriefte" erfüllt oder es kommt zu Prozess und Vollstreckung in das, was die Urkunde als Vollstreckungsmöglichkeit beurkundet.

Das hat auch nichts damit zu tun, dass GZ heute gegen solche Urkunden herauskommt, also gegen Zahlungsverprechen, da wir ganz genau wissen, dass diese Zahlungen, soweit es sich um solche des Staates handelt, niemals geleistet werden können, da nicht der Staat leistet, der nie leistet, sondern seine Bürger. Und die werden das nicht leisten können, was da so alles in Staatspapieren als Vorgriff auf künftige Steuereinnahmen "verbrieft" ist.

Warum hat also GZ einen "Wert" und was mag dieser Wert sein?

Die Antwort ergibt sich aus der Tatsache, dass einzig und allein mit GZ Steuern bezahlt werden können und müssen, wobei der "Wert" von GZ nicht etwa der künftiger, also niemals eintreffender Steuerzahlungen und entsprechend vorangegangener oder nicht vorangegangener Leistungen der Bürger ist, sondern der Wert von GZ ergibt sich ganz einfach aus dem, was passiert (also geleistet werden muss), wenn es, obwohl als Steuerzahlung fällig und ergo vollstreckbar, nicht geleistet wird.

Das GZ hat also nur den Wert, der der Strafe entspricht, die der Staat lt. Gesetz verlangen und verhängen kann, wenn GZ nicht zum geforderten Termin bei ihm und in seiner Kasse erscheint.

Der "Wert" von GZ ist also ganz präzise der Wert dessen, was zu leisten ist, wenn es in Form von fälligen Abgaben an den Staat nicht dort, an den öffentlichen Kassen also ankommt, und entsprechende Aktionen (Sanktionen!) des Staates auslöst.

Den "Wert" von GZ, in welcher Form es auch immer auftritt (es könnten auch gepresste Veilchen sein), ergibt sich nicht aus dem "Wert" des Stoffes, aus dem die Abgabe geleistet werden muss, sondern einzig und allein aus der Sanktion (Menge, "Bewertung", usw.), die der Staat verhängen kann (aufgrund seines Macht- und Abgabenmonopols), wenn er nicht termingemäß bedient wird.

Wären ab Morgen Steuerhinterziehungen oder -verweigerungen straffrei, würde der Wert des GZ (Euro) sofort auf Null fallen. Denn wozu braucht jemand GZ, wenn es nicht für Zahlungen an den Staat erforderlich ist und diese Zahlungen in Wegfall kommen?

Den "Wert" von GZ bestimmt also einzig und allein der Staat und dies nicht über die Stofflichkeit des GZs, sondern über die Strafe, die er verhängt, falls jemand, der GZ als Abgabe (und GZ ist nur als Abgabensinstrument definierbar und sonst überhaupt nicht) nicht leistet.

Der Wert der Euros, Dollar, Swissfrancs, die wir in der Tasche haben ist auf den ersten Blick selbstverständlich Null. Auf den zweiten Blick, und um den allein geht es, ist der Wert all dieser schönen Erscheinungen der, der sich aus der Strafe dafür ergibt, dass man sie nicht zum festgesetzten Termin an den Staat leisten können.

Der Euro usw., "gedeckt" durch Staatspapiere, hat auch nicht den Wert etwaiger künftiger Steuerzahlungen, für die er sozusagen eine "vorgezogene Quittung" (oder "Forderung auf...") wäre, also einen Wert "aus sich heraus", sondern einzig und allein den Wert, der sich ergibt, wenn er nicht zum gesetzlich vorschriebenen Termin an die Staatskasse geht, woraufhin dann der Staat seine Kasse mit "anderem" auffüllt, nämlich der Strafe (Einzug von Gütern, Waren, Eigentum, usw.), die den nicht GZ an ihn abliefernden Staatsbürger (Steuerpflichtigen) trifft, weil er GZ nicht beim Staat abgeliefert hat.

Geld (= gült = Abgabenschuld) ist immer nur definierbar als Abgabe an den Staat, eben als GZ. Was die Menschen "an sich" oder "sonst" oder "ohne Staat" treiben würden, hat mit Geld nicht das Geringste zu tun.

Ich hoffe inständig, dass der Staat nicht auch noch auf die Idee kommt, wieder Waren als Abgaben abzufordern (Naturalien, Metall). Das wäre noch viel Schlimmer als das, was wir heute haben. Naturalien- oder Metall-Geld würde bedeuten, dass jeder diese beschaffen muss, was in der Geschichte ununterbrochen zu beobachten war.

Der heutige Staat hat nur noch Anspruch auf sein GZ. Und das ist auch gut so. Das wird ihm immer mehr fehlen, egal wie viel er davon in den heutigen ZB-Systemen "produziert". Es nutzt ihm nichts, da er sich immer erst verschulden muss, bevor er zum Inkasso schreiten kann. Der Staat wird sich immer zuerst verschulden müssen, bevor er seine ZB "Geld" - eben GZ - produzieren kann.

Das Problem der Inflation und Hyperinflation besteht darin, dass der Staat zu wenig und nicht etwa zu viel absteuert. So bekommen frühere GZs ein Disagio gegenüber späteren. Es wird ja nicht das "neue Geld" wertlos, sondern das "alte", also bereits als GZ vorhandene.

Nicht ist leichter, als den Punkt zu erwischen, wo der Staat aufgibt und sich GZ direkt bei der ZB beschafft. Dies ist heute nicht mehr möglich (Änderungen vorbehalten und, sobald sie bekannt werden, ist es SOFORT aus, weil dann jeder darauf wartet, mit möglichst allerneuesten, also mit maximalen Disagio versehenen GZ seine Abgaben zu leisten).

Das Problem der Inflation und Hyperinflation ist also einzig und allein diesen Zeitpunkt abzufassen. Bis der Punkt kommt, kann - vice versa - nur eins richtig sein:

GZ bunkern, bis es einem schwarz vor Augen wird.

Alle "ehrlichen Menschen" und alle "Warengeldfreaks" sind auf dem völlig falschen Dampfer. Sie setzen nämlich schon etwas voraus, was es noch nicht gibt, nämlich die Aufgabe des Staates als Institution. Das werden sie leider bereuen. Im Leben zählt nur eins: Sich voll auf den Staat und seine Abgaben- und Sanktionsmaschinerie zu konzentrieren.

Dazu muss man zynisch sein und völlig ruhig bleiben.

Eine Formalie und eine Frage zur "Bankrott-Formel"

Hier wurde kürzlich die Formel reingestellt, nach welcher Zeit zwei exponentielle Prozesse (mit unterschiedlichen Anfangswerten und Steigerungsraten) einen Gleichstand erreichen. Soweit klar. BIP ist aber eine Stromgröße, und Schuldenstand ist eine Bestandsgröße.

Hi Thomas,

ob Strom oder Bestand spielt keine Rolle, da es auf den jeweiligen Zuwachs ankommt. Wächst also die Staatsverschuldung (= Zuwachs in %) schneller als das BIP (= Zuwachs in %) muss es zum Staatsbankrott kommen, da sich der Staat nicht zu mehr als 100 % des BIPs per Steuern auf das BIP bedienen kann, um die gleichzeitig fälligen Zinsen aus der bereits existenten Staatsverschuldung zu bedienen, was bedeutet: er kann nicht mehr als sämtliche Einkommen zu 100 % besteuern.

Wollte der Staat dann nicht mehr die Stromgröße BIP besteuern, sondern auch die Privatvermögen der Bürger an sich ziehen (Besteuerung der Bestandsgröße "Volksvermögen" ohne Staatsvermögen) muss der das Privatvermögen konfiszieren. Er kann es dann aber nicht vermarkten, da die Bürger, die ihr sämtliches Einkommen zu 100 % an den Staat abgeliefert haben, kein Einkommen mehr haben, um aus diesem das jetzt beim Staat liegende Vermögen diesem abzukaufen, damit der Staat wiederum Käuferlöhne erhält, mit denen er die Zinsen auf seine Staatsschuld bezahlen könnte.

Es muss immer erst BIP entstehen, bevor es besteuert werden kann, da das BIP die Besteuerungsbasis ist (Objektsteuern wie Grund und Boden bzw. Vermögen ausgenommen). Da BIP seinerseits aber erst entstehen kann, nachdem es den Staat gibt, der das Eigentum sichert (Kapital, Volksvermögen) und der die Kontrakte erfüllbar macht bzw. Vollstreckung in Schuldner bei nicht erfüllten Kontrakten ermöglicht, ist der Staat immer zur Vorfinanzierung seiner eigenen Aktivitäten gezwungen, bevor es zu Aktivitäten innerhalb der von ihm regierten Volkswirtschaft kommen kann (vgl. Murray/Nagel, The Myth of Ownership u.a.). Deshalb ist jeder Staat in einem Kredit- und Kreditgeldsystem zum Untergang verurteilt.

Im Metallgeldstandard war dies anders, da der Staat selbst die "Ware Geld" produzieren konnte (Bergbauregal) bzw. die Privaten dieses Warengeld produzieren konnten, wobei der Staat im Idealfall von den Einnahmen aus seinem Geldmonopol leben konnte (Nominal bzgl. Herstell- oder Ankaufskosten), ohne sich verschulden zu müssen.

Ohne erfüllte Kontrakte, z.B. Kaufkontrakte ist BIP nicht messbar. Ins BIP gehen zwar gefertigte, aber noch nicht vermarktete Größen ein, die aber vor ihrer Produktion bereits Kontrakte beinhalten, z.B. Lohn- oder Lieferantenzahlungen.

Nehmen wir an, im BIP wurden sich nur produzierte, aber nicht vermarktete und deshalb auch nicht verkonsumierte Größen addieren, würden z.B. sämtliche Verbrauchsteuern (MWSt., Mineralölsteuer, Tabaksteuer usw.) schlagartig wegfallen, was die Bedienung der Staatsschulden per se unmöglich machen würde.

Die Bestandsgröße "Staatsschulden" selbst sagt nichts aus, da hast Du völlig Recht. Es kommt einmal darauf an, ob die Staatsschulden ein Rückzahlungsdatum tragen (dann muss, sofern nicht aufgeschuldet wird, Zahlung durch Entnahme aus der Stromgröße BIP erfolgen). Zum zweiten kommt es auf die Zinszahlungen an, für die das Gleich gilt.

Würden Morgen sämtliche Staatsschulden rückzahlungsfrei **und** unverzinslich gestellt, wären die Staatstitel sofort ohne Kurs (fallen auf Null) und das, was die Käufer von Staatspapieren dem Staat aus ihrem laufenden Einkommen (Stromgröße BIP) genommen (statt es verkonsumiert) zu haben, wäre eine nachträglich erhobene Steuer in Höhe der Staatsverschuldung.

Woraus folgt, dass jeder Staatsbankrott nichts anderes ist als eine Ex-Post-Steuer in Höhe von 100 % (der Summe der aufgelaufenen Staatsschuld) auf die Zeichner bzw. jeweiligen Halter dieser Titel.

Dieser Staatsbankrott läuft bereits, wie allenthalben zu beobachten, als **Teil-Staatsbankrott** in den Bereichen, wo der Staat seine von ihm eingegangenen Verpflichtungen nicht zu voll erfüllt: Die Besteuerung von "Kapitaleinkünften" aus Staatsanleihen gehört hierher, die Besteuerung von Beamtengehältern, die Kürzungen der Altersrenten (erst brutto-, dann netto-lohnbezogen), die Verschiebung der Auszahlung von Altersrenten (siehe laufende Debatten), die Zusammenlegung von Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe, usw.

Der Staat wird im Laufe dieses Prozesses seine gesetzlichen Leistungen immer stärker kürzen und auch jene Leistungen, die von ihm "erwartet" werden (Straßenbau, Ausgaben für Bildung, für äußere und innere Sicherheit

usw.), und seine Zahlungen am Ende gänzlich einstellen, da er sich aus dem laufenden BIP nicht mehr in dem Maße, das dazu erforderlich wäre, bedienen kann.

Den Prozess der allgemeinen "Wachstumsschwäche" (bis hin zu Rezession und Depression) beschleunigt die steigende Höhe der Staatsverschuldung, da die Zeichner von Staatspapieren damit Staatskonsum ermöglichen (der Staat bildet keine Wertberichtigungen auf seine Investitionen, die er durch entsprechend höhere Steuereinnahmen in "Vorhalte" nehmen müsse, siehe frühere Debatten), eine Wirtschaft aber niemals durch Konsum, sondern nur über private Investitionen "wachsen" kann. Auf "höhere Wachstumsraten" zu warten ist ebenso müßig wie darauf, dass der Staat das Problem seiner Verschuldung noch einmal in den Griff bekommen könnte.

Der Staat, der Finanzschulden hat, aber selbst nichts leistet, um diese Finanzschulden bedienbar zu halten, indem er in Konkurrenz zur Privatwirtschaft und nach den Regeln der Bilanzierung (und nicht Kameralistik, also einer einfachen Einnahmen-Ausgaben-Rechnung) seine Produktion vermarktet, ist dem finanziellen Untergang geweiht.

Die "Bankrottformel" gilt nicht nur für den Staat, sondern für jeden Privatbetrieb genauso: Steigen die Schulden (Bestand) schneller als der Umsatz (Strom) geht der Betrieb in berechenbar endlicher Zeit in Konkurs, da er zum Schluss seinen gesamten "Flow" ("Cash-flow"), also das, was laufend ihm zufließt benötigt, um die aus seinem Bestand (Schulden) zum Abfluss (Flow hier: Zinsen, Tilgung) erforderlichen Flow-Summen zu bewältigen.

Wäre es anders, würden Schulden niemals und nirgends eine Rolle spielen. Dann müssten sie jedoch ohne Termin (weder Zinsen noch Tilgung) auf die Welt kommen. Es wären dann keine Schulden, sondern Geschenke.

*Gleichstand kann es hier schon wegen der "Einheiten" gar nicht geben, sowenig wie Strecken und Geschwindigkeiten verglichen werden können.
Es wird erst ein Schuh draus, wenn die jährliche Netto-NEUVERSCHULDUNG zum BIP in Relation gesetzt wird. Oder?*

Das kann man selbstverständlich auch so rechnen. Aus der Netto-Neuverschuldung ergibt sich logischerweise aber eine Erhöhung des Schuldenstandes insgesamt. Es kommt also nur auf die Zuwachsraten ab, lt. "Formel" eben auf w bzw. z .

Gilt z w führt kein Weg am Bankrott vorbei. Da seit Einführung des Kreditgeldsystems und bei (siehe oben) der Tatsache, dass sich der Staat erst finanzieren muss, **bevor** es zur Erstellung von BIP durch die Wirtschaft kommen kann und das BIP in dem Kreditderivat GZ gemessen wird (und nicht in real produzierten Einheiten wie z.B. beim Metallgeldstandard) ist ein w z (z der Staatsschulden) denkunmöglich.

Dies belegt die historische Erfahrung zur Genüge: Die Staatsverschuldung und die Staatsquote (diese sogar ohne die Staatsverschuldung, die dazu gerechnet werden müsste, da sie aus vertragten Abgaben an den Staat, also einem Teil der Staatsquote besteht) ist ununterbrochen gestiegen. Sowohl absolut als auch relativ zum privaten Sektor.

Der Staat ist aufgrund seines Trippel-Monopols (Macht, Abgaben, Geld) ein Gebilde, das zunächst das arbeitsteilige Wirtschaften erzwingt, da er nicht freiwillig geleistete Abgaben erzwingt und der dann über den Vorgriff auf diese Abgaben (Staatsverschuldung) das Wirtschaften und damit seine Besteuerungsbasis selbst wieder abwürgt.

Außerdem erkenne ich hier nicht den Zusammenhang zum Staatsbankrott. Müsste die Frage nicht eher lauten, wann die Staatsquote 100% erreicht? Dafür müssten die exponentiellen Prozesse "BIP" und "öffentlicher Haushalt" in Relation gesetzt werden, dann wäre es für mich plausibel.

Völlig richtig. Im Laufe dieses Prozesses kommt es bei Zunahme der "Staatsquote" von ca. 1,3 % etwa im Jahr 2050 zu einer Staatsquote von 100 %. Würde dann noch produziert, würde ausschließlich für den Staat produziert und wir hätten ein System der vollsozialistischen Zwangsarbeit.

Geldmenge" wird per se falsch berechnet

In der Tat ist es klar (und bekannt), dass eine Inflation nicht zwangsläufig auf eine Geldmengenausweitung folgt, solange letztere durch tatsächliche Wertschoepfung 1:1 begleitet wird.

Hi,

gekauft wird immer nur auf Kredit. Mit Geld wird der Kredit abgelöst. Das muss man nur gedanklich "entzerren", dann haut's schon hin.

Über die Preise (ergo Inflation hier) entscheidet nicht das "vorhandene" Geld, denn das dient nur dazu um bereits bestehende **Kredite** abzulösen. Entscheidend ist und bleibt die Kreditsmme bzw. deren Entwicklung.

Mir scheint der Einwand Niquets durchaus berechtigt zu sein, wenn auch nicht neu.

Ja der erste Teil ist olle Kamelle.

Allerdings nur solange die Geldmengenausweitung auf Schuldner zurueckgeht, die auch tatsaechlich zur Leistung faehig (und willens) sind.

Dann ist es eben keine Geldmengen-, sondern eine **Kreditsummenausweitung** (Du sprichst selbst von Schuldner). Die Leistungsfähigkeit des Schuldners besteht darin, mit GZ leisten zu können und zwar **immer** erst **nach** dem Kaufkontrakt (entweder sofort oder eben nach Jahren).

Ist das bei der Notenbank beliebene Aktivum hingegen ein Regierungspapier, staatlich Garantie oder ein hoffnungslos ueberbewerteter Titel (Bankforderung an AOL-Time Warner),

AOL-Papiere sind nicht ZB-fähig.

dann ist der Effekt ebendar justament, als haette die Notenbank zusaetzliches Geld mit dem Hubschrauber abgeworfen.

Ja, aber es muss zurückgezahlt werden. In der Hyperinflation von 1923 lag der Stand der Staatsschulden, die in der ZB gelandet waren (im Gegenzug gab's zuletzt noch einseitig bedruckte Minischeine) am Ende am höchsten (RB-Bilanz 1 106992 603 Billionen M). Hätte der Staat dies zurückgezahlt, hätte es eine entsprechende **Steuer** erheben müssen (die Scheine dann zurück in die RB) und es wäre wieder das Preisniveau von früher gekommen.

Ein Realgut, dass dem Geld entgegenstehen koennte, wird im Anschluss an die Geldmengenausweitung hierbei im zweiten Schritt nicht produziert.

Die "Geldmenge" besteht - außer aus ZB-Geld - zu mehr als 97 % aus Krediten (spätere Fälligkeit), was Obiges unterstreicht. Wenn von "Geldmenge" die Rede ist, handelt es sich um **Kreditsummen**.

Als Witz kommt noch dazu: Die "Geldmenge" wird **falsch berechnet**, weil die in der ZB liegenden Titel (gegen die ZB-Geld herauskommt) in M3 nochmals erscheinen, da niemand weiß, welche Titel (z.B. Bankobligationen) in der ZB liegen.

Käse also.

Auch wird ein solcher Kredit nie durch Leistung getilgt, sondern auf diverse Art 'umgeschuldet', d.h. aufgebucht. Die entstandene Geldmenge bleibt also ohne Deckung in der Welt.

Die "Geldmenge" ist eine Kreditsumme. Ob die Kredite durch am Markt realisiertes BIP **später einmal** erfüllt werden ("**dann**" gedeckt" sind), ist offen.

Dieser Passus von Niquet ist Unsinn:

"Die Quantitätsgleichung stimmt freilich trotzdem immer, schließlich ist sie eine Tautologie, die nicht mehr aussagt als dass alles, was physisch verkauft wird, auch mit Geld bezahlt werden muss."

Der Preis wird beim Verkauf (Kaufkontrakt) gemacht, ob er später (und sei das "Später" Sekunden) erfüllt wird - wer weiß?

"Das ist richtig, aber auch unendlich trivial. Ist viel Geld da und wird wenig gekauft, dann reduziert sich die Umlaufgeschwindigkeit des Geldes."

Ds ist ganz falsch, da Geld und Kauf nichts miteinander zu tun haben. Es kann heute 1000 Geld geben und 100000 auf Kredit gekauft werden - ohne dass sich ein Geldschein bewegt. Umlaufgeschwindigkeit des Geldes = Null. Umgekehrt kann mit 1000 Geld (in hintereinander liegenden Geschäften z.B.) 100000 gekauft werden (also sofortige Bezahlung). Umlaufgeschwindigkeit = 100.

"Und steigen die Umsätze an, dann erhöhen sich die Preise nur dann, wenn realwirtschaftlich einiges darauf hindeutet, was derzeit jedoch keineswegs der Fall ist. Ansonsten erhöht sich schlicht und einfach nur die Geschwindigkeit, mit der das Geld in der Wirtschaft umläuft."

Die Umsätze haben mit Geld absolut nichts zu tun und ergo auch nichts mit der Umlaufgeschwindigkeit.

Stell Dir vor, alle Deutschen versuchen, sich Morgen ein Cabrio zu kaufen, Preise steigen wie irre, da zu wenig erhältlich - Summe sagen wir dennoch 500 Mio €. Und alle kaufen die Cabrios auf Pump, den Kredit räumen die Verkäufer ein, Zahlungsziel 3 Monate...

Geldumlaufgeschwindigkeit = Null.

Bargeld / Buchgeld / Banknoten usw.

Sind Geldnoten und Buchgeld dann zwei grundverschiedene Dinge ?

Ja. Noten haben, sofern in deiner Hand keine Fälligkeit. Wer sollte sie von Dir aufgrund welchen Kontraktes abfordern können?

Buchgeld ist täglich fällig. Das hast Du mit Deiner Bank bzw. Deine Bank mit Dir **vertraglich** (und also vollstreckbar) vereinbart.

Geldnoten sind nicht eingetriebene Steuerforderungen oder anderst gesagt Staatsverschuldung, richtig ?

Beides (sehr gut beobachtet). Ihr "Wert" hängt ausschließlich davon ab, sie **nicht zu haben** (Wert = entspricht der dann gegen Dich verhängten Sanktion) und nicht etwa, sie **zu haben**.

Sie sind zugleich Staatsverschuldung, da sie einen Vorgriff auf Staatseinnahmen, siehe eben (Sanktion macht deren "Wert" aus), darstellen.

Entfällt entweder die Abgabe insgesamt oder wird die Rückzahlung von Vorgriffen auf die Abgaben gestrichen, enden die Geldnoten im "Wert" bei Null.

Noten werden bei den meisten ZBs gegen Verpfändung von Staatspapieren ausgegeben und **müssen** spätestens einen Tag vor Fälligkeit der Titel wieder ausgelöst werden.

Würden sie nicht wieder ausgelöst (Banken, die eingereicht hatten, in Konkurs, da in Noten gesehen illiquide) geht die Notenbank ebenfalls in Konkurs (Aktivseite ist weg) und ihre Noten sind wenig später ebenfalls wertlos.

Deshalb sind die Notenbanken so scharf darauf, keine Bankpleiten mehr "zuzulassen" - weil sie nämlich dann selbst pleite wären (Insolvenz wg. Überschuldung). Und ihre "Geldnoten" Toilettenpapier oder Kellerbar-Tapeziermaterial.

Buchgeld hat aber mit dem Staat nichts zu tun, ist aber gleich viel wert.

Nein. Buchgeld ist ohne Noten, die **zediert**, also bei einer Bank eingereicht werden, nicht vorstellbar. Ganz konkret hat die **Note immer ein Aufgeld gegenüber der Buchgeldforderung**. Sonst müssten nicht Banken den Tagesgeldsatz bezahlen, um an Noten zu kommen bzw. die ZB-Steuer ("Leitzins") - weshalb auch beides immer zusammenhängt.

Die Banknote "verdient" ihr Geld nur nicht selbst. Dazu muss sie schon den Tag über "angelegt" werden, dann ist ihr Kurs just das, was Tagesgeld : 360/365 ausmacht.

Könnte man das Buchgeld auch mit Punkten ersetzen, Europäische Punkte, Schweizer Punkte, Amerikanische Punkte....

Leider nein. Es kann niemals "als solches" existieren, da sie ein **Nominal** haben ("Summe in....") und ergo Banknoten voraussetzen. Das Nominal erscheint nur auf Banknoten. Banknoten "ohne Nominal" sind kompletter Nonsense (siehe diverse Geld-Heilslehren). Es muss ein Nominal darauf stehen (selbst wenn es "1 Schein" hieße), denn sonst ließe sich niemals eine **Forderung** darauf aufbauen (Schuldrecht). Es wäre dann nur möglich jeweils eine Sache zu fordern (Sachenrecht), die kann jedoch niemand fordern, wenn er sie nicht vorher verliehen hat. Deshalb sind vermietete (rückforderbare) Sachen niemals zu aktivieren (Besitz kann nicht in der Bilanz erscheinen) und niemals zu passivieren - als **Sachen**, sondern immer nur zum Nominal.

Notenbankgeld erhält somit seinen Wert durch die Steuerabgabepflicht.

Ja. Perfekt erkannt. Ohne Steuern, die auf Notenbankgeld (= GZ) lauten, sind alle "Notenbanknoten" genau das wert, was sie wert sind: Papier.

Muss Notenbankgeld und Buchgeld zu einem festen Satz austauschbar bleiben.

Den Satz gibt es als "fest" nicht.

Beispiel: Du hast 1 Mio. € in Noten. Die gibst Du morgens (0 h) zur Bank und sagst, abends bitte in Cash zurück (24 h). Dann haben Deine Noten dadurch, dass sie zu Guthaben werden (vor Dir aus gesehen) und zu **über den Tag hin** verfügbaren täglichen Fälligkeiten der Bank werden (Schulden von ihr aus, aber während der 24 Stunden ein Aktivum, über das sie nach Herzenslust verfügen können), ein Aufgeld, nämlich just den jeweils geltenden (am Markt erzielten) Geldmarktsatz, geteilt durch 365 (oder 360 - je nach Usancen).

Könnte man nicht das Notenbankgeld gegenüber dem Buchgeld aufwerten und so den Staat entschulden ?

Der Staat hat doch selbst nichts. Hätte er, sagen wir 10 Billionen € in Cash, dann könnte er die 10 Bios am Geldmarkt anlegen, sagen wir zu 3,6 %, macht 360 Mrd geteilt durch 360 Zinstage = 1 Mrd. Damit wäre der "Tagesbedarf" zumindest des Bundes gedeckt. (Nur den Geldmarkt gibt's sowieso nicht).

In Cash schon gar nicht.

Eine lustige Geschichte, aber vielleicht hab ich von deinen Ausführungen auch überhaupt nichts verstanden.

Im Gegenteil, das haut schon hin. Je "ungewöhnlicher" die Fragen, desto deutlicher wird, dass jemand bestens in die Materie steigt.

Je mehr Geld, desto weniger wird gekauft. Japan hat's eben drauf!

*Nur schade, dass eben keiner fragt, wo das ganze Geld hin ist, das weder als Kredit noch als Kaufkraft zur Verfügung steht - aber immer noch da ist...
Doch, ich frag mal.*

Hi Silberfuchs,

alles "Geld" im Kreditgeldsystem **hat bereits gekauft**. Es ist nur noch "vorhanden", weil es den Kredit, der die Waren gekauft hatte, ablösen muss.

Vereinfachtes Beispiel: Kaufe mir Ferrari zu 500.000 €. Händler hatte die Karre gegen Wechsel aus Modena bezogen. Händler-Wechsel nicht ZB-fähig.

Auch ich bezahle mit einem Wechsel. Mein Wechsel - o ja! - ZB-fähig. Wechsel geht in die ZB. Dagegen kommt ZB-Geld ("Geldmenge").

Das Geld ist jetzt "da". Nur: Wer kann mit dem Geld etwas "kaufen"?

Das Geld geht an Händler. Er hat jetzt das "Geld". Was kann er sich damit "kaufen"? Er muss das Geld in Modena abliefern.

Und ich bin das gleiche Geld aus dem Wechsel immer noch schuldig.

Also kreuze ich in Modena auf. Warum? Weil mir Modena noch für die schöne PR-Broschüre "Ferrari forever", die die Jungs mir vor zwei Monaten schon abgekauft hatten, 500 Mille schuldig sind. Gegen einen Wechsel (der nicht ZB-fähig ist).

Modena zahlt an mich. Und ich kann meinen Wechsel bezahlen. ZB-Geld verschwindet wieder in der ZB.

Will heißen: Geld erscheint immer nur, um die Schulden aufgrund von **zeitlich längst vorangegangenen (und ergo die Preise und den Absatz / Umsatz vorher schon bestimmt habenden) Käufen, korrekt: Kaufkontrakten) zu erfüllen**.

Da das Geld nur erfüllen kann, wenn es da ist, muss es also da sein, weil sonst nicht erfüllt werden kann.

Wie viel davon (Summe) da ist, und um wie viel (Prozent) seine Summe gegenüber einer Vorperiode steigt, spielt also zunächst "also solches" keine Rolle. Es kommt auf die Fälligkeiten an.

Angenommen, es gäbe ab September keinerlei Fälligkeiten mehr (weder aus heute schon bestehenden noch aus bis September entstehenden Fälligkeiten), wäre ab September keinerlei Geld mehr erforderlich, da nichts mehr in Geld erfüllt werden müsste.

In der Realität sieht's natürlich anders aus. Da gibts ununterbrochen Fälligkeiten (aus schon existierenden Kontrakten). Werden die nicht von späteren Fälligkeiten (und mit dem gegen diese Fälligkeiten erscheinenden Geld) abgelöst, kommt's freilich zum Problem.

Wieder beim Ferrari und dem kleinen "Kreislauf": Ich kaufe den Ferrari nicht. Händler hat die 500 Mille nicht, Modena nicht, ich natürlich auch nicht. Folge: Modena pleite, Händler pleite, ich auch pleite (weil ich die Broschürenkosten nicht bezahlen konnte).

Konkursanträge streng nach Reihenfolge der geplatzten Wechsel. Es kann also auch zuerst der Händler und dann ich und danach Modena pleite gehen, usw.. Jedenfalls ist die "Geldmenge", die um 500 hätte wachsen müssen, nicht um die 500 gewachsen.

Jetzt zur japanischen Variante: Ich bin als Käufer ausgefallen (kein Bock auf Ferrari auf Pump kaufen). In Konkursgefahr jetzt: Händler, Modena, ich selbst, mein Broschüren-Freak usw. Japaner mit dunkler Brille erscheint, fragt: Wo fehlt's Geld? Alle quieken. Der gütige Japaner gibt die 500 Mille dem, der am lautesten quiekt

(am lautesten, weil terminlich "der Erste", der über die Klinge müsste - und siehe da, es ist der Händler): "Money from His Excellency, Mister Koizumi on behalf of Japan Government!"

Alles wieder wunderbar, Geld läuft: Japaner - Händler - Modena - Icke - Broschürenfritze. "Geldmenge" um 500 erhöht.

Was ist beim Händler stehen geblieben? Der Ferrari!

Wird der Händler den nächsten Ferrari in Modena kaufen? Nein. Wird Modena die nächste PR-Broschüre bei mir kaufen? Nein. Werde ich der Druckerei einen Auftrag geben? Nein.

Das ist das ganze Geheimnis vom "starken Anstieg" der Geldmenge ("Liquiditätsfalle") bei gleichzeitiger um sich greifender Stagnation ("Kaufzurückhaltung").

Oder krass:

Je mehr "Geld" erscheint, desto weniger wird gekauft werden.

Japan ist nur noch per Generalkonkurs zu sanieren.

Bank of England - die Gründerjahre unter der Lupe

Hi,

auf Anregung unseres Freundes Liated bin ich in die Tiefen meiner Bibliothek und Archivunterlagen gestieft. Meine unmaßgeblichen Recherchen haben dieses zu Tage gefördert. Alle großen Dinge fangen bekanntlich klein an und je kleiner sie sind, desto schwieriger ist es, sie komplett zu durchschauen.

Die Gründung der Bank von England (BoE) ist – wie sollte es auch anders sein? - eingebettet in die englische Fiskalgeschichte des 17. Jh. und ohne diese nicht zu verstehen. Die BoE war in erster Linie ein Instrument zur direkten Finanzierung der Krone und in zweiter Linie ein Instrument, um Handel und Wandel genügend liquide Mittel zur Verfügung zu stellen, damit der Staat seinerseits jene (weiteren) Mittel erhalten konnte, um flüssig zu bleiben. Also war sie auch ein Mittel zur indirekten Finanzierung des Staates. Das englische Fiskalsystem basierte stark auf indirekten Steuern (Zöllen, Akzisen), die nur fließen konnten, nachdem Handel & Wandel entsprechende Aktivitäten entfalteteten.

Zunächst ein kurzer Blick auf die Lage der englischen Staatsfinanzen überhaupt (Quelle: Mss. E.H. 4 – 18, 19-20 in der Bodleian und im BM 17.756 ff.):

Die *receipts* des Exchequer (incl. „casualties,“) hatten sich seit 1679 zwar auf dem Papier enorm verbessert: 1679/80 mit 2,4 Mio auf 1693/94 mit 5,9 Mio Pfund. Die herkömmlichen indirekten Steuern (customs, Tabak, excise, usw.) sanken dabei freilich von 2,15 Mio auf 1,9 Mio. Den Zuwachs brachten eine Land Tax (91/92: 0,015, 93/94: 1,88 Mio) sowie 93/94 eine Salz- und Tonnagesteuer von 1,2 Mio.

Die Ausgaben (*issues*) stiegen im selben Zeitraum von 2,7 auf 6,0 Mio, letztere wegen explodierender Kosten für Navy und Army (zus. 2,4 Mio). Es galt allenthalben Krieg zu führen, was **Niall Ferguson** („Cash Nexus,“) so richtig erst ab 1700 behandelt, was aber der bekannten **Tilly**-Gleichung („states make war and war makes states,“) ebenso wenig widerspricht wie der von mir favorisierten Gleichung Staat = Steuern = Geld.

Die Schulden Karls II. hatten 1679 bereits bei 1,5 Mio Pfund gelegen und waren entsprechend den laufenden Defiziten weiter stark angestiegen. Überschlägig auf das etwa Vierfache.

Der Exchequer hatte bereits 1672 die Zahlungen eingestellt und der Staat wandelte trotz ununterbrochener Versuche, zusätzliche Einnahmequellen zu erschließen, da seine Versuche, trotz des 1672er Bankrotts auf kurze Sicht erneut Mittel zu erhalten, zu immensen Zinsforderungen der potenziellen Gläubiger führten. Die Londoner Goldsmith gaben kurzfristig cash zu Sätzen bis zu 40 %. Dies trocknete den Markt für private Kredite entsprechend aus, was die privaten Tätigkeiten lähmte und als logische Folge hatten, dass auch die Staatseinnahmen ihrerseits stagnierten bzw. sanken. Die Versuche, von bereits privilegierten Gesellschaften (Russia, East India, Merchant Adventurers, Levante) Mittel abzuschöpfen, auch bei Erneuerung der Charters und auch durch Vergabe weiterer „Patente,“ an Einzelpersonen, inkl. „tax farming,“ usw. führten nicht weiter. Das System strangulierte sich, ausgehend von den Staatsdefiziten immer weiter selbst – ein Phänomen, das uns gerade heute nicht unvertraut ist.

Schon 1646 hatte ein gewisser **John Benbrigge**, ausgehend von den Erfahrungen der Bank von Amsterdam (gegr. 1609), die als klassische Girobank wenigstens das Kursrisiko im Außenhandel ausschloss, da sie auf den specie-Wert der eingelegten Münzen abhob, den Vorschlag zur Errichtung einer Doppelbank, die aus einem *mons pietatis* (Geldvergabe gegen Pfand, bekannt seit dem 15. Jh. und speziell in Italien verbreitet, vgl. den *mons* von Siena) bestehen sollte und einem *mons negotiatoris*, der „on good security,“ (hier: kaufmännische Papiere) und „on usury,“ (Zins, wiewohl dieser verboten war) leihen sollte („Usura Accomodata; or a ready way to rectify Usury...“)

Das Zinsverbot sollte durch lebenslange Annuitäten ausgehebelt werden, womit der Zins in eine Rückzahlung verwandelt wurde und da nicht open end gezahlt wurde, war dies „technisch“, möglich, was allerdings voraussetzte, dass diese Annuitätenanstalt ein Monopol erhielt, so dass alle Einzahler nie mehr hätten zurück bekommen können als sie – wenn auch zeitlich verschoben – eingezahlt hatten.

Die entscheidende Schneise schlug dann **Gilbert D'Ouvilly** in einem Paper 1661 (Charles II, XL 131), der eine Exchange Bank vorschlug „**with a coinage of his own called bank-money**„. Dies war der Versuch der Einführung eines „Privatgeldes“, was deutlich aus seinem Hinweis hervorgeht „**to remove all jealousy of its falling into the hands of those who hold the militia**„. Der Mann hatte noch Illusionen!

Eine Gruppe um den Kapitalisten **Richard Thompson** gründete 1670 nach diesem Prinzip prompt eine private Gesellschaft, die jedoch 1675 nach einem Run (Abforderung von specie) wieder schließen musste („The Case of...“, 1678). Ähnlich erging es einer „National Bank of Credit“, (1676-83), die gegen 6 % Waren beliehen hatte (Murray, „Proposals...“, und „Bank Credit...“, 1676). An specie, also dem, was der Staat letztlich zum Machterhalt benötigte, führte kein Weg vorbei.

Die Verluste der Einleger, ob bei solchen Bankversuchen oder derer, die über die Goldschmiede oder als Goldschmiede oder über Zeichner vor allem von **Staatstiteln** Geld verloren, wurde bis 1694 auf zwischen 2 und 3 Mio Pfund geschätzt (Godfrey, „A Short Account of the Bank of England“, 1748).

Was also rundum fehlte, waren zusätzliche Staatseinnahmen sowie eine Bank, die etwas passivieren konnte, was dem allseits dringend benötigten cash „gleich“, gesetzt wurde. Dies war weder privat zu stemmen, da letztlich doch immer wieder vom Staat cash benötigt wurde und Runs vorprogrammiert waren, um dem Staat diesen, von ihm abgeforderten cash zu beschaffen noch gar von Banken als privaten Gesellschaften in Konkurrenz untereinander, so dass ein Monopol (Privileg, charter) allein die Lösung aus der Staatsmisere darstellte.

Die Lage hatte sich zu Beginn der 1690er Jahre zugespitzt. Die Agenten des neuen Königs William III. versuchten verzweifelt, in der City cash aufzutreiben. Auszüge aus einer zeitgenössischen Quelle (in: Francis, „History of the Bank of England“):

“The funds were run down ..tallies (staatliche Kreditdokumente, die nicht auf bestimmten Einnahmen der Krone fundiert waren) lay bundled up like Bath faggots in the hands of brokers and stock-jobbers. The Parliament gave taxes (siehe Salt und Land Tax, unten), levied loans .. the King has been in the field, and the willing brave English spirits, eager to honour their country and follow such a King, have marched even to battle without their stockings or shoes, while his servants have been working every day in Exchange Alley to get his men money of the stock-jobbers, even after all the horrible demands of discount have been allowed and at last scarce 50 per cent of the money granted by Parliament has come into the hands of the Exchequer and that late, too late for service and by driblets.“

Im Januar 1692 wurde ein „Committee appointed to consider means for raising funds to carry on the war“ eingerichtet.

Zwei Vorschläge machten die Runde. Einmal der von **William Paterson** (1,2 Mio aufzubringen, davon 1 Mio an die Krone als Anleihe zu 6 %, 0,2 sollten das Kapital einer Bank darstellen, deren „bills ... should be current„). Der zweite von Hugh Chamberlain, der die Ausgabe von nicht-kovertiblem Papiergeld vorsah, das auf Land-Titeln basieren sollte. Bekanntlich obsiegte Paterson mit einem moderierten Plan (1,2 an den Staat zu 8 %, siehe gleich).

Insgesamt war es konsequent, das Gesetz über die Einführung der BoE in einem Gesetz zu verpacken, das sowohl die Erhebung einer weiteren indirekten Steuer enthielt als auch die Privilegierung der Bank mittels königlicher Charter selbst. Die entsprechenden Summen betrugen 1,5 und 1,2 Mio Pfund. Die Charter ausführlich

[hier](#).

Die 1,5 Mio Pfund waren zunächst auf diese Weise zu erbringen:

„That for and during the term of four years, commencing from the 1st day of June, in the year of our Lord 1694, there should be throughout the kingdom of England, dominion of Wales, and town of Berwick upon Tweed, raised, levied, collected and paid for and upon the tonnage of all ships and vessels, wherein at any time or times, and for every time during the said term of four years, there should be imported any goods or merchandizes into this kingdom of England, dominion of Wales, or town of Berwick upon Tweed, from any parts, places or countries, in the said act mentioned, and wherein, during the said term, there should be carried coastwise from any port, member or creek, in the kingdom of England, dominion of Wales, or town of Berwick upon Tweed, unto any other port, creek or member within the same kingdom, dominion, port or town, the several and respective rates, impositions, duties and sums of money, in the said act mentioned.“

Die 1,2 Mio Pfund für die in dem Dokument, so quasi en passant, ebenfalls erscheinende BoE waren keine Steuer, sondern der Kaufpreis, der für den Kauf einer Charter (Privileg) an den Staat zu entrichten waren. Das Privileg war, wie wir noch sehen werden, ein Mix. Zum einen wurden die 1,2 Mio mit 8 % p.a. verzinst, so dass die zur Verfügung gestellte Summe den Charakter einer Anleihe hatte, die eine Art Ewig-Rente darstellte (Governor und Company waren errichtet „to have perpetual succession„). Zum anderen beinhaltete das Privileg die Möglichkeit, kaufmännische Papiere zu beleihen und aus der Beleihung derselben Profit zu ziehen.

*“And that the said governor, deputy-governor, and directors, or the major part of them so assembled, (whereof the governor, or deputy-governor is to be always one) shall and may act according to such by-laws, constitutions, orders, rules, or directions, as shall from time to time be made and given unto them, by the general court of the said corporation. And in all cases where such by-laws, constitutions, orders, rules, or directions, by or from the general court, shall be wanting, the said governor, deputy-governor, and directors, or the major part of them so assembled, (whereof the governor or deputy-governor is to be always one) shall and may direct and manage all the affairs and business of the said corporation, **in the borrowing or receiving of monies, and giving security for the same, under the common seal of the said corporation; and in their dealing in bills of exchange, or the buying or selling of bullion, gold or silver, or in selling any goods, wares, or merchandizes whatsoever, which shall really, and bona fide, be left or deposited with the said corporation, for money lent or advanced thereon, and which shall not be redeemed at the time agreed, or within three months after,** or in selling such goods as shall or may be the produce of lands, purchased by the said corporation, or in the lending or advancing any of the monies of the said corporation, and taking pawns, or other securities for the same.”*

Die BoE gab ihrerseits also nicht, wie bisher bei Beleihung von kaufmännischen Papiere erforderlich, Bargeld (cash) in Form von Münzen oder gewogenem Metall (bullion), sondern **bank notes** („under the seal,“) und diese liefen nicht automatisch ab wie die üblichen Papiere, die sie hereinnahm oder in 3 Monaten wie Wechsel („shall not be redeemed,“).

Damit also war das Wunder vollbracht, etwas in die Welt zu setzen, was dem dringend benötigten cash gleich gestellt war – es waren die notes der Bank.

Um dem Publikum zu sichern, dass es sich bei den *bank notes* nicht nur um Papier handle, sondern nur um eine „andere,“ Form von *cash* waren die Noten auf Sicht in Metall umzuwandeln. Dass dies zu Problemen führen sollte, sehen wir gleich. Zunächst ging es um die zeitlich näher liegende Frage:

Wie kamen die ersten bank notes überhaupt ins Publikum?

Dieser Ablauf ist äußerst kompliziert und m.E. bis heute in der finanz- und wirtschaftsgeschichtlichen Literatur nicht richtig begriffen. Die BoE wurde bekanntlich nicht mit einem Kapital ausgestattet, das sie anschließend zum Wechseldiskont u.ä. verwenden konnte, da sie es direkt an den Staat weiter leiten musste (von dem die 8 % Zinsen/Dividende kamen). Da sie keinen cash in Form von specie hatte, also kein Edelmetall in ihren Tresoren, war die Ausgabe von bank notes gegen eingereichte bills ebenfalls nicht möglich, da die notes bei Präsentation mit cash zu bedienen gewesen wären.

Zum Ablauf im Einzelnen (das verlässlichste Material nach wie vor bei Rogers, „The Statement...“, 1887, der auf sehr sorgfältigen Statistiken von Stutchbury basiert).

1. Die Subskription. Am 21. Juni 1694 begannen die **Zeichnungen** und das Kapital war am 2. Juli komplett gezeichnet und am 24. Juli die Charter unterzeichnet. Eine Erhöhung des Kapitals war ausdrücklich ausgeschlossen. Bei Zeichnung waren 25 Prozent des Betrages einzuzahlen und dies in cash (specie). Wer Schuldtitel (z.B. **tallies**) hatte, musste diese erst in cash verwandeln und konnte erst danach einzahlen. tallies notierten mit hohem Disagio, so dass der Titelhälter sich entscheiden musste, ob er das Disagio in Kauf nahm oder nicht. Er hatte immerhin die Möglichkeit von dem Betrag, den er gegen tallies am Markt in cash erhielt, den cash in Bankanteile wechseln sollte, die ihrerseits 8 % Garantie-Dividende abwarfen. Der einzelne tallie-Halter war ohnehin „kuptiert,“ da kein Einzelner mehr als 10.000 Pfund subskribieren konnte, es also von vorneherein unmöglich war, alle tallies auf den Markt zu werfen, was deren Kurs ins Bodenlose geschickt hätte, zumal bei der Summe von um die 3 Mio Pfund ausstehender tallie-Schulden des Staates.

2. Transfer an den Staat. Bis November waren 720.000 in cash einkommen (zwei Mal 300.000 und ein Mal 120.000, da die Einzahlungen „aufgerufen,“ wurden). Das Geld wurde Zug um Zug an den **Exchequer** überwiesen. Nun fehlten allerdings noch 500.000. Diese kamen „out of the banking funds,“ d.h. sie wurden in Form von bank notes überreicht. Die Bank verbuchte 1,2 Mio Forderungen an den Staat aktiv und passiv 720.000 Kapital und 500.000 Noten. Die Noten waren komplett ungedeckt, doch die Beteiligten gingen von folgenden Überlegungen aus: Sollten Noten präsentiert werden, würde zunächst das Geld zur Verfügung stehen, das der Staat auf die 1,2 Mio insgesamt als Zinsen zu bezahlen hatte bzw. weiteres noch nicht eingezahltes Kapital würde von den Zeichnern in cash abgefordert. Würden beide, sowohl Staat als auch Private mit Noten statt in cash bezahlen (siehe unten), wären die eingehenden Noten unschwer mit den ausstehenden saldiert und würden aus der Bilanz verschwinden. Tatsächlich bezahlte der Staat die erste Dividende schon im März 1695.

3. Die Krise. Tatsächlich galten die Noten zunächst als „unverdächtig,“ weil man mit ihrer Hilfe jederzeit bank stocks kaufen konnte, mit deren Hilfe man sich wiederum ein 8-%-Verzinsung sicherte. Nicht die Noten hatten einen Kurs gegen cash, sondern die Aktien gegen cash und Noten. Je näher der Dividendentermin rückte, desto teurer die Aktien. Im besagten Jahr 1695 starteten die Aktien mit 74, stiegen zur Dividendenanündigung auf 99 und fielen dann im März „ex Dividende,“ Die Aktien hatten übrigens, bezogen auf das eingezahlte Kapital (720.000) eine Rendite von 13,5 Prozent, da der Staat 1,2 Mio zu 8 % verzinste. Zu Beginn des Jahres 1696 ging das muntere Spiel weiter: Die Aktien stiegen auf 108, fielen dann aber bis Oktober auf 60. Das lag nicht an den gezahlten Dividenden allein, sondern dass weitere Banken gegründet wurden, die sich dieser wunderbaren Reichtumsvermehrung (Verzinsung von Papier) anschließen wollten: eine Bank of paper-notes of credit, eine Orphans Bank und die bekanntere Million Bank sowie eine Land Bank, mit deren Hilfe die Tories (Land) zu den Whigs (City) und ihrer BoE aufschließen wollten und die im Februar genehmigt wurde. Nun schlug die Stimmung

um und das Publikum begann BoE-notes zu präsentieren. Obwohl der Staat der BoE zwischenzeitlich (Mai) den Umtausch der alten und neue Münzen übertragen hatte, musste die BoE ihre Zahlungen in specie einstellen. Man versuchte zwar, jetzt **auch die Noten verzinslich** zu gestalten, aber die Noten erhielten doch ein Disagio von 20 %. Auch ein weiterer call an die Zeichner, weitere 20 % des Kapitals einzuschließen (240.000 Pfund), fruchtete nichts, zumal dies in völliger Wirrnis unterging: die Bankaktionäre sollten der Bank überdies ein verzinsliches Darlehen geben, die ihrerseits (offenbar aus Angst vor weiterreichenden Zugriffen) dem König selbst 200.000 als Anleihe in Aussicht stellte. Der Staat war jedoch finanziell am Boden: „*The ministry was like a distressed debtor, who was daily squeezed to death by the exorbitant greediness of the lender. The citizens began to decline trade and to turn usurers.*“ (Davenant, „Essay upon Loans“, 1710). Bei der BoE war Feuer auf dem Dach, zumal der König eine weitere Geldspritze von 2,5 Mio forderte. Die Aktien notierten zwischen 60 und 70, der Kurs der Noten hatte 16 bis 17 % Disagio.

4. Fresh money. Die Rettung kam mit einer Kapitalerhöhung 1697. Dabei konnten 80 % in tallies und 20 % in bank notes gezahlt werden (sog. „engrafted stock,“). Beide notierten unter pari wie auch die Aktien. Das Ganze wurde zum Dreibandenzock: Zahlte der Staat die 8 % auf die tallies, löste er sie zu pari ein und zahlte er die nach wie 8 % auf die ursprünglichen 1,2 Mio, kam cash in die Kasse, mussten die Noten, da einlösbar auf pari gehen und die Aktien ebenfalls (und später darüber hinaus). Der Staat blieb stehen, da die immensen Kriegskosten herunter gefahren werden konnten (Vertrag von **Rijswijk** 1713) und bediente seine Schulden, zumal die neu eingeführten Steuern – wie immer nach Kriegen – beibehalten wurden. Hinzu kamen vermehrte Geschäfte mit der diskontwilligen Privatkundschaft. Die BoE konnte den engrafted stock von 1698 bis 1707 zurück zahlen, da sie selbst entsprechende Erträge hatte (Kursgewinn plus Dividenden) und in gleicher Höhe ihr Kapital erhöhen, das 1708 bei 2,2 Mio lag und zum Kurs von 115 auf 4,4 verdoppelt werden konnte. 1709: 5, 1710: 5,6 und 1722: 8,9 Mio (davon 3,4 Mio um 4 Mio nominal Südseeaktien zu kaufen, Ausgabekurs: 118).

Die von der BoE 1722 gehaltene Staatsschuld lag bei exakt 9.375.027 Pfund. Aber das mit der Staatsschuld, deren Titel direkt oder indirekt in der Bilanz der Notenbank erscheinen und deren Noten entsprechend „decken“, kennen wir bis heute bestens. Angefangen hat es 1694.

Ad multos annos, liebes „Papiergeld„!

Tobin-Steuer, Goodfriend, "carry tax", Freigeld usw. - wo kommt's wirklich her?

Hi,

nil sine causa - also muss man immer weiter suchen. Bis man möglichst die Quelle selbst entdeckt.

Es geht um die Besteuerung von Geld, Guthaben bzw. Geldtransaktionen, was in allen möglichen Varianten die Runde macht. Namen wie Gesell, Fisher, Keynes, Tobin, Goodfriend, usw. sind zu nennen. Allen gemeinsam ist, dass sie irgendeinen "Fehler" ausmerzen wollen, der allerdings erst dann als solcher als "endlich entdeckt" bezeichnet werden kann, nachdem sich ökonomische Schief lagen aller Art zeigen (Arbeitslosigkeit, Absatzprobleme, Spekulation, Verteilung, usw.).

Probleme sind also zu sehen und zu spüren, und da sich diese Probleme "monetär" zeigen (vulgo: "Geld fehlt") versucht man sie anzugehen, indem man am "Geld" selbst herumzudoktern versucht. **Dass "Geld" Folge und nicht Ursache des Problems ist**, wird geflissentlich übersehen, wie schon das berühmte Beispiel der Brakteaten zeigt, einem "Schwundgeld" des Mittelalters.

Dabei mussten jeweils alte Münzen in neue umgetauscht werden, da nur mit "neuen" Münzen Steuern bezahlt werden konnten. Die Einzugsstelle der alten und Ausgabestelle der neuen Münzen war freilich die selbe Instanz, die auch die Steuern einforderte, so dass sich das System als eine Einnahmequelle der Obrigkeit entpuppt, die ihrerseits nicht Einnahmen "als solche" haben wollte, sondern aufgrund bestehender Überschuldung und Finanznot haben **musste**. Auf das Beispiel des hemmungslosesten "Brakteateurs", den Bischof von Magdeburg, wurde schon ausführlich verwiesen.

Ähnlich war es beim berühmten Wörgler "Freigeld", das nicht von der Bevölkerung, sondern vom Bürgermeister initiiert wurde, der einer zahlungsunfähigen Gemeinde vorstand und von der Gemeinde "Noten" emittieren ließ, die - da mit Annahmegarantie durch die Gemeinde zur Zahlung von (rückständigen) Steuern versehen - der Gemeinde halfen, ihrerseits Güter und Leistungen zu kaufen, woraufhin die Halter der Noten außerhalb der Gemeinde diese flugs an sie returnierten, was zu der bekannten "Hochrechnung" führt, dass sich mit Hilfe dieses Gemeindegeldes die "Umlaufgeschwindigkeit" dieses Geldes bis ins Fabelhafte hätte steigern lassen, wie Oldy nicht müde wird, immer aufs Neue zu erklären.

Kurzum, alle Vorschläge, ob sich deren Initiatoren dessen bewusst waren oder nicht, liefen und laufen im Endeffekt nicht darauf hinaus, dass die "Wirtschaft besser läuft", sondern dass sich aus einer "besser" laufenden Wirtschaft eben auch dank der damit verbundenen "Verbreiterung der Besteuerungsbasis" (Hans Eichel) in Summa höhere Abgaben abpressen lassen. Die Wirtschaft soll nicht "als solche" florieren, sondern mit ihrem Freuden-Flor dazu beitragen, dass sich die **Finanzprobleme der Macht** selbst verflüchtigen, zumindest verjagt werden.

Während sich die Schwundgeldvorschläge heute eher auf arkane Zirkel beschränken (der erste Vorschlag stammt übrigens nicht von Gesell selbst, sondern von einem Kapuziner aus Wien, wie schon einmal berichtet) und das Wort "Steuer" vermeiden, indem es durch das Wort "Gebühr" ersetzt wird (Umlaufgebühr), lassen andere Vorschläge die Maske fallen und bezeichnen das, worum es ihnen geht, offen als **Steuer** (Nobelpreisträger Tobin) bzw. als "carry **tax**".

Dass diese Vorschläge inzwischen auch politische Wucht erhalten, zeigt ein Blick auf die Web-Seiten etwa von **attac** oder **ver.di**, wo vor allem die Tobinsteuer als Remedium für sämtliche Weltgebrechen bejubelt wird.

Nach intensiver Recherche bin ich nun auf die "Urform" (es sei denn, es gibt noch ältere?) dieser Steuer (Gebühr), jedenfalls in der neueren Zeit gestoßen. **Sie wurde 1863 von den Staaten der Konföderation eingeführt.** Dies geschah, als sich im Bürgerkrieg (1861-65) das Blatt nach Gettysburg und Vicksburg zugunsten der Nordstaaten (Union) gewendet hatte.

Um die verheerende finanzielle Lage der Südstaaten zu verbessern, die sich durch den Verkauf von sog. "cotton bonds" nicht mehr verbessern ließ, da diese nicht mehr zu platzieren waren, beschloss die Konföderation ans "Geld" zu gehen.

Auf alles Geld, ob im Publikum oder als Depositen wurde ein Steuer in Höhe von 8 Prozent gelegt, außerdem noch eine 1-Prozent-Steuer auf "Kapital".

Trotz heftiger Proteste (vgl. den Druck, 3 Seiten, "To the Honorable The Senate and House of Representatives of the Confederate States of America", Savannah 1864) wurde diese Steuer 1864 erneuert. Das Ergebnis war erst recht verheerend und mündete in eine klassische **taxflation**, bei der allein die Banken, die das Geld nicht ins Publikum "zurückpressen" konnten, 64 Prozent ihrer Aktiva einbüßten - ein Schlag, von dem sie sich nicht mehr erholen sollten. Weshalb das amerikanische Finanzzentrum ein für alle Mal nach Norden wanderte und sich bis heute bekanntlich in New York aufhält.

Dennoch hatten die Amerikaner diesen Vorgang nicht vergessen. In der Wirtschaftskrise 1930 ff. hoben sie nicht nur ab, weil zahlreiche Banken fallierten, sondern auch, um einer Besteuerung ihrer Depositen vorzubeugen. Dies wiederum erkannte kein geringerer als **F.D. Roosevelt**, der an seinem zweiten Tag im Amt bereits den bekannten "Bank Holiday" ausrief: "A Proclamation, whereas have been heavy and unwarranted withdrawals of gold and currency from our banking institutions for the purpose of hoarding..."

Die Besteuerung erfolgt dann doch, wie ebenfalls bestens bekannt. Das Gold im Publikum wurde per Gesetz diesem entzogen und ihm verboten, weiterhin Gold zu halten. Konnte man vorher für ca. 20 Papierdollar ("legal tender") eine Unze Gold kaufen, musste man hinfert (auf dem Umweg über das Ausland natürlich) 35 Papierdollar hinblättern. Um an diese 35 Dollar zu kommen, musste man natürlich mehr leisten, arbeiten, Güter erstellen als zuvor, da man mit weniger Leistung und Gütern an die selbe Unze (31,1 g) zu kommen.

Was immer gern als "Goldaufwertung" bzw. "Dollarabwertung" bezeichnet wird war bei Licht besehen nichts anderes als eine **Goldsteuer**, alias Goldgeld-Steuer, auch wenn diese nur ein Mal erhoben werden konnte.

So schließt sich immer wieder der Kreis: Unweigerlich gerät die Staatsmacht trotz immer weiter steigenden Abgabenbelastung in zwangsbedingte Finanzkrisen, wobei sich der Diskont künftiger Abgaben und deren damit logischerweise verbundene Zession dieser Abgaben an "Kapitalisten" und dem damit automatisch verbundenen **Verrentungseffekt** ("arbeitslose Einkommen", vgl. "Krisenschaukel", u.a.) in allgemeiner Stagnation niederschlagen.

Da sich das dabei entstehende "Geld" bzw. "Geldforderungen" logischerweise irgendwo "befinden" muss, aber dort nicht still hält, sondern sich in der "Finanzsphäre" immer aufs Neue austobt ("bubbles") diesen durch das Abgabensystem (plus dessen Diskont) überhaupt erst geschaffenen Umstand ("Misstand") durch eine weitere Steuer oder Gebühr zu "bekämpfen".

Dabei geschieht indes nicht anderes als den Teufel durch den Beelzebub auszutreiben. Es ist nicht auszuschließen, dass wir auch diesen satanischen Tanz demnächst wieder bestaunen können. Dass auch dieses Schaustück wieder mit einer **taxflation** enden wird, versteht sich von selbst.

Ich bitte, dieses Posting zu den Akten zu nehmen. Denn nichts ist unangenehmer als in Gelddingen von der Staatsmacht überrascht zu werden. Geschichte wiederholt sich bekanntlich, wenn auch in immer wieder erstaunlichen Varianten.

PS: Sollte es zu einer "currency tax" à la 1863/64 kommen, wäre auch ich mit meinem Latein am Ende. Gold und e-Gold würde dann ebenfalls à la 1933 ff. besteuert, anderes "Kapital" (Grundstücke können nicht fliehen) nicht minder. **Die Auswege werden also immer enger und kleiner.** Vermutlich wird auch der klügste Kopf, sofern er über irgendetwas verfügt, das sich noch besteuern lässt, in der Gosse landen und muss sich in die langen Schlangen der Sozialhilfeempfänger einreihen oder bei irgendwelchen Nahrungsmittelbezugsstellen.

Also "gut" schaut's nicht aus... Ich bitte, dies nicht wieder als eine der "üblichen Miesepetereien" zu interpretieren. Und vielleicht dreht das "System" ja noch eine oder mehrere weitere Runden, was niemand mehr begrüßen würde als ich selbst (so viel Egoismus darf noch sein). Das prae-lethale Sich-Aufbäumen ist uns ja

auch vertraut. Dennoch muss ich immer wieder darauf hinweisen, dass das "System" moribund ist - eben weil es ein **Zwangssystem** der Staatsmacht ist und Zwang der menschlichen Natur widerspricht.

Falls ich jemand schon wieder mal schlechte Laune gemacht haben sollte, bitte ich um Entschuldigung.

Heute besteuertes Steuerzahlungsmittel

Als Antwort auf: Was ist Geld ?

Geld heute gesetzliches Zahlungsmittel (GZ, legal tender), als Münzen (Münzgewinn = Steuer) und Banknoten (ZB-"Zins" = Banknotensteuer) existent.

Herstellung von Geld als Münzen und Banknoten vom Staat monopolisiert (Form, Aussehen, Merkmale, Nominal usw.). Gegensatz: Silber- bzw. Goldstandard, wo das Material (Silber, Gold) privat erstellt werden konnte (Bergbau, Stichwort dazu: Berg- und Münzregale).

Historisch:

1. Geld = Waffenmetallabgabe (Cu, Zinn).
2. Geld in diversen Formen als one-way-money (wurde von der empfangenden bzw. einfordernden Stelle thesauriert, vgl. Gerloff, vgl. Herodot).
3. Start der Geldzirkulation (multi-way-money) durch a) Tribut und b) Wiederausgabe des Tributs durch Herrscher, die sich Söldner kauften, um Herrschaft (Macht) zu erhalten bzw. zu expandieren. Daher Münzhorte (Gotland, keltische Gebiete, usw.) in Gegenden, aus denen nicht Waren, sondern Krieger (Dienstleistungen) exportiert wurden.
4. Geldbeschaffungszwang ex Abgabenzwang (staatlich gesetzter Termin!) führt zum Zwang, es gegen andere Güter oder Leistungen einzutauschen. Beginn des Handels. Beginn dieses niemals Gattungs-, sondern Einzelkäufe.
5. Geld ohne Termin (zunächst staatlich, dann staatlich besicherte private ex Kontrakten) ist wertlos (bei Metallen bleibt individuell eingeschätzter Gebrauchs- oder Schmuckwert). Preisbildung startet: Wieviel Ware(n) muss ich abgeben, um an das Abgabemittel selbst zu kommen?
6. Aktuell erscheinen Banknoten fast nur noch gegen Staatstitel (Bonds), die von den ZBs angekauft bzw. als Pfand genommen werden. Banknoten (currency) daher vorgezogene Quittung auf noch zu leistende Steuern (Staatstitel sind Steuerzession des Staates an Private).
7. Steuerzahlungsmittel kann gehortet bzw. an andere Private zediert werden (Bankensystem). Über alle Fälligkeiten saldiert (Fälligkeit gegen Fälligkeit) saldiert sich der Nichtstaatssektor auf Null.
8. Was bliebe? a) Der Staat als Nettoschuldner gegenüber dem Nichtstaatssektor. b) Der Nichtstaatssektor als Eventualschuldner (Steuerzahler) gegenüber dem Staat. c) Die jeweils ausgegebenen Banknoten mit Rückgabeverpflichtung (Termin) gegen Verpflichtung Herausgabe von Staatstiteln ex ZB (mit jeweils späterem Termin).

Heißt: Ohne Steuern (allgemeine und ZB-Steuer ex staatlichem Abgaben- und Geldmonopol) entfällt Geld als GZ und demnach als "Zahlungsmittel". Geld ist demnach Macht-Derivat und hat mit privaten Interaktionen nichts zu tun (wiewohl derzeit die gesetzliche [!] Verpflichtung, da Geld = GZ, besteht, auch private Interaktionen mit seiner Hilfe (tägliche Fälligkeit, also wieder GZ mit Termin Null) zu regulieren.

Verswindet das GZ-Monopol können die Privaten, falls sie Interaktionen wollen, jeweils interaktiv (einer mit einem anderen) Ware und Leistung gegen Gegenware und Gegenleistung vollziehen - oder es bleiben lassen. Ein "allgemein" gültiges (= geltendes, d.h. zu konstantem Kurs in sich) Geld ist dann nicht mehr vorstellbar. "Noten" (= Notierungen wie Kerbhölzer) können in eng begrenzten Arealen vorkommen. Auf welchen "Standard" sie sich dann beziehen, müsste ermittelt werden. Da ein macht-basiertes GZ fehlt, das einen Standard liefert, liefe es auf minimalen Tauschverkehr, sich wiederum auf Stückkäufe zurückentwickelnd hinaus.

Am Ende stünde wieder die Eigen-, Familien- oder Stammeswirtschaft. "Tauschringe" versuchen dies zu simulieren. Je größer der Tauschring, desto stärker die Notwendigkeit wieder mit Termin, Zwang, Sanktion usw. zu arbeiten.

Die Vorstellung, es könne jemals ein "für alle" (wie viele auch immer) geltendes Geld ohne Macht geben ist irrig und die Suche danach zwecklos. Und sobald mit privatem Eigentum und privaten Kontrakten gearbeitet wird, stellt sich wieder die Besicherungs- bzw. Vollstreckungsproblematik, d.h. die Machtfrage erneut.

Der Staat schafft sich sein Geld selbst - Wray/Innes

Lieber Popeye,

was Innes da schreibt ist genau das, was Veit und Schlesinger auch schreiben (deren Aussagen dazu ich in meinem Buch ja ausführlich zitiere).
Nämlich dass der Staat mit seinen Anleihen das Geld selbst schafft, mit dem die Anleihen dann gekauft werden.

Lieber R.Deutsch,

wenn's so einfach wäre. Mit Anleihen kann der Staat kein Geld "schaffen" - wie denn? Der Staat muss via ZB (seinem "Agenten", aber nicht Anleihenkäufer) die Anleihen am Markt platzieren. Damit der Markt das "Geld" (ready cash) dazu hat, weil er gerade selbst tägliche Fälligkeiten aktiv besitzt (und einen Aktivtausch [!]) vornimmt [vorher: Cash, jetzt Anleihe, die Bilanz verlängert sich dadurch nicht), muss er sich durch Einreichen **früher begebener Anleihen** bei der ZB diesen Cash beschaffen - im Verpfändungs- oder OM-Verfahren. Da er diese Anleihen ebenfalls bereits haben muss (was jemand nicht hat, kann er weder verpfänden noch verkaufen), verlängert auch das nicht die Gesamtbilanz des Marktes - es verändert nur die **Fälligkeiten innerhalb** der Aktivseite des Marktes.

Entsprechend schaut's beim Staat aus, sofern wir eine "Staatsbilanz" anschauen: Der Staat hat **aktiv** Steuerforderungen (bis max. 100 % eines irgendwann erwarteten BIP) und **passiv** Schulden (mit entsprechender Fälligkeitsstruktur). Nun kann er erstens seine Aktiva und Passiva umschichten: bei neuen Anleihen verschiebt er aktiv die sofort fälligen Steuereinnahmen auf später und termingemäß auch die Fälligkeiten seiner Verbindlichkeiten.

Zum zweiten kann er allerdings seine Bilanz verlängern, indem er sich einfach höhere, später fällige Steuereinnahmen reinschreibt und entsprechend passiv vorgeht. Auch dieses endet automatisch in sich selbst, zumal wenn die Steuereinnahmen - wie aktuell - nicht steigen, sondern **fallen**.

Es läuft immer wieder auf dieselbe Gleichung hinaus:

Die Steuern als zum Termin X fällig, müssen ausreichen, um die zum selben Termin X fälligen (sämtlichen) Verbindlichkeiten des Staates zu decken.

Decken die Einzahlungen (!) nicht die Auszahlungen des Staates, kann er sich zwar weiter (gemeinhin kürzerfristig, siehe die Diskussionen dazu hier) verschulden, dies aber wiederum nur über den Markt im beschriebenen Procedere. Schluss ist, wenn die fälligen Verbindlichkeiten des Staates (Auszahlungen zum Termin X) die überhaupt nur noch erzwingbaren (per Steuererhöhungen usw.) Einzahlungen (zum Termin X) übersteigen.

Dann könnte sich der Staat nur noch über Direkt-Bedienung bei der ZB liquide halten, was heute nicht geht (einschlägige Gesetze noch und noch hier besprochen), was sich aber **ändern** lässt. Erst **dann** haben wir das lange gesuchte **Staatspapiergeld** altbekannter Art.

Das Märchen, der Markt müsse den Staat finanzieren

Der Markt überbrückt nur die Illiquidität des Staates, was diesen - da immer schneller immer größere Termine daherkommen - in immer größere Illiquiditätsgefahr treibt, da der Markt den Staat nie auf Dauer, sondern immer nur bis zum nächsten Termin vorfinanzieren kann. **Finanzieren kann sich der Staat definitiv und zwar so, dass keine weiteren Forderungen mit neuen Terminen ihm gegenüber in die Welt gesetzt werden, nur durch Steuern. Nur durch Steuern wird der Staat bezahlt und durch sonst nichts.**

und die Zentralbanken würden als unabhängige Instanz uns vor dem Moloch Staat schützen dient lediglich der Verschleierung dieses Sachverhaltes. Es funktioniert halt nach wie vor nach dem schlichten Betrugsmuster der Englischen Zentralbank von 1694 :-)

Bei der BoE wurde, wie oft genug beschrieben, bei der Gründung klassisches **Staatspapiergeld** geschaffen. Eine Parallele dazu wäre heute nur möglich (außer der Öffnung der ZBs, wie ad nauseam diskutiert), wenn der Staat sich eine **zusätzliche** ZB schaffen würde, die "Noten" an ihn netto ausgibt.

Diese Noten könnten zwar zunächst 1 : 1 zum legal tender "Euro" ausgegeben werden, würden aber rasch ein **Disagio** erhalten, wie alles Staatspapiergeld stets einen Abschlag **gegen legal tender** erhalten hat und schließlich in der Regel (Ausnahmen gibt's auch, aber dann wurde die Ausgabe von Staatspapiergeld eingestellt und zum aktuellen Kurs in legal tender abgewickelt) als Nonvaleur verschwand.

Über die Geschichte der sog. "Doppelwährungen" muss ich einem Experten wie Dir keinen Vortrag halten. Auch das hochgeschätzte **Silber** kam mit einem gewaltigen Abschlag gegen legal tender in dem Moment daher, als es unterm Goldstandard **nicht mehr** legal tender war.

Umgekehrt war's um 18. Jh. in England, wie bereits beschrieben anhand der Proklamation von Charles II. von 1661 (lange vor der Gründung der BoE), die den Preis von neuen Goldmünzen gegen Silber (legal tender) hinaufsetzte und den Goldexport, egal in welcher Form, unter schwere Strafandrohung stellte.

Ich kann nicht verstehen, warum immer wieder das heutige legal tender mit dem pickelhaften Mechanismus **Rückzahlung** mit Staatspapiergeld (**keine Rückzahlung**) verwechselt wird.

Jeder, der sich heute in legal tender verschuldet, kann zwar damit durchaus die Preise in die Höhe treiben: alle kaufen einfach alles auf Kredit. Was aber nur **vorübergehend** möglich ist (credit bubble) und nicht für immer, da sonst niemand mehr bezahlen müsste (in ready cash als täglich fällig legal tender). Wenn die Kredite fällig werden, kann man sie zwar noch **"prolongieren"** (was aber keinerlei Push mehr bringt), aber das macht das Problem später nur größer. Und nach der credit bubble folgt der **credit bust**.

The higher the top the deeper the drop.

Dass der Staat längst in der Prolongationsphase steckt und mit weiteren Krediten (die auf Verlängerung der alten hinauslaufen) nichts mehr "pushen" kann, sieht eigentlich jeder.

Der Staat kann zwar legal tender (!) "schaffen", indem er irgendwas dazu **erklärt** (plus Monopolisierung desselben). "Geld schaffen" aber kann er nur, indem er das oder ein weiteres legal tender selber herstellt - als Staatspapiergeld (Nettogeld ohne Termin, wie z.B. Scheidemünzen).

Dieses endlich einmal auseinander zu halten, wäre hilfreich.

Zusammenbruch - Um der Wahrheit die Ehre zu geben

zunächst besten Dank für die interessanten Diskussionsbeiträge.

Ich darf mir erlauben, auf die Entwicklung der sog. "Zusammenbruchsthese" einzugehen.

1. Zunächst hatten wir 1980/1982 eine Reihe von Zahlungseinstellungen diverser Staaten. Dies brachte mich überhaupt erst aufs Thema "Staatsbankrott", das seit jeher kontrovers diskutiert wird. Auf der einen Seite die Fakten (mindestens ca. 300 solcher Vorgänge direkt oder indirekt historisch), auf der anderen die "moderne" Theorie, so etwas sei niemals mehr möglich.

2. Mit einem der Kritiker, Walter Lüftl, habe ich mich dann zusammengesetzt und ein Follow-Up verfasst ("Formeln für den Staatsbankrott"), das in der bekannten und hier dargestellten und ausführlich diskutierten "Bankrottformel" mündete ("Steigen Schulden schneller als, das woraus sie bedient werden können..." usw.)

3. Darauf kam als gewichtiger Einwand die berühmte Domar-Formel, basierend u.a. auf seinem Aufsatz "The Burden of the Debt and the National Income", in der American Economic Review von 1944. Dieser keynesianische Ansatz (wie auch der in folgenden Publikationen anderer Wissenschaftler hat die bekannten Schwächen:

3.1. Es wird irgendein "naturgegebener Wachstumspfad" vorausgesetzt, ohne zu erklären, woraus der resultiert.

3.2. Die Folgen des "deficit spending", das quasi endlose Wohlstandsteigerungen verheißt, bleiben unberücksichtigt, da die Gegenbuchung zum Defizit (Schulden sind nur definierbar, wenn es Guthaben als Gegenbuchungen gibt und vice versa) aufgrund der öffentlich-rechtlichen Kameralistik (Einnahmen-Ausgaben-Rechnung) unterbleibt.

3.3. "Liquidität" wird als eine Nettogröße betrachtet, die als "solche" mit Hilfe von "Geld" nachgefragt werden kann, das seinerseits ebenfalls eine Nettogröße sein soll. [Dass hier Warengeld-Vorstellungen eine Rolle gespielt haben, sei am Rande erwähnt].

Diese LM-Theorie (L = Liquiditätspräferenz, M = Geld), bei der ein Zins als "Preis" entsteht, entpuppt sich bei näherem Hinsehen als der Güterwelt entlehnt und heute als Chimäre, da Geld nicht mehr "als solches" existiert und entlang einer Kurve nachgefragt wird, sondern nur durch den Diskont von späteren Fälligkeiten (die ebenfalls auf Geld lauten) in die Welt kommen kann (sieht man von der berühmten "Erstausrüstung", z.B. in der BRD ab, bei der 1948 bekanntlich künftige Steuerzahlungen abgetreten wurden).

Diese Diskussion, die hier oft genug geführt wurde, soll aber nicht noch ein Mal vertieft werden. Insgesamt können wir festhalten, dass das heutige Geldsystem ohne Staatsschulden nicht mehr definierbar ist. Der Domar'sche Ansatz, der auf asymptotische Verläufe von Staatsschulden und BIP abhebt (Staatsschulden sind als Ausgaben immer ein Teil des BIP) wurde dann auch von Lüftl widerlegt ("Der Domarschwindel", 1985).

4. Ausgehend vom ursprünglichen Heinsohn/Steiger-Ansatz des "Wirtschaftns unter Erfüllungsdruck" habe ich mir danach erlaubt, die debitistische Theorie zu entwickeln (zuerst "Der Kapitalismus", 1986, daneben und danach laufend weitere Publikationen), welche auf Wirtschaften als Ergebnis von Erfüllung bestehender Verpflichtungen

("Schulden") abhebt und damit der bis heute in allen möglichen Varianten nach wie vor virulenten "Hochtausch-Theorie" des mainstreams widerspricht.

Der kritische Punkt wird einzel- wie auch gesamtwirtschaftlich erreicht, sobald die Erfüllung nicht mehr möglich ist, da in einem monetären System niemals aus "Bestand" erfüllt werden kann, sondern nur mit Hilfe zusätzlicher Nettoneuverschuldung.

Einen Zins "auf etwas hinauf" gibt es nicht. Der Zins ist vielmehr stets eine Zession von später erwarteten (Private) oder erzwingbaren (Staat) Einzahlungen.

Der Staat engt dabei diesen "Spielraum" ein, was seinen Ausdruck in zusätzlicher Staatsverschuldung findet, die ihrerseits zu den bekannten Verrutungseffekten ("Die Pleite") und der generell zunehmenden Unbeschäftigung von potenziellen Produktionsfaktoren führt ("Die Krisenschaukel"). Von der damit einhergehenden Verteilungsproblematik, die ebenfalls eine historische Konstante ist, ganz zu schweigen. Der Staat kann seinerseits durch Zession von Eigentum und/oder Privilegien an Private (die dann ihrerseits damit "wirtschaften") diesen Prozess verlängern.

5. Desungeachtet hat sich nach dem 1987er Crash, der nur Minuten davor war, einen allgemeinen "meltdown" einzuleiten, gezeigt, dass sich auch mit Hilfe geschickter Prolongationen (Klartext: Einbuchen auf das CdD-Konto "Staat") das Ganze immens stretchen lässt.

Ausdruck dieser Erkenntnis war eine weitere Publikation ("Aufwärts ohne Ende", 1989), die von einem "Ich widerrufe!" eingeleitet wurde (anerkennde Besprechung dazu u.a. in der NZZ). "Aufwärts ohne Ende - bis zum Ende" ist seitdem die bis heute nicht mehr weiter korrigierte Schreibweise.

6. Die disinflationäre Hausse (alle Haussen setzen Disinflation voraus, weil darin die als Basis des Wirtschaftens inzwischen durchweg dienenden Staatstitel enorm steigen und weitere monetäre Beleihungsräume schaffen - in den USA immerhin Kursgewinne von ca. 50 Prozent) war als logische Folge absehbar - nur wie alle Haussen nicht in ihrem Ausmaß (ob sie mit dem bisherigen ATHs bereits zu Ende ist oder eine Fortsetzung findet - die gesuchte 5! - ist offen und umstritten).

7. Die Notenbanken haben mit ihren aggressiven "Zinssenkungen" (Steuersenkungen) ebenso vor zwei Jahren nochmals Beleihungsspielräume geschaffen wie die meisten Staaten mit den bekannten Steuersenkungen ("Zinnß"-Senkungen), die ebenfalls eine willkommene Befeurung des debitorischen Prozesses ermöglichten.

In dieser Phase befinden wir uns gerade. Sie ist auch gekennzeichnet von zusätzlichen Beleihungen neu auftretender Big Player, die entsprechend "boomen", wenn auch mit deutlich sichtbarem Overstretching (sog. "Bankenprobleme"), das zu den überall vorhandenen Alt-Prolongationen und dem in den bekannten "asset-bubble-Märkten" sichtbaren Problem tritt, dass sich die Beleihungsgrenzen in toto ihrem Maximum nähern. Stichwort: "Weltweite Überschuldung".

8. Jede Verschuldung erfordert zeitlich spätere zusätzliche Verschuldung. Diese wiederum ist von den "Zinssätzen" abhängig, Klartext: Von dem in Marktkontrakten sichtbaren Willen aller Beteiligten, von später erwarteten (oder erzwingbaren) Einnahmen/Einzahlungen abzugeben.

Ziehen diese Sätze an, was aus den Renditen bereits laufender Titel resultiert (und nicht etwa aus so etwas wie einer "Zinspolitik"), kommt es zur eigentlich kritischen Phase, da die Höhe der in Zukunft abzutretenden Einnahmen ("Zinsen") natürlich die entsprechende Zessionsbereitschaft beeinflusst. Dass hierbei massen- und auch statuspsychologische Momente eine Rolle spielen, kann dabei nicht bestritten werden.

Letztlich will auch der "kleine Mann" ein König sein (oder werden) und sich so verhalten dürfen, wie einst dieser. Also aufschulden, solange es geht. Der Unterschied aber bleibt zu beachten: Der König (heute Staat) konnte (kann) sich auf den Hinweis auf Zwangseinnahmen lange auf der Bühne halten, der Private ist auf den Markt und die dort herrschende Freiheit und Freiwilligkeit angewiesen.

Dass ihm der Staat per Umbuchen in sein CpD-Konto behilflich ist, beobachten wir selbstverständlich mit Interesse (schuldenfinanzierte Subventionen aller Art bis hin zu solchen an die "Sozialsysteme" oder "Schuldenerlassen" oder "bad-loan-Negierungen" in aller Welt).

9. In dieser Phase kommt es zu allerlei kuriosen Vorschlägen zur Remedur von der aktuellen Politik, wie rundum zu bestaunen (reicht von "Steuerreform", "Nullzins der ZBs" bis hin zur Bedienung der "Notenpresse"). Dies alles führt jedoch am Kern des Problems nicht vorbei: Irgendwann muss doch gezahlt, und nicht auf ewig kann nur das, worin gezahlt werden muss, gezeigt werden.

10. Nicht Wachstums-, Preissteigerungs- oder Beschäftigungsraten spielen eine Rolle, sondern allein die Entwicklung der Sätze (alias der "Zinsen") für künftige Zessionen, die sich wiederum aus den Sätzen bereits laufender Zessionen ergeben, den Renditen also.

Die Grenze, wo diese Sätze vom "Noch" zum "Nicht-mehr" umschlagen, ist a priori unbekannt. Sicher ist nur, dass das "Noch" bei einem System, dass allseits und jedermann "Schutz" vor jeglichen Gefährdungen verspricht, wie ihn der "moderne Staat" verheißt, ebenfalls zeitlich hinausgeschoben werden kann.

Wann dieses "Grundvertrauen" in Misstrauen umschlägt, ist leider nicht ante festum zu eruieren. Es ist wenig wahrscheinlich, dass der Zeitpunkt mit dem des "rechnerischen" Endes zusammenfällt. Wenn also sämtliche am Prozess Beteiligten sämtliche von ihnen erwarteten oder erzwingbaren Einnahmen zediert haben, wobei diese Einnahmen in Form von Einzahlungen nach der Logik des Zeitablaufs zeitlich früher erfolgen müssen, als sie ihrerseits zu Auszahlungen werden können - also das eintritt, was jeden Konkurs auszeichnet:

Man erhält zwar später (oder "irgendwann") Geld, ist es aber früher schuldig.

Es empfiehlt sich daher, auf unangenehme Überraschungen (das bekannte Kennzeichen jeder "Zahlungseinstellung") vorbereitet zu sein. Als wichtigsten Indikator für schwierigeres Terrain ist die Zins-, alias Renditeentwicklung auszumachen. Egal, an welchem Ende angesetzt wird (beim 29er und 00er Crash waren es die ZB-Sätze mit jeweils 6 % in den USA, 1987 die Langläufer, die im Oktober mit 10 % daher gekommen sind).

Ob die Zins/Rendite-Entwicklung aktuell etwas Ungutes verheißt, wird sich weisen. Auf das Risiko des Hebels, da von "unten" kommend (0,1, 1 und 2 % ZB-Sätze) wurde oft genug hingewiesen. [Dass "Inflationsbekämpfung" zunächst "positiv" interpretiert werden kann, versteht sich von selbst, ebenso der Schnell-Kredit- und Schnellkauf-Mythos spielen eine Rolle].

Hot Spots: BoE, Langläufer Japan, T-Bond-Renditen, Immo-Refis in GB, E, langsam anschwellend USA, auch Australien, die Außenhandels-Defizitfinanzierung der USA, allmählich auch Chinas, restriktive Budget-Politiken insgesamt. Auch nicht übersehen: Die in der Rezession herunter gefahrenen Kapazitäten führen zu Engpässen (Rohstoffsektor). Und: Der Beginn von "Erholungsphasen" ist allemal delikats (Liquidität, "new credits", usw.). Da kann manches stecken bleiben.

Seien wir dennoch besten Mutes und Gemüts und hoffen wir also auf ein möglichst langes "Aufwärts ohne Ende". Schließlich ist es doch viel schöner so als anders.

Debitismus, Dereliktion (Eigentumsaufgabe) und Staatsbankrott

Hi,

die Basis des sog. Debitismus ist bekanntlich die Verschuldung (debitum = das Geschuldete). Ohne Schuldner fehlt der Druck, den ökonomischen Prozess ("Wirtschaften") voranzutreiben, also sich Schuldendeckungsmittel beschaffen zu müssen oder die entsprechenden Konsequenzen zu erleiden (Sanktion, Pfandverlust, usw., usw.).

Die Verschuldung startet historisch mit Schulden ex nihilo, also nicht-kontraktlicher Verschuldung, sondern mit obrigkeitlich, also durch tatsächlichen oder angedrohten Machteinsatz ("coercive power") gesetztem SOLL für Abgaben aller Art (Tribute, Steuern, usw.). Alles Weitere, was heute sub rubrum "Wirtschaften" läuft (Eigentum, Zins, Geld, Termin, Arbeitsteilung, Märkte, Preise, usw. usw.) sind demnach Macht-Derivate und ohne Macht auch nicht definierbar (Sicherheit, Schutz, Vollstreckung, usw.).

Von daher ist der Debitismus rein deskriptiv und nicht etwa evaluierend oder gar postulativ - wie etwa "Wirtschaftstheorien", die irgendein Bild des Wirtschaftens zeichnen in der Absicht, mit Hilfe von Maßnahmen X, Y oder Z dieses zu "verändern" oder zu "verbessern". Man kann zwar sagen, was passiert, wenn... (z.B. keine "Nachschuldner" auftreten, keine "new credits" erscheinen, also der "kapitalistische Kettenbrief" reißt und rückwärts abgewickelt werden muss) ... aber das beinhaltet keineswegs eine entsprechende Forderung nach "Fortsetzung" o.ä.

Es ist, wie es ist - und fertig.

Nun existieren jede Menge Schnittstellen zwischen dem (ursprünglichen und stets übergeordneten) obrigkeitlichen Machtsystem und dem "privaten" System "darunter" und natürlich auch Durchmischungen, z.B. wenn im privaten "Unterstübchen" sich via Markterfolge aller möglichen Art "Mächtige" (Reiche, Kapitalisten, Wucherer [sie wuchern im regelmäßig fälligen Abgabengut], Banker usw.) herauskristallisiert haben, die dann ihrerseits nach der obrigkeitlichen Macht greifen - sei es über Wahl-, Kauf-, Betrugs-, Korruptionsvorgänge und dergleichen mehr.

Desungeachtet bleibt das ökonomische Substrat des Prozesses, also die permanente Neu- und/oder Zusatzverschuldung erhalten. Was sich auch darin zeigt, dass diese Verschuldung privat eingegangen oder öffentlich-rechtlich betrieben letztlich (entsprechende Verwerfungen hin oder her) den selben Effekt haben: die Fortsetzung des Prozesses, nämlich Wirtschaften unter Erfüllungsdruck.

Dass der Erfüllungsdruck, unter dem ein öffentlich-rechtlicher, also Macht-Bereich steht ein ganz anderer ist (sehr gering, zumal prolongierbar) als der, unter dem einzelne "privat" Wirtschaftende stehen (Produzenten, Konsumenten) versteht sich von selbst.

Ein kritischer Bereich ist freilich erreicht, wenn sich weder der öffentliche noch der private Bereich zusätzlich verschulden können. Auf den "Ausweg" (der nur dem öffentlichen Bereich offen steht), das jeweilige Schuldendeckungsmittel ohne Federlesen nicht etwa von anderen abzufordern (die dazu ihrerseits in dem "wirtschaftenden" Prozess voranschreiten müssten), sondern selbst zu fabrizieren, muss angesichts

jahrtausendalter und allseits bekannter Erfahrung hier nicht näher eingegangen werden.

Die Frage nach dem, was im kritischen Bereich nach dessen Erreichen passiert, ist weder a priori noch gar allgemein gültig zu beantworten. Insofern ist die Inflation/Deflation-Debatte von Nutzen. Entsprechende Abläufe zeitigen - bei aller statistischen Verwirrung - doch sichtbare Symptome, aus denen, jeweils fortlaufend neu beurteilt werden kann, wohin die Reise geht (der debitistische Prozess ist immer "unterwegs", also absolut dynamisch, auch wenn es manchmal so aussieht als "bewege" sich "nichts"), und welche kurz- und/oder längerfristigen Anlageentscheidungen sich demgemäß empfehlen.

Im kritischen Bereich sind naturgemäß die Schnittstellen interessant. Eine davon darf ich kurz vorstellen (basierend auf der NZZ von gestern):

Im Wallis ist Grundeigentum sehr breit gestreut. Eigentum (ein klassisches Macht-Derivat, da macht-besichert) selbst hat im debitistischen Prozess eine zentrale Funktion: Es lässt sich beleihen (Pfand usw.). Das Eigentum der Walliser, durch Erbteilung usw. stark parzelliert und (Hanglagen usw.) nicht mehr wirtschaftlich sinnvoll nutzbar, ist in weiten Bereichen inzwischen wertlos, in guten Lagen gibt's noch 5 Franken, in maschinengängigen Hanglagen 2 bis 3 Franken. Auf Umwandlung in Bauland zu hoffen, ist zumeist müßig.

Da es keinen Sinn macht, das Eigentum zu halten, da etwaige Kosten immer drohen, entschließen sich immer mehr Eigentümer dazu, es aufzugeben (sog. "Dereliktion"). Das Land wird dadurch aber nicht herrenlos (res nullius nach Römischem Recht), sondern fällt an den nächst drüber befindlichen Obereigentümer: die Gemeinde.

Die Gemeinden haben das Ganze dadurch beschleunigt, das sie eine Realsteuer belassen oder zusätzlich eingeführt haben, die auf den Böden liegt: Das Land muss vom Eigentümer einmal im Jahr abgemäht oder abgeweidet werden. Dann doch lieber das Land aufgeben... Amtliche Kosten: 20 Franken pro Grundstück.

Nun sind die Gemeinden ihrerseits nur selten schuldenfrei (man erinnere sich an den Leukerbad-Skandal) und haben durch den "Heimfall" des Bodens zusätzliche Auf- und Ausgaben, denen sie sich letztlich nur durch zusätzliche Verschuldung stellen könnten.

Ein für Umweltfragen zuständiger deutscher Bundestagsabgeordneter hat mir gerade vorgerechnet, dass wg. EU-Erweiterung, landwirtschaftlichem Produktionsfortschritt, usw., usw. demnächst 45 Millionen Hektar bisher wirtschaftlich (wenn auch subventioniert) genutztes Land "frei" werden und in Richtung Brachland abdriften (dieses "Landschaftsschutzargument" kennen wir auch von der CSU, Stichwort "schönes Bayern"). Würde das Land à la Wallis "aufgegeben", hätte der Staat weitere Ausgaben zu gewärtigen (schuldenfinanzierte).

War die "Schaffung" (= Teilzession, die Steuerhoheit ist geblieben) von Eigentum in den vergangenen Jahrhunderten ein Mittel für Herrscher und Staat, immer wieder - auf Zeit - der unerbittlichen Schuldenfalle zu entkommen (das Vorfinanzierungsproblem der Macht ist und bleibt unlösbar), so könnte sich der Prozess durchaus umkehren und den Bankrott des Zwangssystems Staat sogar noch etwas beschleunigen.